

46. Sitzung

Mittwoch, den 07. Mai 2003

Mainz, Deutschhaus

AKTUELLE STUNDE

"Schienenanbindung des Flughafens Hahn"

auf Antrag der Fraktion der CDU

– Drucksache 14/2164 – 3032

"Abbau von Zivilarbeitsplätzen bei den rheinland-pfälzischen

Standorten der US-Streitkräfte"

auf Antrag der Fraktion der SPD

– Drucksache 14/2173 – 3039

Die Aktuelle Stunde wird geteilt.

Zu den Themen findet jeweils eine Aussprache gemäß § 101 der Geschäftsordnung des Landtags statt.

**Landesgesetz zu der Vereinbarung über die Rückgabe der Rhein-Main
 Air Base Frankfurt und der Wohnsiedlung Gateway Gardens sowie die
 Durchführung und Finanzierung von Baumaßnahmen auf den
 Luftwaffenstützpunkten Spangdahlem und Ramstein**

Gesetzentwurf der Landesregierung

– Drucksache 14/2137 –

Erste Beratung 3050

*Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/2137 – wird an den
 Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – und an den Rechts-
 ausschuss überwiesen.*

3060

**Bericht über die regionale Situation der Landwirtschaft und des Weinbaus
 in Rheinland-Pfalz (Vorlage 14/1765)**

Behandlung gemäß Beschluss des Landtags vom 12. Oktober 1989 zu

Drucksache 11/3099 3060

*Über den Bericht findet eine Besprechung statt, die im Ausschuss
 für Landwirtschaft und Weinbau fortgesetzt wird.*

3072

**Stand und Entwicklung der Lebensmittelüberwachung und der
Futtermitteluntersuchung in Rheinland-Pfalz****Besprechung der Großen Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der Antwort der Landesregierung auf Antrag der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

– Drucksachen 14/1244/1403/1609 –3072

Der Tagesordnungspunkt ist mit seiner Besprechung erledigt.3081

Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Kurt Beck; die Staatsminister Frau Doris Ahnen, Hans-Artur Bauckhage, Frau Margit Conrad, Frau Malu Dreyer, Professor Dr. Jürgen Zöllner, Walter Zuber; Staatssekretär Rüter.

Entschuldigt fehlten:

Die Staatsminister Herbert Mertin und Gernot Mittler.

Rednerverzeichnis:

Abg. Billen, CDU:	3040, 3045
Abg. Bischel, CDU:	3039
Abg. Böhr, CDU:	3048
Abg. Creutzmann, FDP:	3060
Abg. Dr. Geisen, FDP:	3066
Abg. Dr. Schmitz, FDP:	3041, 3045
Abg. Frau Baumann, SPD:	3064, 3070
Abg. Frau Ebli, SPD:	3063
Abg. Frau Elsner, SPD:	3074
Abg. Frau Grützmaker, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	3042, 3046
Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	3034, 3038, 3059, 3065, 3066, 3072, 3080
Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU:	3051, 3057
Abg. Frau Leppla, SPD:	3039
Abg. Frau Mohr, SPD:	3058, 3059
Abg. Frau Morsblech, FDP:	3035
Abg. Frau Schäfer, CDU:	3076
Abg. Frau Schneider, CDU:	3062, 3071
Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	3053, 3055
Abg. Hartloff, SPD:	3044, 3049, 3052
Abg. Hohn, FDP:	3056, 3077
Abg. Mertes, SPD:	3055
Abg. Nink, SPD:	3033
Abg. Rösch, SPD:	3038
Abg. Schmitt, CDU:	3068
Abg. Wirz, CDU:	3032, 3037
Bauckhage, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:	3036, 3038, 3060, 3069
Beck, Ministerpräsident:	3046
Dr. Deubel, Staatssekretär:	3050
Frau Conrad, Ministerin für Umwelt und Forsten:	3078, 3079, 3080
Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:	3043
Präsident Grimm:	3032, 3033, 3034, 3035, 3036, 3037, 3038, 3039, 3040, 3041 3042, 3043, 3044, 3045, 3046, 3048, 3049, 3051, 3052, 3053 3055, 3056, 3057, 3058
Vizepräsidentin Frau Hammer:	3059, 3060, 3062, 3063, 3064, 3065, 3066, 3068, 3069, 3070 3071, 3072, 3074, 3075, 3077, 3078, 3079, 3081

**46. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz
am 07. Mai 2003**

Die Sitzung wird um 14:00 Uhr vom Präsidenten des Landtags eröffnet.

Präsident Grimm:

Guten Tag, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 46. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz.

Zu schrifführenden Abgeordneten berufe ich Heike Raab und Simone Huth-Haage. Letztere führt die Rednerliste.

Entschuldigt sind für heute Staatsminister Herbert Mertin und Staatsminister Gernot Mittler. Ministerpräsident Kurt Beck kann zwischen 15:30 Uhr und 16:30 Uhr nicht an der Sitzung teilnehmen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich freue mich, auf der Zuschauertribüne eine ruandische Regierungsdelegation unter Leitung von Herrn Minister Christophe Bazivamo, dem Minister für Lokale Verwaltung, Informationswesen und Soziale Angelegenheiten, begrüßen zu können. In seiner Begleitung befindet sich Herr Minister Robert Bayigamba, Minister für Jugend, Sport und Kultur, und unser Freund, der Herr Botschafter. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Zu dieser Delegation gehören auch Jugendliche, die zurzeit ein anderes Programm in Rheinland-Pfalz absolvieren.

Meine Damen und Herren, gemäß den vom Ältestenrat getroffenen Absprachen wird **Punkt 5** der Tagesordnung, die Regierungserklärung, in der morgigen Sitzung nach der Fragestunde und der Aktuellen Stunde behandelt werden. Anschließend soll **Punkt 14** der Tagesordnung beraten werden.

Die **Punkte 7, 8 und 9** der Tagesordnung, die alle die Justiz betreffen, sollen am Freitag nach der Fragestunde und der Aktuellen Stunde beraten werden.

Mit dieser Maßgabe frage ich, ob es noch weitere Anmerkungen zur Tagesordnung gibt. – Das ist nicht der Fall. Ich stelle die Tagesordnung so fest.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

AKTUELLE STUNDE

**„Schienenanbindung des Flughafens Hahn“
auf Antrag der Fraktion der CDU
– Drucksache 14/2164 –**

Für die Antrag stellende Fraktion hat Herr Abgeordneter Wirz das Wort.

Abg. Wirz, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Zugänglichkeit der Machbarkeitsstudie für eine Schienenverbindung zwischen den Flughäfen Frankfurt/Main und Hahn ist für uns der Anlass, heute dieses Thema im Rahmen einer Aktuellen Stunde zu besprechen, wobei ich die Tatsache, dass diese Machbarkeitsstudie bereits seit Juni 2002 vorliegt, heute nicht bewerten möchte, obwohl das Thema für sich den Bereich des Umgangs miteinander betreffen würde, Herr Minister.

Meine Damen und Herren, die Bemühungen, die ehemalige Air Base Hahn für die zivile Luftfahrt nutzbar zu machen und damit im Hunsrück eine für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes wichtige Einrichtung zu schaffen, reichen mehr als 15 Jahre zurück.

Zwischenzeitlich konnten die Anfangsschwierigkeiten überwunden werden. Der Flugplatz Hahn mausert sich. Mittlerweile nehmen jährlich über eine Million Menschen dieses Angebot an, und die Tendenz steigt weiter nach oben.

(Staatsminister Bauckhage: Mausern ist doch Vogelsprache!)

– Das ist zwar Vogelsprache, aber das sollte so nicht gemeint sein, wie Sie das verstehen.

(Staatsminister Bauckhage: Woher wissen Sie, wie ich das verstehe?)

Die Entwicklung macht aber auch die Grenzen der derzeit zur Verfügung stehenden Infrastruktur deutlich, meine Damen und Herren. Die Bemühungen unseres Landes, die für die Entwicklung des Hahn notwendige Verkehrsinfrastruktur und damit eine leistungsfähige Anbindung an die Fernverkehrseinrichtungen zu schaffen, hinken der begrüßenswerten rasanten Entwicklung des Hahn aber bei weitem hinterher.

Wenn wir in diesem Haus darüber übereinstimmen, dass die weitere wirtschaftliche Entwicklung, wenn der Hahn mehr als eine ausschließlich regionale Bedeutung erlangen will, nicht eigenständig, sondern nur in der Partnerschaft mit dem Großflughafen Frankfurt dauerhaft möglich ist, dann bedeutet das für uns weitere Anstrengungen im Hinblick auf die Schaffung der notwendigen Verkehrsinfrastruktur zur Anbindung dieses Standorts an den Ballungsraum Rhein-Main und auch an das nördliche Rheinland-Pfalz und die A48 im Westen, meine Damen und Herren.

Hierbei ist es unumgänglich, den Standort Hahn nicht nur mit einer leistungsfähigen Schnellstraße, sondern auch mit einer leistungsfähigen Schienenanbindung auszustatten.

(Beifall der CDU)

Dabei ist es uns wichtig, dass wir jetzt schnell eine Schienenverbindung vom Hunsrück in Richtung Frankfurt schaffen, aber auch mittelfristig eine schnelle leistungsfähige Verbindung dabei nicht aus den Augen verlieren.

Die Absicht, die Hunsrückbahn zu reaktivieren und zu ertüchtigen, wie es so schön heißt, kann unseres Erachtens hierbei nur ein erster Schritt sein, weil die auf diesem Weg möglichen Verkehrsleistungen den Anforderungen nicht gerecht werden können.

(Beifall der CDU)

Hierbei spielt natürlich die Überlegung eine Rolle, dass eine vierspurige durchgängige B 50 dann überfordert sein wird, wenn die derzeit schon erkennbare Entwicklung des Frachtaufkommens von bisher etwa 200.000 Tonnen sich bis 2005 – das sind die Prognosen, und das ist nicht mehr sehr lange, meine Damen und Herren – auf mehr als 400.000 Tonnen verdoppeln wird und zusätzliche Gesellschaften wie DHL oder Nachtpoststern den Hahn für die Luftfracht nutzen werden. Die Air France und die Aeroflot sind bereits vor Ort.

Die Entwicklungschancen hängen ganz wesentlich davon ab, ob und wie schnell wir es schaffen, die notwendige Verkehrsinfrastruktur auf die Beine zu stellen.

Ich möchte zu den wesentlichen Ergebnissen der Studie kommen. Der Auftrag der Gutachter war dahin gehend konditioniert, dass die Fahrzeit weniger als 60 Minuten betragen und die Züge im Stundentakt fahren sollten.

Die Gutachter kommen zu dem Ergebnis, dass

1. eine Reaktivierung der alten Hunsrückbahn unter Verwendung der bisherigen Trassen die gestellte Aufgabe nicht erreicht – für diese Lösung werden knapp 35 Millionen Euro benötigt – und
2. von den weiteren drei alternativen Lösungen die Alternative eins präferiert wird, die unter anderem vorsieht, dass bis Bingen das vorhandene Streckennetz im Wesentlichen genutzt wird und ab Bingen bis zum Flugplatz Hahn die Strecke neu gebaut wird.

(Glocke des Präsidenten)

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident. Ich werde in der zweiten Runde darauf zurückkommen.

Diese Trassierung sieht unter anderem eine Untertunnelung des Binger Stadtwalds vor und verläuft im Wesentlichen parallel zur B 50. Für diese Lösungen werden Baukosten in Höhe von 710 Millionen Euro geschätzt.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall der CDU)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, der Gesprächsgeräuschpegel ist zu hoch.

(Mertes, SPD: Das stimmt!)

Es spricht Herr Abgeordneter Nink.

Abg. Nink, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! 25. April 2002, 5. Dezember 2002 und 7. Mai 2003: Fast halbjährlich wird der Flughafen Hahn im Landtag thematisiert. Das ist gut so; denn über Gutes soll man reden und reden lassen.

Der Hahn ist ein gelungenes Beispiel guter Politik der rheinland-pfälzischen Landesregierung.

(Beifall der SPD und der FDP)

Natürlich gehört zu einem solch umfangreichen Projekt – Herr Kollege Wirz hat dies bereits angedeutet –, dass Kritiker auf dem Plan stehen. Dazu gehört auch die Kritik am derzeitigen Zustand der Schienenanbindung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bei allem Respekt aber habe ich manchmal den Eindruck, die Kritiker sprechen von einer Modelleisenbahn, die man morgens aufbaut und abends wieder abbauen kann.

(Beifall der SPD und der FDP –
Creutzmann, FDP: Sehr gut! –
Zuruf des Abg. Dr. Weiland, CDU)

Aber worüber sprechen wir wirklich?

Herr Kollege Wirz hat es angedeutet: Wir sprechen über die Reaktivierung der Hunsrückbahn, und wir sprechen über die Möglichkeit, zwischen Frankfurt und Hahn eine Fahrzeit von weniger als einer Stunde zu erreichen. Über die Reaktivierung der Hunsrückbahn ist heute in der „Rhein-Hunsrück-Zeitung“ ein Artikel erschienen. Dort wird auf die Problematik der Reaktivierung eingegangen. So sollen zum Beispiel 81 bestehende Bahnübergänge um 50 % reduziert werden mit Konsequenzen für alle, die diese Bahnübergänge heute dazu nutzen, kurze Wege zu ihrer Arbeitsstelle zu haben. Deswegen darf man schon heute darauf gespannt sein, wie bei der Realisierung dieses Projekts die Reaktionen der örtlichen Kommunalpolitiker und der heutigen Kritiker sein werden.

(Beifall der SPD und der FDP)

Dabei darf nicht vergessen werden – auch das wurde schon angedeutet –, die Trasse war nie für einen aus heutiger Sicht schnellen Personenverkehr ausgerichtet.

(Beifall der FDP)

Man wird also lediglich die Forderung erfüllen können, dass der Hahn schnell eine Schienenverbindung erhält. Eine schnelle Verbindung über die Hunsrückbahn wird es nie geben.

(Beifall der SPD und der FDP)

Nach meiner Kenntnis ist die Finanzierung der Maßnahme mittlerweile sichergestellt. Ich denke, der Minister wird dazu nachher noch Näheres erläutern.

Der zweite Teil der Aufgabenstellung, eine schnelle Bahn, ist mit der Vorlage der Machbarkeitsstudie einen

weiteren Schritt vorangekommen. Die Empfehlung einer Nutzung der bestehenden Rheinstrecke zwischen Frankfurt und Bingen und des Neubaus von 51 Kilometern zwischen Bingen und Hahn ist dabei vorgesehen. Herr Wirz wird dies später noch fortführen, daher kann ich es mir sparen.

Sparen kann ich mir nicht, auf das Finanzvolumen von 640 bis 710 Millionen Euro hinzuweisen.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Milliarden!)

Ich möchte darüber hinaus auf den angesprochenen Planfall B hinweisen, bei dem zusätzlich ein Halt in Simmern eingerichtet werden soll mit dem Ergebnis, dass 70 Millionen Euro eingespart werden können. Ich sehe allerdings hierin die Gefahr, dass das grundsätzliche Ziel, die Fahrzeit unter eine Stunde zu bringen, auf dieser neuen Strecke nicht erreicht wird.

Ich möchte einen weiteren Faktor ansprechen, der in der Machbarkeitsstudie nicht erwähnt wird, aber aus meiner Sicht sicherlich relevant werden wird. Als eingesetztes Triebfahrzeug wird eine Elektrolokomotive der Baureihe 101 empfohlen. Dies ist eines der beiden modernsten Triebfahrzeuge, die zurzeit bei der Bundesbahn in der Regel bei hochrangigem und hochwertigem schnellen Personenverkehr im IC-Bereich eingesetzt werden. Eine solche Lokomotive für nur 106 Kilometer Streckenlänge im Pendelverkehr einzusetzen, dürfte wirtschaftlich überhaupt nicht nachvollziehbar sein und wird mit Sicherheit Folgekosten für uns verursachen, die wir über die Zweckverbände regulieren müssten.

Die Baumaßnahme selbst ist für den Bundesverkehrswegeplan angemeldet. Ich bin davon überzeugt, wenn in einigen Wochen die Entscheidung fällt, hat die Landesregierung dazu beigetragen, dass diese Maßnahme auch aufgeführt sein wird.

Aber – auch das ist richtig – wir dürfen nicht vergessen, in der Zeit, die für diese große Baumaßnahme zwingend geboten sein wird, noch Weiteres zu tun. Dazu gehört der weitere Ausbau der B 50, und dazu gehört – das ist aus meiner Sicht noch wichtiger – der dreispurige Ausbau der A 61.

(Glocke des Präsidenten)

Dieses Nadelöhr ist eine Gefahr für den derzeit sehr gut funktionierenden Shuttle-Bus. Es muss verhindert werden, dass diese Einrichtung stillgelegt wird.

Herzlichen Dank.

(Beifall der SPD und der FDP –
Unruhe im Hause)

Präsident Grimm:

Es spricht Frau Abgeordnete Kiltz.

(Unruhe im Hause)

Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Nink, ich bin etwas ratlos. Bisher haben wir immer gemeinsam dafür gestritten, dass wir den Weg der Reaktivierung der Hunsrückbahn mit der Verbindungsspanne gehen.

(Unruhe im Hause)

Jetzt reden Sie von der großen Lösung. Ich weiß nicht genau, was Sie wollen. Aber egal, Sie werden nachher in der zweiten Runde auf diese Frage antworten können.

(Unruhe im Hause)

– Es ist wirklich ein bisschen laut! Ich muss den Präsidenten unterstützen, der das eben angemahnt hat.

Meine Damen und Herren, man sollte diese Aktuelle Stunde heute „Die unendliche Geschichte der Hunsrückbahn“ nennen, nicht geschrieben von Michael Ende, sondern gemeinsam von der Landesregierung und der DB AG. Ich muss Ihnen sagen, ich bin es herzlich leid, in kurzen Abständen – Herr Nink hat sie soeben aufgezählt – über dieses Thema reden zu müssen, ohne dass erkennbare Fortschritte zum ursprünglichen Thema der Reaktivierung der Hunsrückbahn zu verzeichnen wären.

Wir müssen noch einmal Revue passieren lassen, es gab in der Vergangenheit ständig neue Vorschläge, die von der FDP, aber auch flankiert von der CDU an der einen oder anderen Stelle aus dem Hut gezaubert wurden, einer unrealistischer als der andere.

Ich nenne zunächst die Transrapid-Variante. Herr Schmitt würde bestimmt gerne darin Platz nehmen, wenn er fahren würde. Aber das ist eine Luftnummer, meine Damen und Herren. Deswegen sollten Sie dies aus der Vereinbarung mit Hessen, die Sie zum Flughafensystem haben, streichen. Packen Sie das Ding in die allerunterste Schublade des Ministeriums, und bewahren Sie es dort für die Bibliotheken der Nachwelt auf. Ich glaube, das wäre ein gutes Werk.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der zweite Punkt ist die ICE-Trasse oder die so genannte große Lösung. Dabei sollte von der Landesregierung zumindest festgelegt werden, ob diese Option um des Koalitionsfriedens mit der FDP willen statt des Transrapids oder als zusätzliche Alternative im Raum steht oder als gelber Mobilitätsballon oder Mobilitätswolke über uns schwebt. Da dieses Unterfangen mindestens 710 Millionen Euro, aber wahrscheinlich eher bis zu 1 Milliarde Euro kostet und einen langen Planungsvorlauf hat und einen langen Realisierungszeitraum in Anspruch nimmt, würden frühestens unsere Kinder oder Enkelkinder damit fahren können.

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich erinnere aber daran, es wurde uns unter anderem von den Vertretern des Flughafens Hahn immer wieder gesagt, sie bräuchten schnell eine Bahn und nicht eine schnelle Bahn. Herr Dr. Gölter alles, was jenseits der Reaktivierung der Hunsrückstrecke liegt, erfüllt diese Forderung nicht, höchst-

tens Ihre Variante, nämlich der Shuttle-Bus. Er ist schon vorhanden.

Meines Erachtens muss sich nun die Landesregierung entscheiden, ob sie diese Variante will, die wir gemeinsam seit Jahren diskutieren, nämlich die Ertüchtigung der jetzigen Strecke inklusive der Verbindungsspanne Gensingen/Horweiler – Langenlonsheim, oder ob sie die neue große Lösung will, die in den Sternen steht. Beides zu verfolgen, ist verkehrspolitischer, betriebswirtschaftlicher und volkswirtschaftlicher Unsinn!

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zusätzlich bindet es unnötig personelle Ressourcen und finanzielle Mittel. Derzeit besteht der Sachstand, dass zwei Projekte für den Bundesverkehrswegeplan gemeldet sind, nämlich die alte Variante, die leider nicht so positiv bewertet worden ist, wie wir das gern gehabt hätten. Da wird von den Zahlen her nachjustiert. Schauen wir einmal, ob danach ein besseres Ergebnis herauskommt.

Weiterhin ist die neue und große Lösung gemeldet, bei der die Bewertung noch aussteht. Damit ist noch gar nicht angefangen worden. Das kann noch dauern. Wenn ich Bundesregierung wäre, würde ich mir damit Zeit lassen, da der Finanzrahmen etwas unrealistisch ist.

Die DB AG hat nun einen Planungsauftrag für die alte Variante, also die Ertüchtigung und die Verbindungsspanne. Gesetzt den Fall, diese Variante würde 2005 oder 2006 umgesetzt werden können, und dann würde irgendwann doch die große Lösung in weiter Ferne kommen, hätte man es umsonst gemacht.

Meine Damen und Herren, im Vergleich zu den 710 Millionen bis 1 Milliarde Euro sind vielleicht die 70 Millionen Euro für die Verbindungsspanne und die Ertüchtigung der Strecke Peanuts. Aber sie wären dann in den Sand gesetzt.

(Glocke des Präsidenten –
Mertes, SPD: In den Schotter! –
Frau Morsblech, FDP: Wollen Sie nun
eine schnelle Bahn oder nicht?)

Können wir uns das auf Bundes- und Landesebene und sonstigen Ebenen der öffentlichen Kassen leisten? Ich denke, wir können es uns nicht leisten.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, als Gäste im Landtag begrüße ich Mitglieder des Männergesangsvereins Alsdorf sowie Turnfrauen aus Bruchmühlbach-Miesau. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Ich erteile Frau Abgeordneter Morsblech das Wort.

Abg. Frau Morsblech, FDP:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch wenn ich nicht Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr bin, so habe ich einmal zurückverfolgt, wie speziell in diesem Fall verfahren wurde. Ich finde es etwas merkwürdig, auf welche Art und Weise und vor welchem Hintergrund Aktuelle Stunden beantragt werden.

Soweit ich es im Protokoll nachgelesen habe, hat sich der Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr in seiner Sitzung am 11. März sehr ausführlich mit dem Thema beschäftigt. In dieser Sitzung hat Minister Bauchhage ganz ausführlich zu verschiedenen Varianten der Schienenanbindung sehr klar Stellung genommen. Unter anderem hat er darauf hingewiesen, dass es gerade vor dem Hintergrund, dass man weitere Luftfahrtunternehmen am Flughafen Hahn ansiedeln möchte, insbesondere im Segment der Low-Cost-Unternehmen, wichtig ist, eine Schienenanbindung zu haben.

In der Sitzung wurde den Fraktionen versprochen, die Machbarkeitsstudie zuzuleiten und in der nächsten Sitzung ausführlich darüber zu diskutieren. Deshalb ist mir der Anlass dieser Aktuellen Stunde unklar.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich an dieser Stelle für die FDP-Fraktion feststellen, für die künftige Entwicklung des Flughafens Hahn ist eine Erstellung einer Schienenverbindung zwischen dem Flughafen Hahn und dem Flughafen Frankfurt/Main als Flughafensystem von sehr hoher strukturpolitischer Bedeutung.

Vor dem Hintergrund des Flughafensystems ist es natürlich wichtig, die Frage zu überprüfen, ob man künftig, wenn man dieses Flughafensystem in seiner Gesamtheit möchte, Expressverbindungen haben will. Sie haben selbst gesagt, Sie möchten eine möglichst schnelle Anbindung.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Schnell eine Anbindung! Sie
müssen zuhören!)

Sie möchten schnell eine Anbindung in dem Zeitraum. Wenn Sie schnell eine Anbindung möchten, dann müssen Sie die Dinge prüfen, die jetzt direkt machbar sind. Meiner Ansicht nach steht dies in keinem Widerspruch damit zu prüfen, ob man nicht künftig dem Flughafensystem auch eine Expressverbindung zubilligen muss, wenn es sich entsprechend entwickelt.

Meine Damen und Herren, vor diesem Hintergrund begrüße ich es außerordentlich, dass Verkehrsminister Bauchhage allen Fraktionen die Machbarkeitsstudie vorgelegt hat. Dieser Studie lagen bestimmte Annahmen zugrunde. Zum einen wurde davon ausgegangen, dass es in den kommenden Jahren eine Steigerung des Fluggastaufkommens auf rund vier Millionen Fluggäste pro Jahr geben wird. Dann lag die Annahme zugrunde, dass sich das Frachtaufkommen gegenüber dem Jahr 2002 bis zum Jahr 2005 auf 400.000 Tonnen verdoppelt.

Man sieht, dass die bestehende Busverbindung zwar vorhanden ist, die Fahrtzeit aber im Schnitt 1,5 Stunden

dauert, was auf Dauer auch bei entsprechendem Fluggastaufkommen nicht mehr tragbar ist und dem Flughafen und der Anbindung, die wir uns zum Flughafen Frankfurt/Main wünschen, nicht gerecht wird.

Dementsprechend waren die Forderungen, die an die Studie gestellt wurden, zum einen, die Beförderungszeit sollte höchstens eine Stunde betragen, zum anderen, das Angebotskonzept sollte einen Stundentakt vorsehen, wobei dann vom Fahrplanangebot des Jahres 2003 ausgegangen wurde. Die Studie basiert außerdem auf einer sehr ausführlichen Datengrundlage, auf der die volkswirtschaftlich sinnvollste Streckenführung errechnet wurde.

Danach kommt der Auftragnehmer, die Deutsche Eisenbahn-Consulting, zu folgendem Ergebnis: Eine Verbindung innerhalb von 60 Minuten kann dann gewährleistet werden, wenn die vorhandenen Strecken zwischen Frankfurt/Main und Bingen-Hauptbahnhof genutzt werden und dann die Strecke bis Bingen neu gebaut wird.

Bei der planrechtlichen Umsetzung wurden hierbei keinerlei Probleme erwartet. Frau Kiltz, Sie wissen selbst, dass das Infrastrukturprojekt nur dann im Rahmen des Bundesverkehrswegeplans weiter verfolgt wird, wenn mit je 100 Euro Investitionen jährlich ein volkswirtschaftlicher Nutzen von 54 Euro erreicht wird. Dann müssen sich die Fluggastzahlen noch entsprechend entwickeln. Deshalb ist es nicht in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen worden.

Vor diesem Hintergrund ist es sehr sinnvoll, dass die Konzepte in dieser Reihenfolge verfolgt worden sind. Jetzt bleibt zunächst einmal nur noch übrig, die alte Hunsrückstrecke zu aktivieren.

(Zuruf der Abg. Frau Kiltz,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Es war schon sinnvoll, erst einmal nach schnelleren Lösungen innerhalb dieser 60 Minuten zu suchen. Wenn es jetzt nicht im Bundesverkehrswegeplan aufgenommen wurde, dann muss man zügig die alte Strecke reaktivieren, dies im ersten Schritt bis Langenlonsheim.

(Beifall der Abg. Frau Kiltz,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im zweiten Schritt muss dann die Verbindungsspanne über Gensingen/Horrweiler angegangen werden. Dies wird aber alles gemacht.

(Glocke des Präsidenten)

Sie können sich dann beschweren, so viel Sie wollen. Es wurden alle Wege geprüft. Der jetzt sinnvolle wird gegangen. Auch hierfür gibt es Mittel über das Bundes-schieneausbaugesetz. All dies wissen Sie. Ich verstehe deshalb die Aufgeregtheit aus Ihrer Ecke in diesem Zusammenhang nicht.

Vielen Dank.

(Beifall bei FDP und SPD)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Staatsminister Bauckhage das Wort.

**Bauckhage, Minister für
Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:**

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Schienenanbindung des Flughafens Frankfurt-Hahn ist mit eine entscheidende Voraussetzung für die Ansiedlung weiterer Luftfahrtunternehmen auf dem Flughafen Frankfurt-Hahn, insbesondere im Segment der Low-Cost-Unternehmen. Damit hat die Schienenanbindung für den gesamten Hunsrückraum eine erhebliche verkehrs- und strukturpolitische Bedeutung.

Die Landesregierung setzt sich deshalb mit Nachdruck dafür ein, dass so rasch wie möglich eine leistungsfähige Anbindung des Flughafens Frankfurt-Hahn an den Schienenverkehr realisiert werden kann.

Dabei verfolgt die Landesregierung ein Stufenkonzept:

Um in der Stufe 1 möglichst schnell eine Wiederaufnahme des Schienenverkehrs zu erreichen, soll zunächst die vorhandene Strecke Langenlonsheim – Simmern – Büchenbeuren – Flughafen Hahn für den Schienenverkehr reaktiviert werden.

Bei diesem Vorhaben hat es leider zeitliche Verzögerungen gegeben, die übrigens nicht vorhersehbar waren. Diese Verzögerungen haben sich dadurch ergeben, dass es bei der Infrastruktur dieser Strecke einen Betreiberwechsel gegeben hat.

Ziel der Landesregierung war es, mit einem nicht bundeseigenen Eisenbahninfrastrukturunternehmen, der RP-Eisenbahn, die Reaktivierungsmaßnahmen schnell und kostengünstig durchführen zu können. Die RP-Eisenbahn hatte die Strecke von der DB Netz AG seinerzeit gepachtet.

Allerdings hat die DB Netz AG den Pachtvertrag mit der RP-Eisenbahn, der Ende des letzten Jahres ausgelaufen ist, nicht mehr verlängert. Damit ist seit Anfang dieses Jahres wieder die DB Netz AG Betreiberin der Schieneninfrastruktur.

Aus diesem Grund müssen die Reaktivierungsmaßnahmen nun nach den Standards der DB Netz AG und im Übrigen nach den Bindungsfristen für Bundesmittel, die 20 Jahre betragen, geplant werden.

Als Grundlage für die Ausbauplanungen und die nachfolgenden Bau- und Finanzierungsvereinbarungen verlangt die DB AG eine Vorentwurfsplanung, in der die voraussichtlichen Kosten entsprechend detailliert ermittelt werden müssen. Dazu haben das Land und die DB Netz AG bereits Ende letzten Jahres eine Planungsvereinbarung abgeschlossen.

Die Vorentwurfsplanung entspricht im Übrigen den Leistungsphasen 1 und 2 der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure und ist in jedem Fall für ein derartiges Projekt durchzuführen. Es ist also eine Pflicht, dies

durchzuführen. Außerdem ergeben sich aus der Vorentwurfsplanung Daten für die von der DB Netz AG zu erstellende Wirtschaftlichkeitsrechnung.

Darüber hinaus wird ein so genannter „Grobcheck“ für die Verbindungsspange Langenlonsheim – Gensingen/Horrweiler durchgeführt. Bei dem Bau dieser Verbindungsspange handelt es sich um die Stufe 2 des Konzepts zur Schienenanbindung an den Flughafen Frankfurt-Hahn.

Parallel zu den bereits erwähnten Maßnahmen hatte das Land beim Bund beantragt, die Schienenanbindung des Flughafens Hahn im Rahmen der Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans zu bewerten und in den Bundesverkehrswegeplan aufzunehmen.

Allerdings hatten die Bewertungen der Reaktivierung auf der Basis von vier Millionen prognostizierter Flugreisenden pro Jahr kein positives Ergebnis. Frau Kollegin Morsblech erwähnte dies bereits.

Nach Auffassung der Landesregierung ist dies darauf zurückzuführen, dass mit der vom Bund gewählten Bewertungsmethode die strukturellen Wirkungen einer Schienenanbindung des Flughafens Hahn nicht ausreichend erfasst worden sind.

Die Landesregierung hat sich beim Bund für eine Änderung der Methodik und für Variantenrechnungen eingesetzt. Die Bundesregierung war jedoch unter Hinweis auf die erforderlichen bundesweiten Einheitlichkeiten der Bewertungsverfahren letztlich nicht bereit, die Methodik entsprechend zu ändern.

Auch die von der Landesregierung erbetenen Variantenrechnungen, die insbesondere von höheren Prognosen bei den Fluggastzahlen in Höhe von acht Millionen Fluggästen ausgingen, erbrachten nach der Methodik der Bundesregierung ebenfalls keine positiven Bewertungen.

Beim derzeitigen Stand muss daher davon ausgegangen werden, dass der Bund bei seiner Auffassung bleibt und die Schienenanbindung des Flughafens Frankfurt-Hahn nicht als Fernverkehrsprojekt in den Bundesverkehrswegeplan aufnehmen will.

Dennoch bestehen gute Möglichkeiten für eine Finanzierung der Reaktivierung der Hunsrückstrecke, und zwar als Nahverkehrsprojekt. Konkret kann dieses aus Mitteln des Bundesschienenwegeausbaugesetzes geschehen. Die Landesregierung hat sich beim Bund dafür eingesetzt, dass für die Wiederherstellung des früheren Zustands der Strecke nach den heute anerkannten Regeln der Technik ein Baukostenzuschuss des Bundes gemäß § 8 Abs. 1 des erwähnten Gesetzes gewährt werden kann. Für die Maßnahmen, die eine Verbesserung gegenüber dem früheren Zustand der Strecke darstellen, können zinslose Darlehen des Bundes gemäß § 8 Abs. 2 des Gesetzes in Anspruch genommen werden. Als Verbesserungsmaßnahme an der Strecke ist insbesondere der Bau der Verbindungsspanne Langenlonsheim – Gensingen/Horrweiler anzusehen. Je nach Ergebnis der Wirtschaftlichkeitsberechnung wird das Land

möglicherweise einen Zuschuss zur Tilgung der Darlehen leisten müssen.

Bei der in Arbeit befindlichen Vorentwurfsplanung werden die Baukosten nach diesen beiden Positionen beziffert, sodass anschließend mit dem Bund und der DB Netz AG über einen Bau- und Finanzierungsvertrag verhandelt werden kann. Unter Berücksichtigung der dann notwendigen Planungsverläufe und Baudurchführungsphasen gehe ich beim derzeitigen Stand davon aus, dass in den Jahren 2005/2006 die ersten Züge zum Flughafen Frankfurt-Hahn verkehren können.

Für die dritte Stufe des Ausbaukonzepts hat die Landesregierung auf Initiative der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz weiterhin das Projekt einer Schienenschnellverbindung zum Flughafen Hahn für den Bundesverkehrswegeplan angemeldet. Mit dieser Schnellverbindung soll mittel- bis langfristig eine Fahrt zwischen Flughafen Frankfurt und Flughafen Frankfurt-Hahn mit einer Fahrtzeit von einer Stunde erreicht werden. Das Gutachten, das in diesem Zusammenhang im letzten Jahr von der DE-Consult erstellt worden ist, kam hierbei zu den bekannten Ergebnissen, die erwähnt worden sind.

Die Bewertungen des Bundes im Rahmen der Aufstellung des Bundesverkehrswegeplans für dieses Projekt ergaben, dass bei einer Passagierzahl von 16 Millionen Reisenden im Jahr am Flughafen Hahn für eine derartige Neubaustrecke ein positives volkswirtschaftliches Ergebnis erzielt werden kann. Der Bund wird daher das Projekt dieser Schienenschnellverbindung dann wieder aufgreifen, wenn sich eine Fluggastentwicklung in Richtung dieser Obergrenze konkret abzeichnet.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung wird mit Nachdruck die Schienenverbindung des Flughafens Hahn auf der Grundlage dieses Stufenkonzepts weiter verfolgen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD und FDP)

Präsident Grimm:

Es spricht noch einmal Herr Abgeordneter Wirz.

Abg. Wirz, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Minister Bauckhage, wir hatten über die Variante gesprochen. Ich will Ihnen ganz offen sagen, wir halten zwar die Reaktivierung der Hunsrückbahn, so wie sie jetzt ist, schnell für erforderlich, ich möchte aber noch einmal deutlich machen, das wird unsere Probleme der Zukunft nicht lösen können. Deshalb bin ich sehr dankbar, dass Sie das hier deutlich gemacht haben, dass die Landesregierung mittel- bis langfristig keine weitere schnelle schienenmäßige Anbindung des Hahns präferiert und vorantreiben wird, wobei mir der Begriff „langfristig“ zu weit ge-griffen ist. „Mittelfristig“ wäre mir schon lieber.

Wenn die Passagierzahl von 16 Millionen dafür eine Voraussetzung ist, muss ich sagen, dass wir noch einen weiten Weg haben. Es wird dann nicht nur allein mit der Schienenverbindung reichen. Wir müssen in der Tat schnellstmöglich dafür sorgen, dass die strassenmäßige Verbindung zur A48 durchgeführt und dann das nördliche Rheinland-Pfalz an diesen Knotenpunkt noch besser angebunden wird. Wir sind bereit, Sie und die Landesregierung in allen Dingen, die diesem Ziel dienen, nach Kräften zu unterstützen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Grimm:

Es spricht Herr Abgeordneter Rösch.

Abg. Rösch, SPD:

Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren! Es ist unbestritten, die ganze Region, aber auch der Flughafenbetreiber warten auf die Bahn, warten auf die schnelle Anbindung Hahn – Frankfurt. Herr Minister Bauckhage, sie haben immer wieder öffentlich signalisiert, dass ein Bahnanschluss realisiert würde. Die Gründe dafür haben Sie aus meiner Sicht ausführlich beschrieben. Auch Bahnchef Mehdorn hat in einem Interview mit der „Rheinzeitung“ gesagt – ich zitiere –, „dass bis Ende 2006 Züge zum Hahn rollen könnten.“ Grundsätzlich ist diese Aussage erfreulich.

Ich zitiere Landrat Fleck: „Dieser Zeitplan wäre fatal.“ In der Tat muss angesichts steigender Passagierzahlen etwas geschehen. Nachdem erstmals im Bundesverkehrswegeplan auch Flughäfen aufgeführt sind, ist dort auch zu lesen, oberstes Ziel ist, bestehende Verkehrswege zu integrieren. Ich werte vor diesem Hintergrund den Kabinettsbeschluss dieser Landesregierung, finanzielle Ressourcen, die vom Bund bereitgestellt werden, für dieses Projekt einzusetzen, als positiv und als einen konkreten Schritt in die richtige Richtung. Herr Minister, dafür herzlichen Dank.

Meine Damen und Herren, die Region wartet auf den Start.

(Beifall bei der SPD –
Dr. Weiland, CDU: Herr Rösch! –
Zuruf des Abg. Dr. Gölter und
weitere Zurufe von der CDU)

Präsident Grimm:

Es spricht noch einmal Frau Abgeordnete Kiltz.

Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Wirz, die Machbarkeitsstudie für die Großlösung werde ich hier nicht verhackstückchen. Das machen wir im Ausschuss wie besprochen.

Ich beurteile das wie folgt: Ein Betreiben dieser Strecke wird sich nicht rechnen. Das muss man zur Kenntnis nehmen. Das können wir im Ausschuss breit diskutieren. Aus unserer Sicht bleibt nur, zügig die Sanierung und den Ausbau der bestehenden Strecke voranzutreiben und die große Lösung ad acta zu legen, oder man ist so ehrlich zu sagen, dass hilft uns nicht weiter, wir lassen den Bus-Shuttle fahren und verfolgen die große Lösung.

(Wirz, CDU: Das ist keine Lösung)

Bitte trauen Sie sich das einmal zu sagen, wir würden Sie vor uns herjagen.

Anscheinend laufen zurzeit Detailplanungen. Die DB AG fragt bei den Kommunen nach, welche von den 81 Bahnübergängen an der Strecke geschlossen werden können.

Wenn wir so weit sind, dass die Mittel für die Investitionen herbeikommen, dann sind wir so weit, dass wir 37 Millionen Euro in den Jahren 2002 bis 2007 bekommen. Herr Minister hat auf die Mittel des Bundesschienenwegeausbaugesetzes hingewiesen. Es gibt noch andere Vorhaben im Land. Diese reichen nicht für die Hunsrückstrecke. Man sollte sich bemühen, noch andere Mittel lockerzumachen. Dann geht es an den Betrieb. Der zuständige Zweckverband muss bestellen. Die Zweckverbände haben aber angekündigt bekommen, sie sollen weniger Geld bekommen. Es wird noch etwas mehr Zweckentfremdung von Regionalisierungsmitteln geben, als wir schon haben, wenn es nach dem Ministerium geht. Ich kann nur auffordern, hören Sie auf, diese Mittel zweckzuentfremden. Stellen Sie das den Zweckverbänden zur Verfügung, weil der wichtige und schnell gewollte Betrieb der Hunsrückstrecke nicht dazu führen soll, dass an anderer Stelle der Rheinland-Pfalz-Takt ausgedünnt wird.

Ich kann noch einmal sagen, es wäre schön, wenn die Debatte ein für alle Mal beendet wäre. Entscheiden Sie sich jetzt für das eine oder andere, sonst haben wir am Ende weder schnell eine Bahn noch eine schnelle Bahn.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Es spricht noch einmal Herr Staatsminister Bauckhage.

**Bauckhage, Minister für
Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir werden das Stufenkonzept weiter verfolgen, weil es vernünftig ist und es zunächst einmal schnell eine Bahn gewährleistet und zum Zweiten auch die Perspektive einer schnellen Bahn nicht außer Acht lässt.

Im Übrigen bleibt es dabei, die Landesregierung führt keine Zweckentfremdung der Regionalisierungsmittel durch.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ach!)

– Frau Kiltz, zweitens werden keine Mittel für die Zweckverbände gekürzt; das nur zur Klarstellung, damit das Märchen hier endlich ein Ende hat.

(Beifall der FDP und vereinzelt
bei der SPD)

Präsident Grimm:

Für die CDU-Fraktion spricht Herr Abgeordneter Bischel.

Abg. Bischel, CDU:

Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren! Das Thema bewegt uns schon seit vielen Jahren und insbesondere die Leute, die unmittelbar damit zu tun haben und direkt betroffen sind. Ich will die Landesregierung und den Herrn Staatsminister ausdrücklich unterstützen, dass alles getan werden muss, möglichst schnell und fast sofort das Vorhaben der Verwirklichung der jetzt noch vorhandenen Schienenstränge zum Hahn zu realisieren. Das ist das Allerwichtigste.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei
dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen andere Zukunftsversionen nicht aufzugeben – über die kann man durchaus diskutieren –, aber es muss etwas geschehen. Es muss jetzt wirklich daran gegangen werden, dieses Konzept umzusetzen.

(Billen, CDU: Jawohl!)

Herr Minister, dazu gehört auch – ich bitte Sie, dazu vielleicht noch einmal zwei oder drei Sätze zu sagen –, dass man die Bahnstrecke Mainz – Gau-Algesheim – Gensingen nimmt und dann diesen Brückenschlag nach Langenlonsheim, um möglichst schnell die Gäste zwischen dem Hahn und Frankfurt bewegen zu können.

Herr Minister, auch da wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie – es entspricht ja Ihrer Zielsetzung, dass wir das jetzt so angehen – uns zur zeitlichen Abfolge, wann wirklich was passiert, noch einmal konkret einiges sagen könnten. Dann unterstützen wir Sie voll in dieser Richtung.

(Beifall der CDU und der Abg.
Frau Morsblech, FDP)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Ich rufe nun das zweite Thema der

AKTUELLEN STUNDE

auf:

**„Abbau von Zivilarbeitsplätzen bei den
rheinland-pfälzischen Standorten
der US-Streitkräfte“
auf Antrag der Fraktion der SPD
– Drucksache 14/2173 –**

Für die Antrag stellende Fraktion spricht Frau Abgeordnete Leppla.

Abg. Frau Leppla, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Thema unserer heutigen Aktuellen Stunde „Abbau von Zivilarbeitsplätzen bei den rheinland-pfälzischen Standorten der US-Streitkräfte“ beschäftigt uns hier im Land allemal; denn immerhin sind 9.000 deutsche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei den US-Streitkräften in Rheinland-Pfalz beschäftigt.

Dass es Regionen gibt, die wirtschaftlich abhängig sind von den Arbeitsplätzen bei den Amerikanern, ist allgemein bekannt. Dazu gehört auch die Region Westpfalz mit den großen Stützpunkten Kaiserslautern und Ramstein ebenso wie der Standort Spangdahlem. Dass in den Standorten immer wieder Gerüchte über Arbeitsplatzabbau kursieren, ist auch normal. Ich lebe in Kaiserslautern, und da ist dieses Gerüchte etwas, womit man aufwächst: Sie bauen ab, sie bauen nicht ab. – Das ist also normal.

(Frau Grütmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das sind nicht nur Gerüchte!)

Zum einen kursiert zurzeit das Gerüchte, dass der derzeitige Abbau von Zivilarbeitsplätzen bei den US-Streitkräften mit der Haltung der Bundesregierung zum Irak zusammenhängt. Dazu ist zu sagen, dass die Planungen für diese Umstrukturierungen bereits 1992 bzw. 2002 begonnen haben, es sich also um langfristige, wohl wirtschaftlich bedingte Planungen des US-Verteidigungsministeriums handelt.

Dass der US-Stützpunkt Ramstein – das war jetzt auch ein solches Gerüchte in den letzten Tagen – bereits auf der Personalabbauliste des Pentagon in Washington steht, wurde gestern oder vorgestern vom Bundesverteidigungsminister dementiert.

Dass sich das eine oder andere Gerüchte über den Arbeitsplatzabbau in den letzten Jahren leider bewahrheitet hat, ist auch Tatsache. Dass viele der damit verbundenen Probleme für die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Region zumindest gemildert wurden, ist nicht zuletzt dem großen Einsatz der Landesregierung – auch durch die Einrichtung des Konversionskabinetts – zu verdanken.

(Beifall der SPD und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, aktuell haben wir es in Rheinland-Pfalz zurzeit mit der beabsichtigten Schließung von zwei Einrichtungen zu tun, mit dem Defense Finance and Accounting Service (DFAS) und dem 43. Signal Battalion. Bei DFAS sind es etwa 270 Menschen, die um ihren Arbeitsplatz bangen. Es sind unter anderem Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die 1996 aus Pirmasens, 1998 aus Heidelberg, 1999 aus Landstuhl anlässlich einer Zusammenlegung ihrer Dienststellen in Kaiserslautern weiterbeschäftigt wurden. Die damalige Zusage „Erhalt und Sicherung der Arbeitsplätze“ ist heute aufgrund der Neustrukturierung dieser Einrichtung

zusammen mit anderen europäischen Einrichtungen und einer Verlegung in die Staaten für den Arbeitgeber nicht mehr bindend. Deshalb wird die Schließung –so die Information von amerikanischer Seite – zum 30. September 2004 erfolgen.

Diese Entscheidung ist für alle Betroffenen nicht nachvollziehbar, da es sich bei DFAS um eine Finanzverwaltung handelt und, wie wohl jeder weiß, aufgrund der EDV-Entwicklung die Buchhaltung nicht unbedingt ortsabhängig ist. Ähnlich ist die Situation beim 43. Signal Battalion, wo 66 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vom Arbeitsplatzverlust betroffen sind. Hier sollen die Kündigungen bereits zum 31. März 2004 ausgesprochen werden.

Meine Damen und Herren, wenn ich mir heute die veröffentlichten Arbeitsmarktzahlen ansehe – der Hauptamtsbezirk Kaiserslautern mit 9,9 %, das Arbeitsamt Pirmasens mit 11,9 % Arbeitslosenquote –, so sehe ich hier einen Handlungsbedarf in und für diese Region im Hinblick auf den Zuwachs an Arbeitssuchenden aus diesen beiden Einrichtungen. Umso erfreulicher ist es, dass Frau Ministerin Dreyer schon in Abstimmung mit der Personalchefin der US-Armee ist, um die Auswirkungen des vorgesehenen Personalabbaus in Kaiserslautern abzumildern.

(Beifall bei SPD und FDP)

Das vom Land finanzierte Beratungsunternehmen „pebb“, welches ununterbrochen seit gut zehn Jahren ein Standortbüro in Kaiserslautern zur Beratung der von Kündigung betroffenen Zivilbeschäftigten betreibt, sollte in seinen Bemühungen weiterhin verstärkt unterstützt werden.

Der geplante runde Tisch sollte baldmöglichst eingerichtet werden. Mit diesem Instrument hat man bei der Schließung des Standorts Bad Kreuznach sehr gute Erfahrungen gemacht. Diese Erfahrungen können nun an diesem neuen runden Tisch eingebracht werden. In diesem Gremium sollten sowohl die Vertreter des Ministeriums als auch Vertreter des amerikanischen Hauptquartiers ebenso wie die zuständigen Betriebs- und Personalvertretungen und die Gewerkschaften vertreten sein. Einbinden könnte man in Kaiserslautern auch Vertreter der Stadt und des Landkreises.

Unabhängig von den Ergebnissen der nun anstehenden Personalversammlungen des runden Tisches unterstützen wir die Forderung der Beschäftigten nach Anwendung des Sozialtarifs TASS. Es wäre interessant zu wissen, ob diese beiden Maßnahmen in Kaiserslautern nicht etwa der Beginn eines großflächigen Abbaus von zivilen Arbeitsplätzen insgesamt ist.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und bei der FDP)

Präsident Grimm:

Es spricht nun Herr Abgeordneter Billen.

Abg. Billen, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mich zuerst gefragt: Warum hat die SPD diese Aktuelle Stunde beantragt? – Ich war sehr gespannt darauf, was jetzt in der ersten Runde an Diskussionsbeiträgen käme. Ich muss Ihnen ehrlich sagen, wenn man über Zivilbeschäftigte bei den Amerikanern in Rheinland-Pfalz oder in Deutschland redet, dann muss man, wenn man etwas ändern will, wenn man haben will, dass dort mehr Deutsche beschäftigt werden, die Bundespolitik ändern und die Bundesregierung ablösen, damit wir endlich wieder ins transatlantische Bündnis zurückkommen, meine Damen und Herren.

(Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe in den letzten Monaten schon manches in diesem Feld erlebt.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Wir haben eine neue Achse Frankreich – Deutschland – Russland erlebt.

(Zuruf der Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben jetzt den Pralinengipfel erlebt. Da wurde sich unwahrscheinlich verstärkt: Frankreich, Deutschland, Belgien und Luxemburg.

Meine Damen und Herren, wenn wir es politisch zulassen, dass die Bundesrepublik versucht, aus dem transatlantischen Bündnis herauszukommen, dann werden wir – – –

(Widerspruch bei der SPD)

– Meine Damen und Herren der SPD, wenn Sie es zulassen, dass dieser Bundeskanzler Deutschland außenpolitisch so schnell isoliert

(Mertes, SPD: Sie sind ein Spekulant!)

und mit den Amerikanern nicht streitbar umgeht, sondern die Amerikaner vor den Kopf schlägt in einer Art und Weise, wie man mit Freunden nicht umgeht,

(Frau Grütmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Wer schlägt wen vor den Kopf?)

dann sind diese Sätze nach dem Motto „Wir wollen die Zivilbeschäftigten behalten“ wenig glaubhaft.

Meine Damen und Herren, wenn der Herr Ministerpräsident einen Brief schreibt und darin sagt, er hätte gern die Unterlagen, die ich einsehen durfte, zugeschickt, damit er aktiv werden könnte, dann muss ich sagen, erstens ist alles Punkt für Punkt an Investitionsstopps eingetreten, was ich dargestellt habe.

Herr Ministerpräsident, zweitens waren Sie, die Landesregierung, bisher nicht in der Lage, uns das Gutachten

des 1. FCK zu geben, das mit Steuergeldern bezahlt worden ist. Das bekommen wir nicht.

(Zurufe von der SPD)

Herr Ministerpräsident, aber Sie verlangen von mir, dass ich die Quelle des Schreibens, das ich einsehen durfte, verrate und den Quellenschutz kaputt mache. Das ist doch zum Teil unglaublich.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Beck –
Zurufe von der SPD)

Sie hätten in aller Ruhe fragen müssen, was da dran ist. Ihr Haus wusste es. Es ist nicht so, dass Sie es nicht wussten. Weil das Staatsbauamt dies macht, war im Haus bekannt, was nicht investiert wird. Die Kenntnisse waren vorhanden.

Wenn man etwas weiß, dann sollte man mit den Leuten reden und sagen, jawohl, wir versuchen, noch etwas gutzumachen, wir helfen euch. Ich gebe Ihnen Recht, es hilft wenig. Es hilft relativ wenig, wenn wir hier versuchen, mit den amerikanischen Freunden gut klarzukommen, aber insgesamt das Klima vergiftet wird. Ich denke, wer Zivilbeschäftigten helfen will – – – Ich nenne ein Beispiel der Amerikaner in Spangdahlem.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Dort gab es die Absicht der Amerikaner, mehr eigene Leute auf dem Flugplatz einzusetzen. Es ist uns im freundschaftlichen Umgang mit den Amerikanern gelungen, die Zahl der deutschen Zivilbeschäftigten nicht nur zu halten, sondern sogar zu steigern.

(Zuruf der Abg. Frau Mohr, SPD)

Ich denke, dass freundschaftlicher und fairer Umgang – das heißt nicht unterwürfiger Umgang – viel dazu beiträgt, etwas zu erreichen, auch die Amerikaner hier zu behalten.

Meine Damen und Herren, Sie wissen es, Sie lesen es jeden Tag in der Zeitung, und die „Financial Times“ hat es am Montag noch einmal deutlichst geschrieben: Wenn die Amerikaner zurzeit im Pentagon denken, über Deutschland reden wir gar nicht, ignorieren es – das ist die Beschreibung eines internen Kenners –, dann ist das der schlimmste Zustand, den Deutschland in der Außenpolitik erreichen konnte. Das schadet uns hier bei Investitionen und Stationierungen.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Dass es eine Absicht gibt, dass die Amerikaner schon länger darüber nachdenken, wie, bezweifeln wir gar nicht.

(Zuruf von der SPD)

– Ja, ich werde Ihnen gleich etwas sagen. Sie wissen doch eh nicht, wovon ich im Moment rede.

(Glocke des Präsidenten)

– Herr Präsident, ein letzter Satz.

Wenn die Amerikaner sagen, wir werden darüber nachdenken, nicht die Luftwaffe, also die Fighter, sondern die Army ein Stück zu verlagern, so ist das schon länger in der Diskussion. Allerdings war geplant, dies im Jahr 2005 in einem Ausschuss zu diskutieren und zu entscheiden. Denken Sie jetzt aufgrund der Situation darüber nach, wie man mit Ihnen umgegangen ist und wie wir mit ihnen umgegangen sind.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Grimm:

Es spricht Herr Abgeordneter Dr. Schmitz.

Abg. Dr. Schmitz, FDP:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, wir sollten uns nicht verheben und versuchen, vom Mainzer Landtag aus die Weltpolitik zu beeinflussen.

(Beifall der FDP und der SPD)

Herr Kollege Billen, ich kann mir nicht vorstellen, dass die amerikanischen verteidigungs- und außenpolitischen Strukturen ihre Entscheidung von einem Gefühlsleben transatlantischer Beziehungen abhängig machen.

Ich bin niemand, der das, was auf bundespolitischer Ebene geschehen ist, mit Freude gesehen hat. Aber jetzt die Dinge so hinzustellen, als dass dieser Abbau in der Westpfalz vor allem aufgrund von transatlantischen Befindlichkeitsstörungen stattfindet, führt zu weit. Das ist nicht der Fall. Das Gegenteil ist richtig.

(Anheuser, CDU: Woher wissen
Sie das denn?)

Es ist richtig, dass diese Landesregierung es mit einer Konversionspolitik mit Augenmaß, mit einer pragmatischen Konversionspolitik geschafft hat, diese schwierigen Herausforderungen zu bestehen.

Der erste Teil der Aktuellen Stunde, das, was Hahn angeht, hat doch über alle Fraktionen hinweg Zustimmung hervorgebracht. Nichts anderes ist das, was in Spangdahlem – Herr Billen, Sie haben es erwähnt –, was in Ramstein geschieht, was durch die geschickte Politik der Landesregierung durch die Verlagerung von Rhein-Main-Air Base nach Ramstein geschehen ist. Da geht es um mehr als 300 Arbeitsplätze,

(Beifall der FDP und der SPD)

von denen jeder Wegfall außerordentlich bedauernswert ist. Das ist eine Situation, die wir sicherlich sozialpolitisch und mit Qualifikationsmaßnahmen begleiten müssen.

Aber wir müssen doch die großen Fakten sehen. Die großen Fakten sehen so aus, dass mit einer Investition der Landesregierung von 33 Millionen DM in Ramstein ein Investitionsvolumen in einer Größenordnung von

über einer halben Milliarde DM bewirkt wird. Wir werden noch mit einem weiteren Tagesordnungspunkt darauf eingehen. Das sind tausende von Arbeitsplätzen in einer der strukturschwachen Regionen von Rheinland-Pfalz.

(Beifall der FDP und der SPD)

Es sind tausende von Arbeitsplätzen in einem der schwächsten Gewerbe der gesamten Bundesrepublik und auch in Rheinland-Pfalz, nämlich dem Bauhauptgewerbe, die mit einer Quote von ca. 60 % auch über Einzellosausschreibung der heimischen Wirtschaft zugute kommen werden. Sie haben es in Spangdahlem erlebt.

Wir sind davon überzeugt, dass die Entscheidungen, wenn jetzt noch technische Details entschieden sind, vielleicht schon im Mai fallen, sodass dort ein Ausbau bis 2005 möglich ist.

Die Dinge, die jetzt in Kaiserslautern laufen, sind Dinge, die für jeden nachvollziehbar sind.

Herr Billen, die weltpolitische Situation hat sich in der Tat verändert. Da gebe ich Ihnen Recht. Es ist doch klar, dass die militärischen Strukturen nicht auf dem Stand des Kalten Krieges stehen bleiben. Das sind doch die gleichen Vorwürfe, die an die Bundesregierung im militärischen Bereich gemacht werden, dass die Transformation in eine andere militärische Fragestellung nicht schnell genug erfolgt ist. Die amerikanischen Freunde haben das getan. Wir sehen die Resultate. Wir bedauern sie, wir begleiten sie. Aber das, was von Rheinland-Pfalz aus zu machen war und gemacht werden muss – davon bin ich überzeugt –, wird mit geschickter Hand zugunsten aller derer gemacht, die noch Arbeit finden.

(Beifall der FDP und der SPD)

Präsident Grimm:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Grütmacher.

Abg. Frau Grütmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine Damen und Herren! Herr Billen, Sie haben es zum Schluss selbst gesagt: Es kann sein, dass diese Maßnahme etwas vorgezogen wurde. Die Perspektive ist doch, dass das, was die Amerikaner jetzt machen, der Abbau von Zivilarbeitsplätzen, etwas ist, was in einer langen Tradition der letzten zehn Jahre steht und auch noch weitergehen wird.

Die Zivilarbeitsplätze an US-Militärstandorten – ich will dies in Zahlen sagen – sind in zwölf Jahren, also von 1990 bis 2002, von 19.329 Zivilbeschäftigten auf 8.311 zurückgegangen. Diese sind übrig geblieben.

Meine Damen und Herren – dies ist auch an die Landesregierung gerichtet –, die letzten Wochen und Monate haben nur deutlich gezeigt, dass dieser Abbau weitergeht und wir noch nicht am Ende sind.

Meine Damen und Herren, darum sage ich noch einmal deutlich, auch an Sie, Herr Beck, wer jetzt darauf baut,

dass eine Region durch zivile Arbeitsplätze beim Militär entwickelt werden kann, der hat auf Sand gebaut.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will noch einmal die einzelnen Punkte sagen. Es sind nicht nur die Gerüchte.

(Zuruf von der SPD)

– Nein, ich halte es für sehr entscheidend, eine langfristige Perspektive für die Regionen zu entwickeln.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Da gibt es natürlich die Gerüchte, dass es in Deutschland von 70.000 auf 10.000 amerikanische Soldatinnen reduziert werden soll. Da gibt es die umfassenden Standortschließungen in Hessen. Wer weiß, wer in Rheinland-Pfalz in nächster Zeit davon betroffen sein wird?

Aber es sind die vielen weniger spektakulären Maßnahmen, wie sie Frau Leppla heute schon angeführt hat. Das ist einmal, dass immer mehr deutsche Zivilbeschäftigte durch amerikanische ersetzt wurden.

Herr Billen, Ihr Engagement in allen Ehren. Natürlich ist es wichtig, für die einzelne Person etwas zu machen. Ich denke aber, ein zukunftsfähiger Arbeitsplatz ist nicht beim Militär zu schaffen.

Meine Damen und Herren, es gibt noch weitere Dinge. Nun wird alles stärker auf Standorte konzentriert. Darüber hinaus werden Arbeitsplätze nach Amerika verlegt. 240 zivile Arbeitsplätze sind gerade in Kaiserslautern weggefallen.

Meine Damen und Herren, wir müssen natürlich die Pläne der amerikanischen Regierung und des NATO-Oberbefehlshabers Jones ernst nehmen. Auch hier müssen Kosten reduziert werden. Die Anzahl der Soldaten soll sich auf eine Minibesetzung in den meisten Standorten reduzieren. Das heißt, dass hierbei alle zivilen Arbeitsplätze für deutsche Zivilbeschäftigte verloren gehen. An den großen Militärbasen – es kann gut sein, dass Ramstein zu den großen Militärbasen Europas gehört, die noch erhalten bleiben – sollen die Soldatinnen und Soldaten nur noch für einen kurzen Zeitraum über drei, vier oder vielleicht sechs Monate ohne ihre Familien anwesend sein.

(Zurufe aus dem Hause)

– Das muss doch alles in die Perspektive einbezogen werden. Dadurch verlieren natürlich Hotels, Restaurants usw. ihre Möglichkeiten. Außerdem gehen Arbeitsplätze und die Möglichkeiten für diejenigen verloren, die Häuser vermieten.

Meine Damen und Herren, das sind Perspektiven, denen man sich stellen muss und denen sich auch eine Landesregierung stellen muss.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es wird Sie natürlich nicht wundern, dass wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN diese Entwicklung nicht als Bedrohung, sondern vor allen Dingen als Chance begreifen, als Chance für die Region. Ich weise darauf hin, dass diese Regionen, um die es geht, Eifel, Hunsrück und Westpfalz, jahrhundertlang vom Militär in ihrer Entwicklung eingeschnürt worden sind.

(Böhr, CDU: Eifel?)

– Natürlich auch die Eifel, und zwar nicht erst durch die Besetzung der Amerikaner vor 60 Jahren. Hier hat es immer Kriege und kriegerische Einrichtungen gegeben,

(Dr. Weiland, CDU: Das ist ja unglaublich!)

die die Entwicklung eingeschnürt haben.

(Böhr, CDU: Peinlich, was Sie abliefern!)

Deshalb ist es wichtig, diesen leidgeprüften Regionen andere Perspektiven als militärische Perspektiven zu bieten; denn das ist keine Zukunftsperspektive für diese Regionen.

(Dr. Altherr, CDU: Welche haben Sie denn? –

Dr. Weiland, CDU: Sie haben doch gar keine!)

Wenn wir diese Perspektive ändern und den Blick frei machen und das Geld frei machen für eine zivile Perspektive dieser betroffenen Regionen, dann werden wir meines Erachtens zu alternativen zivilen Arbeitsplätzen kommen; denn auch wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen uns für eine positive wirtschaftliche Entwicklung und für mehr Arbeitsplätze in Eifel, Hunsrück und Westpfalz ein. Meine Damen und Herren, Sie wissen genau, wie sehr wir die Konversionsprojekte unterstützen haben, sei es in Bitburg, in Zweibrücken oder in Pirmasens. Das ist für uns wichtig. Wir wollen, dass die Arbeitsplätze in diesen Regionen zukunftsfest und nicht auf Sand gebaut sind.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Als Gäste begrüße ich Mitglieder des Einschulungsjahrgangs 1945 aus Bellheim. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Es spricht nun Frau Staatsministerin Dreyer.

Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Abgeordneter Billen, das, was Sie behaupten, ist einfach nicht wahr. Es wird auch nicht dadurch wahrer, dass wir es immer wieder – sozusagen wöchentlich – hören.

Man muss die Geschichte unseres Landes betrachten und zur Kenntnis nehmen, dass in Rheinland-Pfalz seit Ende des Kalten Krieges Truppen der alliierten Streitkräfte und der Bundeswehr abgebaut werden: 80.900 Soldaten einschließlich der Bundeswehr und 24.320 Zivilbeschäftigte einschließlich der Bundeswehr. Wenn irgendetwas an Ihrer Argumentation wahr sein sollte, dann erklären Sie mir doch bitte, mit welchem angeblichen politischen Fehlverhalten der damaligen Kohl-Regierung es zusammenhing, dass wir einen dramatischen Rückgang der Zahl der Zivilbeschäftigten bei den US-Streitkräften zu verzeichnen haben.

(Beifall der SPD und vereinzelt bei der FDP –
Zurufe von der CDU –
Ministerpräsident Beck: Das ist genau die Logik, die Ihr aufgebaut habt! –
Unruhe im Hause)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, bei allem Verständnis für eine temperamentvolle Auseinandersetzung erinnere ich daran, dass wir nicht unter Ausschluss der Öffentlichkeit tagen.

(Beifall der SPD)

Man verstärkt Argumente nicht dadurch, indem man brüllt.

(Beifall der SPD)

Sie haben das Wort, Frau Ministerin.

Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:

Herr Abgeordneter Billen, es ist übrigens nicht wahr, dass sich die US-Streitkräfte im Bereich der Investitionen zurückziehen. Auch das wurde seitens der Landesregierung immer wieder richtig gestellt. Herr Abgeordneter Dr. Schmitz hat Gott sei Dank darauf hingewiesen, dass in Ramstein alles nach Plan läuft. Die Amerikaner investieren mehr als ursprünglich geplant. Das sind Fakten, die man in diesem Zusammenhang endlich zur Kenntnis nehmen sollte.

Strategische Überlegungen waren es selbstverständlich, die dazu geführt haben, dass Rheinland-Pfalz seit diesem Zeitpunkt, den ich vorhin genannt habe, immer wieder von Maßnahmen des Personalabbaus betroffen war. Das ist auch völlig logisch, und das hat Herr Dr. Schmitz bereits dargestellt. Die Welt verändert sich. Dementsprechend werden strategische Planungen im militärischen Bereich vorgenommen. Darauf haben Sie als Abgeordnete, die Landesregierung und auch die Bundesregierung relativ wenig Einfluss.

Nach der Osterweiterung der NATO und einer grundsätzlichen Reorganisation der amerikanischen Streitkräfte weltweit ist zu erwarten, dass es in Zukunft zu

weiteren Truppenverlagerungen und Umstrukturierungen auch in Europa kommen wird. Zuletzt wurde dies in Zeitungsberichten vom 29. April 2003 aus dem Pentagon dargestellt. Natürlich müssen wir uns darauf einstellen. In Europa befinden sich derzeit noch 499 amerikanische Standorte, die danach um 20 % reduziert werden sollen. Dadurch wird deutlich, dass es in den nächsten zwei Jahren sicherlich zu weiteren Truppenverlagerungen in Europa kommen wird.

Ich möchte noch kurz auf den Wortbeitrag von Frau Abgeordneter Grützmaker eingehen. Selbstverständlich müssen wir uns in Zukunft wie bereits in der Vergangenheit darauf einstellen, dass es weitere Entscheidungen seitens der US-Streitkräfte geben wird, die sich möglicherweise negativ auf die Zivilbeschäftigten in Deutschland auswirken. Dennoch ist es unsere allererste Pflicht, zu versuchen, die Arbeitsplätze in diesem Bereich zu sichern.

(Beifall bei SPD und FDP)

In diesem Zusammenhang erinnere ich an den Kaiserslauterner Bereich, zum Beispiel an das General Support Center Europe, wo immerhin noch 1.200 Menschen beschäftigt sind. Natürlich muss es unser Interesse sein, dass diese noch möglichst lang dort beschäftigt sind.

(Beifall bei SPD und FDP)

Unabhängig davon müssen wir natürlich gemeinsam mit den Kommunen vor Ort Strategien entwickeln für den Fall, dass Zivilbeschäftigte ihre Arbeit verlieren. Ich denke, Kaiserslautern ist auch hierfür ein gutes Beispiel. Dabei erinnere ich an ein Konversionsprojekt in diesem Bereich, nämlich an die ehemalige Holtzendorfkaserne. Ich denke, dass wir dabei sehr gute Akzente gemeinsam setzen konnten und Alternativen geschaffen haben.

(Beifall bei SPD und FDP)

Zur derzeitigen Situation in Kaiserslautern ist nicht mehr viel hinzuzufügen. Die Fakten sind bereits genannt worden. Der Defense Finance and Accounting Service plant den Abbau von 270 Arbeitsplätzen bis zum 30. September 2004. Das 43. Signal Battalion wird von 100 Arbeitsplätzen 66 Arbeitsplätze der Zivilbeschäftigten abbauen.

Seit einiger Zeit führen wir mit den Personalvertretungen Gespräche. Ferner haben wir an verschiedenen Personalversammlungen teilgenommen. Das komplette Instrumentarium der Beschäftigungskonversion wird dort angeboten, also Outplacement-Beratung, Weiterbildung, probeweise Beschäftigung usw. Dennoch ist klar, dass es ein schwieriges Unterfangen wird. Die meisten betroffenen Beschäftigten sind um 50 Jahre alt oder älter und sehr spezialisiert ausgebildet.

Wir brauchen die Kraft aller, um diesen Menschen Zukunft und Perspektive zu bieten. Deshalb werden wir auch – wie in Bad Kreuznach oder Kaiserslautern in der Vergangenheit – einen runden Tisch einrichten und zu diesem runden Tisch einladen. Das Hauptquartier hat bereits sein Einverständnis gegeben, dass es über seine Personalbüros mitarbeiten wird. Wir werden natürlich

auch das Arbeitsamt, die Betriebsvertretung und die Kommunen, also die Stadt und den Landkreis, einladen, mit uns gemeinsam daran zu wirken, den Menschen entweder Versetzungsmöglichkeiten innerhalb der US-Army anzubieten – es wurde uns avisiert, dass dafür einige Stellen zur Verfügung gestellt werden – oder für sie Perspektiven irgendwo im kommunalen Umfeld zu finden.

Herzlichen Dank.

(Beifall der SPD und der FDP)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Hartloff das Wort.

Abg. Hartloff, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Billen hat zuvor gefragt, weshalb die SPD-Fraktion diesen Tagesordnungspunkt beantragt hat. Ich will Ihnen das ganz kurz und präzise sagen: Die Aktuelle Stunde wurde beantragt, um den Menschen, die von Arbeitsabbau, von dem schwierigen strukturellen Umbau dort betroffen sind, zu zeigen, dass die Politik bei ihnen ist und sie sich darum kümmert, wie eine weitere Entwicklung dort aussieht. Das geschieht aus aktuellem Anlass. Deshalb finde ich es umso bedauerlicher, dass wir darüber keine vernünftige Debatte führen, sondern die Aktuelle Stunde von Ihnen dazu genutzt wird, kleine Münze in Polemik auszuführen, Herr Kollege Billen.

(Beifall der SPD und bei der FDP)

Sie wollen weismachen, dass durch aktuelle politische Situationen der eine oder der andere weltpolitische Veränderungen wesentlich beeinflussen, stoppen oder umkehren könnte. Wer soll daran den Glauben haben, Herr Kollege Billen? Sie haben ihn selbst nicht.

Wenn wir so miteinander argumentieren, hat das auch viel damit zu tun, weshalb Bürgerinnen und Bürger dessen überdrüssig sind, was Politiker untereinander austauschen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Die Frau Ministerin hat zuvor die Sachverhalte dankenswerterweise aufgezeigt und gesagt, welche Bemühungen dahinter stehen.

Frau Kollegin Grützmaker, an Sie gemünzt sage ich: Das ist nicht auf Sand gebaut, wenn man sich auf die Standorte konzentriert, die auch Zukunft haben. Auch für den militärischen Bereich gilt, das eine zu tun, heißt nicht, das andere zu lassen, sondern beide Entwicklungen müssen betrieben werden. Das passiert beispielsweise durch die Verlagerung der Rhein-Main Air Base nach Ramstein und Spangdahlem, und das geschieht im Bereich Konversion. Das treiben wir weiter, und das äußerst erfolgreich.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und der FDP)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Billen das Wort.

Abg. Billen, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich war gespannt darauf, dass die Ministerin sagt, was von dem, was ich gesagt habe, nicht wahr ist, aber das hat sie nicht getan, sondern sie hat versucht, abzulenken und mit der Geschichte zu argumentieren. Das ist ein zulässiger Versuch, den man erdulden muss. Manchmal habe ich das Gefühl, dass das abläuft wie in den 80er-Jahren. Diejenigen, die „Ami go home“ gebrüllt haben, haben anschließend den Wegfall der Arbeitsplätze bedauert.

(Beifall der CDU)

So scheinheilig lassen wir uns das nicht gefallen.

Herr Dr. Schmitz, zu Ihrem Kenntnisstand: Die Verlagerung der Rhein-Main Air Base nach Ramstein und Spangdahlem ist keine Investition der Amerikaner. Nur ein ganz kleiner Teil der Investitionen wird durch die Amerikaner getätigt. Es handelt sich um eine Investition der Deutschen, um die Rhein-Main Air Base freizumachen. Insofern hat nie einer angezweifelt, dass das kommt.

(Zuruf des Abg. Dr. Schmitz, FDP)

– Das hat nie jemand angezweifelt.

Herr Hartloff, die Ursachen werden Sie doch wohl nicht bestreiten. Sie werden doch wohl nicht bestreiten, dass das deutschamerikanische Verhältnis unter dem Gefrierpunkt ist.

(Unruhe bei der SPD)

– Auf Regierungsebene! Das werden Sie doch wohl nicht bestreiten. Wenn Sie das nicht bestreiten können – das werden Sie auch nicht tun –, wissen Sie auch, dass es ein Unterschied ist – lesen Sie die Kommentare und Berichterstattungen sowohl aus dem Pentagon als auch die aus Deutschland –, wie man sich verhält. So werden die Amerikaner sich auch verhalten. Die Amerikaner machen das, was Sie zum Teil nicht machen, sie handeln nämlich.

(Unruhe bei der SPD)

Die Amerikaner reden nicht drei Jahre, sondern die handeln. Wir sollten auch handeln.

Wir sind nicht dagegen, sondern wir bemühen uns auch. In Bitburg haben wir das jetzt vorgemacht. Dort ist ein Flugplatz von heute auf morgen geschlossen worden. Dort haben wir uns gemeinsam sehr erfolgreich bemüht, Arbeitsplätze, die bei den Amerikanern weggefallen sind, im zivilen Bereich zu schaffen. Natürlich müssen wir den Menschen helfen. Es geht darum, die Ursachen zu be-

seitigen. Nur der, der die Ursachen dieser Politik beseitigt,

(Glocke des Präsidenten)

wird auch Erfolg in der Wirkung haben.

(Beifall der CDU)

Präsident Grimm:

Ich erteile noch einmal Herrn Abgeordneten Dr. Schmitz das Wort.

Abg. Dr. Schmitz, FDP:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Billen, gehen wir ganz einfach der Reihe nach vor. Das Land Rheinland-Pfalz hat 33 Millionen DM in Form von Dienstleistungen in die Hand genommen und damit ein Investitionsvolumen in einer Größenordnung von 600 Millionen DM geschaffen. Das nenne ich ein gutes Geschäft.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Jetzt übertreiben Sie einmal nicht!)

Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass diese Investition die Standorte Ramstein und mittelbar Spangdahlem – Ramstein und Spangdahlem gehören irgendwie zusammen – mit allen Begleitstrukturen für Rheinland-Pfalz und für die Mitarbeiter im zivilen Bereich sicherer macht. Diese Selbstverständlichkeit muss ich nur deshalb betonen, weil die Diskussion ein wenig durcheinander gelaufen ist.

Diese Investition und die früheren Investitionen haben dazu geführt, dass das Land Rheinland-Pfalz bei den jetzigen Verlagerungsrunden, die gestern in der Presse nachzulesen waren, im Gegensatz beispielsweise zu unserem Nachbarn Hessen mit einem blauen Auge oder vielleicht sogar ohne ein blaues Auge davon kommt. Das ist dieser klugen zukunftsgerichteten Politik zu verdanken.

(Beifall der FDP und der SPD –
Widerspruch bei der CDU)

Frau Grützmacher, da Sie den Kern der Diskussion ein wenig glitzernd dargestellt haben, nenne ich als Eifeler gern auch für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN noch einmal den Unterschied: Die Eifel und die Pfalz waren über Jahrhunderte umkämpfte Räume. Ich gebe Ihnen Recht, sie waren Aufmarsch- und Kriegsgebiete. Das, was jetzt dort geschieht, ist aber etwas ganz anderes. Das sind jetzt Zentren der Sicherheit, auch wenn das mit Militär zusammenhängt, was Ihnen nicht passt.

(Beifall des Abg. Creutzmann, FDP)

Es sind darüber hinaus Zentren, in denen infrastrukturell in Not leidenden Regionen ein Nukleus gebildet wurde, ohne den diese Regionen in absehbarer Zeit nicht mehr

zurechtkämen. Deshalb sollten Sie das, was Sie gesagt haben, überdenken.

(Beifall der FDP und der SPD)

Präsident Grimm:

Ich erteile Frau Abgeordneter Grützmaker das Wort.

Abg. Frau Grützmaker, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Dr. Schmitz, das, was Sie am Schluss gesagt haben, zeigt die Einengung des Blickfelds ganz deutlich.

(Beifall des Abg. Wiechmann,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Strukturen ganz am Ende sind – das wird vielleicht dann auch in Bulgarien und Rumänien so sein –, wie das bei uns nach dem Zweiten Weltkrieg der Fall war, war es vielleicht gar nicht anders möglich, dass durch das Militär eine Lücke geschlossen wurde, die durch deutsches Militär und davor vielleicht durch französisches Militär entstanden ist.

(Unruhe bei der CDU)

Jetzt sind wir aber weiter.

(Kuhn, FDP: Was sollen wir tun?)

Wir haben doch die positiven Beispiele. Frau Dreyer hat beispielsweise die Holtzendorf-Kaserne genannt.

Sehen Sie sich das doch einmal an. Sie haben doch die positiven Beispiele gehört. Frau Dreyer hat zum Beispiel die Holtzendorf-Kaserne genannt. Sehen Sie sich auch einmal die ehemaligen Festungsstädte Germersheim und Landau an, wie sich diese, seit das Militär weg ist, erweitern konnten und plötzlich nicht mehr eingeschnürt waren. Das sind doch ganz eindeutige und positive Entwicklungen. Machen Sie den Leuten doch Mut, dass es auch ohne das Militär geht, auch wenn der Übergang schwierig ist. In jedem Konversionsbereich, ob es um Kohle oder Stahl geht, ist der Übergang schwierig. Man muss den Leuten die Perspektive und den Blick in die Zukunft vermitteln, dass es auch geht, wenn die zivilen Arbeitsplätze beim Militär wegfallen. Damit meine ich solche positiven und optimistischen Vorbilder, wie sie die Holtzendorf-Kaserne, Bitburg und viele andere Bereiche bieten, die wir immer unterstützt haben. Klar ist, dass wir als Opposition nicht alles, was die Landesregierung tut, unterstützen,

(Hartloff, SPD: Ist schade!)

sondern zum Teil andere Vorstellungen haben. Das darf man aber einer Opposition nicht vorwerfen.

Meine Damen und Herren, wir wollen mehr Mut für zivile Perspektiven in Ramstein, Kaiserslautern und Spangdahlem, damit auch diese Regionen von dem profitieren,

was andere Regionen in Rheinland-Pfalz schon haben, nämlich von der Friedensdividende.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Es spricht Herr Ministerpräsident Beck.

Beck, Ministerpräsident:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, dass einige wenige Bemerkungen angebracht sind, zumal ich aus den Reihen der Opposition auch aufgefordert worden bin. Ich denke, dass wir uns in der Bundesrepublik Deutschland einig bleiben sollten.

Damit es völlig klar und eindeutig ist: Diese Bundesrepublik Deutschland wird ins Nordatlantische Verteidigungsbündnis eingebunden bleiben. Das ist unsere gemeinsame Interessenslage. – Sie ist von gemeinsamen Werten getragen, die die demokratischen Verfassungen der beteiligten Länder ausdrücken. Sie ist auch davon getragen, dass wir uns gegenseitig versichern, schützen, wenn ein Land angegriffen wird, und auf der Grundlage entsprechender Beschlüsse der Vereinten Nationen intervenieren, wenn eine Völkergemeinschaft, eine Ethnie oder ein anderes Land in einer Weise terrorisiert wird, dass dies nicht hinnehmbar ist. Richtig ist, dass Terroranschläge wie am 21. September 2001 auf die Vereinigten Staaten von Amerika den Charakter eines Angriffs haben und deshalb auch vorbeugende Aktionen begründen.

Die Tatsache, dass eine Reihe von europäischen und weltweit anderen Nationen mit den Vereinigten Staaten und anderen Nationen in Europa und weltweit über die Rechtfertigung des Militärschlags im Irak unterschiedlicher Auffassung ist, ist eine Frage, die eine Wertegemeinschaft und unterschiedliche Staaten miteinander in der gebührenden Form austragen sollten.

(Beifall der SPD)

Ich lasse es dahingestellt, ob die Töne, die in diesem Zusammenhang ausgetauscht worden sind, immer gerechtfertigt waren. Ich glaube in jedem Fall, dass sich „old Europe“ nicht dafür genieren muss, dass es seine Lektion aus eineinhalb Jahrhunderten Krieg und Bürgerkrieg gelernt hat und Krieg als Fortsetzung der Politik als Instrumentarium klar und eindeutig ablehnt und auch in Zukunft ablehnen sollte.

(Beifall der SPD und der FDP)

Unabhängig davon – wenn diese Perspektiven in einer solchen Debatte eingebracht werden, muss man sie auch aufnehmen dürfen – glaube ich, dass es, nachdem der Warschauer Pakt zusammengebrochen und diese Bipolarität auf der Welt weg ist, die auch diese furchtbare Overkill-Bedrohung mit sich gebracht hatte, und sich eine neue Ordnung herausbildet, weltweit in aller Interesse ist, dass Europa auch Verantwortung übernehmen

muss, und zwar nicht nur für sich selbst, für ökonomische, ökologische, soziale und kulturelle Fragen, sondern wir sind auch gefordert – dazu haben uns die unterschiedlichen Regierungen der Vereinigten Staaten zu Recht gemahnt –, dass wir weltweit Verantwortung für diese Ideale übernehmen und um die Aufgabensicherheit zu gewährleisten. Die Bundesrepublik Deutschland hat dies getan. 10.000 Soldatinnen und Soldaten sind derzeit an internationalen Plätzen eingesetzt und leisten ihren Beitrag zur Garantie von Frieden oder Friedenschancen und zum Wiederaufbau.

Natürlich muss auch Europa stärker lernen, mit einer Stimme zu sprechen und Verantwortung zu übernehmen. Wir alle haben dies doch formuliert, wenn wir uns daran erinnern, wie der Krieg im ehemaligen Jugoslawien begann. Wir haben uns auch ein Stück dafür geniert, dass wir uns nur zu helfen wussten, indem wir die Vereinigten Staaten angerufen haben, uns in Europa bei der Lösung dieses furchtbaren Konflikts zu stützen.

Das, was angemahnt worden ist, muss Stück für Stück umgesetzt werden, und zwar nicht gegen die Vereinigten Staaten von Amerika und das Nordatlantische Verteidigungsbündnis, sondern als Teil dieses Nordatlantischen Verteidigungsbündnisses, aber auch als wachsender Verantwortungsteil innerhalb Europas. Wir werden die Außen- und Sicherheitspolitik nicht auf Dauer als Nebengebiet der Politik betrachten können.

Ich finde, dass es alles andere als unschicklich ist, wenn sich vier Staatspräsidenten und Regierungschefs treffen, um darüber miteinander nachzudenken. Darunter waren der französische Staatspräsident, der Regierungschef Belgiens und ein Mann, mit dem viele – ich zähle mich dazu – auch freundschaftlich umgehen, nämlich Jean-Claude Juncker. Es ist nicht in Ordnung, dass auf irgendeine Weise die Größe eines Landes an den Rand der Lächerlichkeit gezogen wurde.

Herr Gölter, das ist vorhin passiert. Sehen Sie mich nicht so kritisch an.

(Zuruf des Abg. Dr. Altherr, CDU)

Insoweit sollten wir das lassen.

(Zuruf des Abg. Dr. Gölter, CDU)

– Es könnte eine Dummheit gewesen sein. Ich behaupte aber, es war keine Dummheit.

Verehrter Herr Dr. Gölter, ich beurteile dies anders.

(Beifall der SPD)

Wir sollten ein Land, wenn es in Verteidigungsfragen einbezogen wird, nicht an den Rand der Lächerlichkeit drücken, weil es klein ist. Wir brauchen vielleicht die Vermittlungsfähigkeit gerade solcher Länder sehr, um Europa zu Ende zu bauen. Das ist mein Argument.

(Beifall der SPD und der FDP)

Ich glaube aber, es ist richtig, dass man Impulse setzen will und sucht, um diesen Teil der Außen- und Sicherheitspolitik im Rahmen der europäischen Politik nach vorn zu bringen.

Wenn dies richtig ist, vielleicht mit Nuancen unterschiedlich bewertet, aber im Grund genommen gemeinsam getragen wird, ist es und bleibt es auch richtig, dass die amerikanische Präsenz in Deutschland und Europa auf für uns unabsehbare Zeit notwendig ist und in diesem Zusammenwirken militärische Aufgaben in unterschiedlicher Gewichtung zwischen den Vereinigten Staaten, anderen NATO-Mitgliedern und den europäischen NATO-Mitgliedern einschließlich Frankreich wahrgenommen werden können und müssen. Das gilt nach wie vor für die Verteidigungsbereitschaft, die in einer Grundbereitschaft gehalten werden muss, und darüber hinaus auch für unsere Fähigkeit, solche internationale Verantwortung mit zu übernehmen.

Wenn es darum geht zu sagen: Ja, wir haben uns sehr bewusst darum bemüht, wissend, dass Kampfeinheiten im Bereich der Air Force eher tendenziell verlagert werden, weil potenzielle Einsatzbereiche anderswo als im Flugbereich, der von Deutschland aus gestaltet werden kann –, dann müssen wir uns darum bemühen, dass die Logistik, die sinnvollerweise auf einem mittleren Bereich zwischen den unterschiedlichen Teilen dieser Welt angesiedelt werden muss, wenn schon in Deutschland, dann möglichst bei uns in Rheinland-Pfalz erhalten wird. Das ist keine Unlogik und nichts, wofür sich irgendjemand genieren muss. Im Gegenteil, das ist das Wahrnehmen einer vernünftigen Verantwortung im Rahmen der Sicherheitsverantwortung auf dieser Welt.

Meine Damen und Herren, insoweit glaube ich, dass der Vertrag, den wir mit ausgehandelt haben und der an Weihnachten vor einem Jahr unterschrieben worden ist, für unser Land Rheinland-Pfalz und für viele Menschen von Vorteil ist und in die internationale Lage und Aufgabenstellung hineinpasst.

(Beifall bei der FDP)

Wenn das so ist, dann darf man auch einmal deutlich machen, dass eine Investition, wenn man Spangdahlem dazu nimmt – das ist ein Gesamtsystem gewesen; ich habe ein bisschen etwas mit den Verhandlungen zu tun gehabt –, in der Gesamtgrößenordnung von rund 750 Millionen Euro niedergebracht wird. Das ist ein Wort für die Wirtschaft, aber auch für die Dauerhaftigkeit dieser beiden Standorte.

Verehrte Frau Grützmaker, ich achte, wenn man ehrenwert pazifistisch argumentiert. Das hat man zu respektieren. Aber zu sagen: „Wir sind für die zivilen Perspektiven“, – und dann Fliegerei abzulehnen, eine Straße darf möglichst auch nicht dorthin gebaut werden, wo bisher eine militärische Liegenschaft war, zu Autoproduktion höre ich Kritik – – –

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das ist doch Quatsch, was Sie sagen!)

– Ich zitiere genau Felder, in denen Sie, verehrte Frau Kiltz, diametral gegen das, was wir versucht haben auf die Beine zu stellen, argumentiert haben.

(Beifall bei der SPD)

Ich spreche Ihnen nicht die Ehrenwertigkeit in Ihren Zielen ab, aber dann hätte ich gern neben der Aussage „Wir wollen zivile Strukturen aufbauen, dort, wo tausende Arbeitsplätze verloren gingen, hätten wir nicht entsprechend gehandelt, wo Millionen und Abermillionen an Kaufkraft und an Wirtschaftskraft verloren gingen“, mehr gehört als nur „Wir wollen zivile Strukturen“, wenn man vieles, was unter zivilen Strukturen zu verstehen wäre, ablehnt. Das muss man dann schon begründen oder man verbreitet Worthülsen. Die werden den Menschen weder im Westpfälzischen noch in der Eifel noch anderswo zu Recht ausreichen.

Ich wollte noch einmal unterstreichen, dass die Aktuelle Stunde insoweit – ich bedanke mich bei Herrn Hartloff, dass er das noch einmal unterstrichen hat – ein erneutes Zeichen ist, dass dieses Parlament und auch die Landesregierung sich auch darum kümmern, wenn, wie in diesem Fall, mir der stellvertretende amerikanische Oberbefehlshaber sagt – die Untersuchungen haben im Mai 2002 begonnen –, dass Umstrukturierungen vorgenommen werden und 240 Arbeitsplätze wegfallen sollen. Die amerikanische Seite bemüht sich – das ist mir zugesichert worden –, an anderen Stellen Menschen unterzubringen. Das ist richtig, und dafür bedanken wir uns. Es ist aber schwierig – Frau Kollegin Dreyer hat das dargestellt –, weil die Qualifikationen teilweise sehr spezifisch sind und nicht so ohne weiteres auf andere Bereiche übertragen werden können.

Wir bemühen uns darum, auch diesen Menschen erneut zu helfen. Aber ich rate wirklich dringend dazu, dass wir immer, wenn wir sagen, „Nein, das geht auch rein zivil“, fragen, was wir noch schaffen könnten. Es ist wahr: In Bitburg ist zivil eine Menge auf den Weg gebracht worden, aber daneben auch noch Spangdahlem in der gleichen Dimension zivil zu entwickeln, dann bitte ich denjenigen, der dies verlangt, auch ein paar Ideen auf den Tisch zu legen.

(Beifall bei SPD und FDP)

In Zweibrücken und in Sembach einen Flugplatz zu schließen und dort zivile Strukturen zu entwickeln, das haben wir gemacht, und das machen wir derzeit, aber daneben noch Ramstein aufzugeben, dann bitte ich um Vorschläge, die mehr sind als die Aussage: Wir wollen zivile Strukturen. – Meine Damen und Herren, sonst ist das nicht sehr hilfreich, was uns als Aufgabe gestellt wird.

(Beifall bei SPD und FDP)

In diesem Sinn, glaube ich, dass wir uns weiter darum bemühen – dabei gibt es kein Problem –, gut zusammenzuarbeiten, gerade jetzt – Herr Kollege Zuber kann das bestätigen – in der schwierigen Gefährdungslage amerikanischer Liegenschaften in Rheinland-Pfalz. Die amerikanische Seite hat uns bestätigt, dass nirgendwo mehr als in Rheinland-Pfalz die Zusammenarbeit ge-

pfligt wurde und die amerikanischen Menschen, insbesondere die Familienangehörigen von amerikanischen Soldaten, die im Einsatz waren, sich sehr sicher gefühlt haben. Wir haben kein Problem mit der Zusammenarbeit und im Zusammenwirken, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei SPD und FDP)

Verehrter Herr Kollege Billen – nur um die Legende zu beenden –, ich will nicht den Streit fortsetzen. Ich hatte Sie zuerst in Briefen und, nachdem keine adäquate Reaktion kam, dann öffentlich gebeten: Wenn Sie Informationen haben, die wir nicht nur nicht haben, sondern die amerikanischen Stellen zu den gleichen Informationen, die Sie öffentlich verbreiten, das Gegenteil berichten, dann bitte ich Sie, uns das dann an die Hand zu geben. – Das war die Forderung. Sie haben das nicht gemacht. Sie haben mir zwei polemische Briefe in dem Stil geschrieben, den Sie hier auch in Ihrer Rede gepflegt haben. Ich lasse das so stehen. Ich will darauf nicht eingehen. Ich will nur sagen: Von wegen, niemand hat sie widerlegt. – Sie haben eine Behauptung in den Raum gestellt, der alle offiziellen amerikanischen Stellen widersprechen. Ich fordere Sie auf: Belegen Sie, was Sie sagen, oder lassen Sie in Zukunft die Verunsicherung der Menschen.

Danke schön.

(Beifall der SPD und der FDP)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, dem Parlament stehen insgesamt noch neun Minuten Redezeit zur Verfügung. Gerecht verteilt bedeutet dies zwei Minuten und 15 Sekunden je Fraktion.

Ich erteile Herrn Abgeordneten Böhr das Wort.

Abg. Böhr, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie bei jeder Debatte gibt es Punkte, die uns auch im Hinblick auf das, was Herr Ministerpräsident Beck gesagt hat, vereinen, und es gibt Punkte, die uns trennen. Ich möchte das sehr sachlich und nüchtern sagen und beim letzten beginnen.

Herr Ministerpräsident, es kann kein Zweifel daran bestehen – man muss nur die Presse verfolgen und mit amerikanischen Freunden reden, was auch wir getan haben und nicht nur die Landesregierung –, man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Amerikaner uns im Moment zumindest offiziell die kalte Schulter zeigen. Dass dies in einer sehr höflichen Form passiert, ist nicht weiter verwunderlich. Aber dass die Amerikaner im Moment an vieles denken, aber nicht daran, ihre Präsenz in Deutschland auszubauen, das halte ich für das Unstreitigste vom Unstreitigen in der jetzigen Situation.

Dass sich im Blick auf diese Feststellung natürlich die Frage ergibt, wie es dazu kommen konnte – das war

Gott sei Dank schon einmal anders und wird hoffentlich wieder anders –, gehört zu den Punkten, die uns trennen. Wir haben eine andere Wahrnehmung dessen, was in der Vergangenheit im Verhältnis der beiden Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika und der Deutschen Bundesregierung passiert ist. Dass diese unterschiedliche Bewertung und die Art und Weise, wie von der Deutschen Bundesregierung diese unterschiedliche Bewertung politisch ins Spiel gebracht wurde, einen tiefen Graben aufgerissen hat, kann bei Licht betrachtet nicht bestritten werden. Das ist der Punkt, der uns trennt.

(Beifall bei der CDU)

Es gibt dann einen anderen Punkt, bei dem ich ganz auf Ihrer Seite bin. Das will ich mit großem Nachdruck hier sagen. Das wird niemanden überraschen, aber ich will es doch gesagt haben. Die Vorstellung – Sie haben das Beispiel Bitburg/Spangdahlem genannt, ich nenne das gleiche Beispiel –, jetzt nach all den Kraftanstrengungen bei der Konversion des Bitburger Flughafens 10 Kilometer Luftlinie entfernt ein ziviles Konversionsprojekt zu schultern und dadurch die Eifel strukturpolitisch nach oben zu bringen, so blind kann man eigentlich nicht sein, das zu erwarten.

(Glocke des Präsidenten)

– Ich komme sofort zum Schluss.

Herr Ministerpräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, deswegen bin ich schon der Meinung, nicht um in der Vergangenheit nachzukarten, sondern um zu überlegen, wie wir zukünftig mit den Amerikanern umgehen wollen – Sie sagen, es sind unsere Freunde; das sage ich auch, wir brauchen sie auch in Zukunft; das ist der entscheidende Punkt –, müssen wir schon einen Weg finden, der sich deutlich von dem unterscheidet, was offiziell von der Deutschen Bundesregierung in den letzten Wochen immer wieder gesagt wurde. Ich plädiere nicht für die blinde Gefolgstreue. Ich plädiere aber genauso wenig für die blinde Ablehnung. Freundschaft hat ihren Preis. Meine sehr verehrten Damen und Herren, welchen Preis uns diese Freundschaft wert ist, das müssen wir uns in der Tat – nicht wir hier im Parlament, sondern in Deutschland – klar machen und vor Augen führen, sonst wird aus dieser Freundschaft irgendwann ein Nichtverhältnis, und das wäre für Deutschland und für Europa schlimm.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Hartloff das Wort.

Abg. Hartloff, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Böhr, Sie haben Punkte genannt, die uns verbinden, und welche, die uns trennen.

Die andere Wahrnehmung ist wohl auch die, dass Sie nicht wahrhaben wollen, dass der Abbau und die Umstrukturierung militärischer Art eine langfristige Entwicklung ist, die sich mit dem Wegfall der Blöcke angekündigt hat und fortsetzen wird,

(Böhr, CDU: Auch! –
Mertes, SPD: So ist es!)

sich mit der neuen geostrategischen Lage weiter fortsetzen wird und nicht in der Kürze mancher sicher bestehender Verstimmung, die daher rührt, dass man unterschiedlicher Meinung ist, begründet ist.

Genau das wollen Sie nicht wahrhaben, dass es längere Entwicklungen sind, die sich fortsetzen werden, wo wir natürlich unsere wohlverstandenen Interessen wahren und uns einsetzen werden – was ich im Übrigen manchmal früher etwas vermisst habe –, in Freundschaft verbunden eigene Interessen wahrzunehmen – was für unsere französischen Nachbarn immer eine größere Selbstverständlichkeit war –, –

(Zuruf des Abg. Lelle, CDU)

– Ich gebe Ihnen Recht, Herr Lelle, ich sage das einmal aus anderer Situation .

– – aber mit einem anderen Selbstverständnis, Interessenwahrnehmungen vorzunehmen.

(Dr. Gölter, CDU: Sehr vorsichtig!)

– Bei aller Vorsicht.

Es ist überhaupt nicht wegzunehmen, dass Politik darin besteht, dass man miteinander über das spricht, was einen trennt, aber auch über das, was einen verbindet und was gemeinsame Interessen sind.

(Zuruf des Abg. Dr. Altherr, CDU)

Das gilt für amerikanische Freundschaften, für das deutschamerikanische Verhältnis und für eine friedliche Zukunftsentwicklung in unserem allgemeinen Interesse. Das macht auch die Bundesregierung.

Wir sind in den Bewertungen auseinander,

(Zuruf des Abg. Lelle, CDU –
Glocke des Präsidenten)

aber der Ministerpräsident hat überzeugend dargelegt, was dafür das Motiv war.

(Beifall der SPD und der FDP)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache und rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

**Landesgesetz zu der Vereinbarung über die Rückgabe der Rhein-Main Air Base Frankfurt und der Wohnsiedlung Gateway Gardens sowie die Durchführung und Finanzierung von Baumaßnahmen auf den Luftwaffenstützpunkten Spangdahlem und Ramstein
Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 14/2137 –
Erste Beratung**

Wir bleiben sozusagen beim Thema. Zur Begründung spricht der Staatssekretär im Finanzministerium.

Dr. Deubel, Staatssekretär:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wie bereits angekündigt, bringt die Landesregierung heute das Landesgesetz zu der Vereinbarung vom 27. Juli 1999 über die Rückgabe der Rhein-Main Air Base Frankfurt und der Wohnsiedlung Gateway Gardens sowie die Durchführung und Finanzierung von Baumaßnahmen auf den Luftwaffenstützpunkten Spangdahlem und Ramstein beim Landtag ein.

Inhalt und Gegenstand des Gesetzes ist es, die Zustimmung des Landtags zu dieser Vereinbarung gemäß Artikel 101 Satz 2 der Verfassung für Rheinland-Pfalz herbeizuführen.

Diese Vereinbarung trägt der Tatsache Rechnung, dass einerseits die zunehmend bedeutsame Funktion des Flughafens Frankfurt/Main als zentraler Verkehrsknotenpunkt im nationalen wie internationalen Luftverkehr die Inanspruchnahme weiterer Flächen und damit auch der bisher von der US-Luftwaffe genutzten Teilfläche erfordert und andererseits das US-Verteidigungsministerium wie auch die NATO den Wunsch geäußert haben, ihre Aktivitäten ohne Beeinträchtigung der Funktionsfähigkeit nach Ramstein und Spangdahlem zu verlagern und zu konzentrieren.

Dementsprechend ist wesentlicher Gegenstand dieser Vereinbarung vom 27. Juli 1999, dass die amerikanischen Luftstreitkräfte in Europa die Rhein-Main Air Base und die Wohnsiedlung Gateway Gardens räumen und an die Flughafen Frankfurt/Main AG – so der damalige Name, heute Fraport AG – zurückgeben und auf den Luftwaffenstützpunkten Spangdahlem und Ramstein im Zuge der Verlegung die erforderlichen Baumaßnahmen unter Sicherstellung der Finanzierung und ohne Beeinträchtigung der Funktionsfähigkeit durchgeführt werden.

Die Landesregierung hat sich in dieser Vereinbarung verpflichtet, sich mit bis zu 33,9 Millionen DM – die Vereinbarung ist von 1999 – an den Kosten zu beteiligen, und zwar dadurch, dass die vom Bund an das Land zu zahlenden Baunebenkosten entsprechend reduziert werden.

Der Anteil des Landes entspricht damit rund 4,7 % der geplanten Gesamtausgaben von 728 Millionen DM bzw. heute 371 Millionen Euro, die weitgehend der rheinland-pfälzischen Bauwirtschaft zugute kommen.

Im Übrigen werden sowohl in Ramstein als auch in Spangdahlem von den US-Streitkräften erhebliche weitere Investitionen auf eigene Rechnung vorgenommen.

Selbstverständlich hat sich angesichts dieser finanziellen Verpflichtung seinerzeit für die Landesregierung die Frage gestellt, ob es sich bei der Vereinbarung vom 27. Juli 1999 um einen Staatsvertrag handelt, der der gesetzlichen Zustimmung des Parlaments bedarf.

Die Landesregierung hat diese Frage zum damaligen Zeitpunkt verneint, weil sie der Auffassung war, dass die notwendige Beteiligung des Landtags auf andere Weise sichergestellt wird, nämlich dadurch, dass in den Haushaltsplan für den Doppelhaushalt 2000/2001 die entsprechenden Zuschüsse und Verpflichtungsermächtigungen eingestellt wurden.

Dieser Haushaltsplan wurde mit dem Landeshaushaltsgesetz 2000/2001 vom 8. Februar 2000 vom Landtag festgestellt, sodass hinsichtlich der Zahlungsverpflichtungen des Landes in Höhe von 33,9 Millionen DM keine Rede davon sein kann, dass der Landtag als Haushaltsgesetzgeber in irgendeiner Weise umgangen worden ist.

Ich darf an dieser Stelle darauf hinweisen, dass der Landtag durch die Beantwortung einer ganzen Reihe von parlamentarischen Anfragen zu diesem Thema stets über das Fortschreiten und über die wesentlichen Inhalte der Vertragsverhandlungen unterrichtet wurde.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Insbesondere wurde der Haushalts- und Finanzausschuss in seiner Sitzung am 16. September 1999 und außerdem mit Schreiben vom 8. September 1999 durch den Minister der Finanzen über die finanzielle Beteiligung des Landes an der Verlagerung der Rhein-Main Air Base auf die Luftwaffenstützpunkte Spangdahlem und Ramstein unterrichtet.

Insoweit ist festzustellen, dass zum damaligen Zeitpunkt niemand und insbesondere auch kein Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Erfordernis eines Staatsvertrags reklamiert hat.

(Kramer, CDU: Genau!)

Nun gibt es, wie Sie wissen, zwischenzeitlich ein Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Landtags, in dem ausgeführt wird, dass es gute Gründe dafür gebe, im Hinblick auf die notwendige Mitwirkung des Haushaltsgesetzgebers die Vereinbarung vom 27. Juli 1999 als Staatsvertrag im Sinn von Artikel 101 Satz 2 der Landesverfassung zu qualifizieren.

Die Landesregierung hält diese Rechtsauffassung für vertretbar. Da der Landesregierung nicht daran gelegen ist, sich in juristischen Fabulierungen zu ergehen, hat sie auch kein Problem damit, dem Landtag mit der Vorlage

dieses Landesgesetzes noch einmal Gelegenheit zur Erörterung der Vereinbarung vom 27. Juli 1999 zu geben.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und der FDP)

Präsident Grimm:

Auf der Zuschauertribüne begrüße ich Mitglieder und Freunde der SPD Dellfeld. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Ich eröffne die Aussprache und erteile Frau Abgeordneter Kohnle-Gros das Wort.

Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU:

Vielen Dank, Herr Präsident! Wir hatten vorhin schon einen politischen Schlagabtausch zum Umfeld dieser Diskussion.

Ich glaube, wenn ich das Wort unseres Fraktionsvorsitzenden Christoph Böhr aufgreifen darf, dass wir heute durchaus in der Lage sind, mit dieser Debatte ein Signal an die Amerikaner, die NATO und unsere Partner in dieser Frage zu senden, dass wir als Landtag mit großer Mehrheit diesem Gesetzentwurf und damit diesem Staatsvertrag unsere Zustimmung geben und eine entsprechende politische Diskussion führen.

Herr Staatssekretär Deubel, ich kann Ihnen inhaltlich voll zustimmen. Ich glaube, ich kann das für die Fraktion sagen. Wir sind in den Beratungen im Haushalts- und Finanzausschuss, aber auch im Innenausschuss und den anderen Gremien durchaus Ihrer Argumentation zu Beginn dieser Verhandlungen gefolgt und haben dem zugestimmt, was verhandelt worden ist.

Deswegen sind wir der Meinung, dass, nachdem diese Frage mit dem Gesetzentwurf aufgekommen ist, Sie völlig richtig gehandelt haben, das jetzt sehr schnell aufzugreifen. Wir brauchen dieses schnelle Vorschreiten in diesen Fragen. Ich komme noch einmal darauf zurück.

Ich habe das für richtig befunden. Wir haben uns gut informiert und mit eingebunden gefühlt, sodass wir von uns aus diese Frage gar nicht erst aufgeworfen haben.

Meine Damen und Herren, ich möchte in Richtung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sagen, Sie offenbaren jetzt Ihre Haltung.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Vorsicht, Frau Kohnle-Gros! Vorsicht!)

Frau Grütmacher hat das soeben noch einmal ganz deutlich gemacht. Sie nutzen die Chance der Großwetterlage in diesen Fragen. Sie nutzen Ihre Beziehungen zu den Amerikanern, aber auch die Anwesenheit von

US-Streitkräften in dieser Militärfrage, um daraus Kapital zu schlagen.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Vorsicht!)

Dass bei den vielen Einwendungen, die in der Westpfalz gesammelt worden sind, die GRÜNEN maßgeblich als Mitorganisatoren, Unterschriftensammler und auch als Rechtsberater tätig sind, darf man an dieser Stelle auch einmal sagen.

(Beifall bei CDU und FDP –
Creutzmann, FDP: So ist es! –
Zurufe der Abg. Frau Grütmacher und Frau
Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Ministerpräsident hat gesagt, dass wir in ein internationales Sicherheitsnetz eingebunden sind und wir außenpolitische Verpflichtungen haben. Soweit ich es richtig verstanden habe, ist sogar der Bundesaußenminister ein Mitglied der GRÜNEN. Es würde mich einmal interessieren, was er zu Ihrer Haltung in dieser Frage in Rheinland-Pfalz zu sagen hätte.

(Beifall bei CDU und FDP)

Herr Hartloff, ich würde gern das ergänzen, was Sie gesagt haben, dass das, was heute diskutiert wird, bei den Amerikanern Eindruck macht. Dass es eine große Sensibilität in Amerika und im Kongress über die Fragen gibt, die auch mit der Präsenz der Streitkräfte in Deutschland zu tun haben, ist klar. Das kann ich Ihnen aus der Vergangenheit bestätigen. Wir haben die große Verpflichtung, dies in unser Kalkül mit einzubeziehen. Für die CDU-Fraktion ist dies über die lange Verbundenheit hinaus ganz wichtig.

Es gibt ein Gutachten der Universität Kaiserslautern über die Frage der wirtschaftlichen Auswirkungen militärischer Kräfte aus anderen Nationen, wie es dies auch für Trier und Spangdahlem gibt. Jetzt sind es nur noch die Amerikaner; früher waren es auch andere. Das Gutachten behandelt speziell die Frage der Verlagerung der Air Base in Frankfurt in die Westpfalz nach Spangdahlem. Das Schlusswort dieses Gutachtens ist bemerkenswert. Ich möchte es im letzten Teil meiner Ausführungen aufgreifen. Meine Damen und Herren, es wird ganz wichtig sein, dass wir politisch gemeinsam für die Akzeptanz dieser Verlagerung mit guten Argumenten werben. Wir haben gute wirtschaftliche Argumente, weshalb wir diese Verlagerung wollen. Wir brauchen in unserer Region eine Weiterentwicklung der Flugplätze, weil dies viel Geld in die Region bringt. Über die Entwicklung der Verlagerung hinaus wird es weitere positive Auswirkungen auf die Beschäftigungssituation und auf die Bauwirtschaft bis hin zur Gastronomie und die Mietsituation in der Westpfalz haben. Es wird auch eine wesentliche Verstärkung an Personal geben, was den Zugang von Amerikanern anbelangt.

Meine Damen und Herren, es ist sehr wichtig, dass wir diese Argumente natürlich auch in Abwägung zu den negativen Einflüssen, die mit dieser Verlagerung verbunden sind, klar zum Ausdruck bringen. Wer wird be-

streiten, dass Flugzeuge Fluglärm und Autos Verkehrslärm verursachen?

(Zuruf der Abg. Frau Grützmacher,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen diese Abwägung vornehmen und den Menschen deutlich machen, dass die positiven Effekte vorhanden sind. Dazu gehört auch die soeben diskutierte Frage der zivilen Arbeitsplätze. Auch die Amerikaner wissen, wenn sie in diesem Bereich kein Angebot an zivilen Arbeitsplätzen machen, wird dadurch die Akzeptanz nicht größer.

(Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Aber die Freundschaft bleibt trotzdem!)

Dies muss man in offener Form sagen, und dies ist heute Nachmittag an der einen oder anderen Stelle deutlich gemacht worden.

Meine Damen und Herren, der zeitliche Rahmen ist durch die Unterzeichnung des Staatsvertrags vorgegeben. Bis Ende 2005 muss die Baumaßnahme auf den Flugplätzen abgeschlossen sein. Die Genehmigungsverfahren laufen. Spangdahlem hat bereits seine Verkehrs- und baurechtliche Genehmigung. Wir brauchen diese verwaltungsmäßigen Fortschritte, um die Baumaßnahmen tatsächlich durchführen zu können. Sie wissen, welch großes Interesse Hessen und auch die Flughafengesellschaft daran haben, dass diese Maßnahme zustande kommt. Wir werden dies durch unser Verhalten bei den Beratungen unterstützen.

Zunächst vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Präsident Grimm:

Es spricht nun Herr Abgeordneter Hartloff.

Abg. Hartloff, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist sowohl in dieser wie auch in der vorhergehenden Debatte der Kontext aufgezeigt worden, in dem sich die Vereinbarung, die das Land getroffen hat, bewegt. Es besteht die Absicht, dass die Teile des Frankfurter Flughafen, die Amerikaner belegt haben, nach Ramstein und Spangdahlem verlegt werden und die dortige Infrastruktur ausgebaut wird. 1993 fiel eine Grundsatzentscheidung, 1998/1999 wurde weiterverhandelt. Staatssekretär Dr. Deubel hat das ausgeführt. Über die entsprechenden Schritte und Investitionen ist im Haushalts- und Finanzausschuss berichtet worden. Es stellt sich die Frage: Ist hierfür ein Staatsvertrag notwendig? Ist es einer, ist es keiner?

Die Landesregierung ist bei der Beurteilung davon ausgegangen: Nein, es reicht die Information.

Der Wissenschaftliche Dienst hat ein Gutachten dazu erstellt, das durchaus überzeugend ist, aber in dem mir

– das sei angemerkt – die Frage, ob der Haushaltsvorbehalt, der bei der Veränderung enthalten ist, nicht doch hinreichend ist, damit die finanzielle Verpflichtung nicht über Jahre hinausgeht, sondern immer nur unter dem Haushaltsvorbehalt gehandelt wird – es ist die Frage des Artikels 101 der Landesverfassung –, nicht ausreichend beantwortet scheint.

Natürlich hat jeder Abgeordnete die rheinland-pfälzische Verfassung verinnerlicht. Aber ich wollte sie schon immer einmal mitbringen. 1999 wurden die Abschlüsse getätigt. Wir hatten den Kommentar von Dr. Süsterhenn aus den 50er-Jahren. Weiser sind wir natürlich mit der neuen Kommentierung Grimm/Caesar geworden, die im Jahr 2001 veröffentlicht wurde. Im Jahr 2000 wurde die Verfassung auch um den wichtigen Artikel 89 b ergänzt, der die Informationsrechte des Parlaments stärkt und so manches ein wenig in einen anderen Kontext stellt, was die Informationsrechte des Parlaments sind.

Insoweit begrüße ich es ausdrücklich, dass die Landesregierung gesagt hat – ich sage es jetzt sehr salopp –: Es wird gar nicht lange gefackelt! Wenn der Wunsch vorhanden ist und nach der Aussage des Gutachtens ein Staatsvertrag gemacht werden soll, wird das entsprechende Gesetz vorgelegt. Es liegt vor, und darüber kann debattiert und abgestimmt werden.

Die Rechtsfolgen der rückwirkenden Zustimmung und dass die Außenwirkung nicht von möglichen anderen Beurteilungen betroffen wird, sind eindeutig. Für die Außenwirkung gilt nichts anderes.

Frau Thomas hat vorhin ein bisschen flapsig gefragt: Ist es eine Gnade,

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ja!)

wenn man informiert? – Natürlich ist es keine Gnade. Aber es ist ausführlich debattiert worden, und es ist über die Inhalte gesprochen worden.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Wann denn?)

Dann müssen sich alle Parlamentarier, die hier sitzen, an die Brust schlagen: Wir hätten auch sagen können: Wir halten es für einen Staatsvertrag. – Es hat keiner von uns getan. Das kam erst wesentlich später, und dann wird es repariert. Ich bin überzeugt, dass das auch damals schon passiert wäre. Mann wird klüger und auch Frau. Dass wir lernfähig sind und auf etwas reagieren können, rechne ich uns und der Landesregierung hoch an. Das zeigt, dass wir immer besser werden, und das wird auch bei diesem Punkt so sein.

(Zurufe von der CDU)

Dass natürlich auch eine Verlagerung Belastungen für die Bevölkerung mit sich bringt, weiß jemand, der den Bereich in Ramstein täglich passiert und der in der Nähe wohnt, sehr gut.

Wenn Flugbewegungen zunehmen, sind wie in anderen Flugfeldern auch die Belastungen für die Bevölkerung,

die daraus entstehen, ernst zu nehmen. Deshalb meine ich, es ist gut verhandelt worden.

Wenn die Landesregierung in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der Kolleginnen Thomas und Kiltz am 10. Oktober 2002 mitteilt, dass erstmals bei der Änderung eines Militärflugplatzes ein umfassendes Verfahren mit der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern stattfindet, dann ist dies ein Erfolg. Es ist im militärischen Flughafenbereich keine Selbstverständlichkeit, auch nicht gesetzlich vorgesehen. Das ist ein Plus, weil wir die Bevölkerung ernst nehmen und sie integrieren. Auch das ist neben dem, was wir vorhin dazu schon besprochen haben, an der Vereinbarung gut.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und FDP)

Meine Kollegin Frau Mohr wird nachher aus der direkten Region noch einiges zu diesen Punkten beitragen.

Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und FDP)

Präsident Grimm:

Ich erteile Frau Kollegin Thomas das Wort.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist heute ein guter Tag für das Parlament. Durch die Diskussion und durch die Vorlage der Landesregierung wird das Verhältnis zwischen Parlament und Regierung wieder vom Kopf auf die Füße gestellt.

Ich habe vorhin dazwischengerufen, dass es scheinbar so etwas wie eine Gnade ist. Ich weiß nicht, ob es Ihnen als Parlamentarier genauso geht wie mir. Die Art und Weise, wie Herr Staatssekretär Dr. Deubel dies für das Finanzministerium dargestellt hat, klingt so: Wir sollen das jetzt nach vier Jahren heilen oder vorlegen. – Das ist nicht so. Ich möchte dies deutlich sagen.

Einen Tag nach unserer Pressekonferenz hat sich der Finanzminister geäußert und gesagt, das Parlament hätte die Angelegenheit jederzeit an sich ziehen können. Meine Damen und Herren, was ist dies für ein verfassungsrechtliches Verständnis? Was ist dies für ein Verständnis zwischen Exekutive und Legislative?

(Mertes, SPD: Aber es ist doch geheilt worden!)

– Nein, es ist an der Stelle noch einmal zu sagen, da es ansonsten wie ein Gnadenbeweis daherkommt.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Mertes, SPD: Also wirklich!
Wo ist meine Karte?)

– Ziehen Sie die blaue Karte, dann kann ich Ihnen nachher noch entgegenen.

Für mich ist es entscheidend, dass mit einer solchen Vorlage eine Beteiligung stattfindet, zum einen aus dem Prinzip heraus. Herr Mertes, bevor Sie intervenieren, möchte ich Ihnen dazu etwas sagen. Ich habe ein parlamentarisches Grundprinzip, das in der Verfassung niedergelegt wird.

(Mertes, SPD: Ich habe meine Intervention schon seit einer Woche fertig!)

– Ich nehme dies schon einmal vorweg. Ich halte einen weiteren Punkt für problematisch, den es meines Wissens in der Geschichte des Landtags noch nicht gab, dass man nämlich mit einer vierjährigen Rückwirkung eine Vereinbarung zu einem Gesetz macht. Das ist problematisch.

Ich möchte Ihnen neben dieser verfassungsrechtlichen Komponente auch Gründe nennen, warum es entscheidend ist, das Parlament mit zu beteiligen. Hessen hat es übrigens getan. Es lag überhaupt nicht fern, genau dieses Verfahren auch hier zu praktizieren. Bisher haben das Finanzministerium und die Landesregierung noch keinen überzeugenden Grund dafür genannt, warum sie es nicht in einem Verfahren parallel wie die Landesregierung in Hessen mit Beteiligung des Parlaments machen.

Ich möchte Ihnen sagen, warum es notwendig gewesen wäre, so zu handeln. Dem Parlament wurde durch die Landesregierung zum damaligen Zeitpunkt die Chance genommen, ganz konkret auch auf Bestandteile der Vertragsvereinbarung einzuwirken.

Ich möchte deutlich machen, um was es geht, beispielsweise um Maßnahmen zur Minimierung der Belastung. Das spielt in der Auseinandersetzung bei den Genehmigungsverfahren sowie bei vielen Einwendungen eine Rolle. Die Belastung, die die Region erhält, wird von vielen als unzumutbar, nicht erträglich und nicht gerechtfertigt angesehen, und in dem bisher festgelegten Plan wird dem nicht in umfassender Weise entgegenget. Dies sind Gründe für die Einwendungen.

Natürlich hätten wir als Parlament an solcher Stelle einwirken können. Dies können wir heute überhaupt nicht mehr.

(Mertes, SPD: Das hätten wir praktisch auch nicht anders gekonnt! Schauen Sie sich einmal die Partner an! –
Hartloff, SPD: Staatsverträge können nur abgenickt oder abgelehnt werden!)

Im Prinzip kann das Parlament es heute nur noch abnicken und kann weder der Landesregierung den Rücken stärken noch selbst etwas gestalten.

(Hartloff, SPD: Man kann nur zustimmen oder ablehnen!)

Staatsverträge müssen in dem Moment vor der Ratifizierung vorgelegt werden, weil es die einzige Möglichkeit

ist, Präventivkontrolle auszuüben und nicht nur alles durch Abnicken zu bestätigen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Kohnle-Gros, ich finde das sehr gewagt, was Sie sagen. Ich weiß nicht, ob Sie vorhin dabei waren, als Herr Billen in der Aktuellen Stunde gesprochen hat. Sie sagen dann kurz danach, wir würden irgendwelche Stimmungen ausnutzen, um daraus politischen Profit zu ziehen.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Natürlich!)

Ich möchte Ihnen sagen, dass wir dies nicht getan haben. Diese Fragestellungen haben sich im Lauf der Diskussion entwickelt. Es ist ein gutes Recht der Anwohner und der Menschen in der Westpfalz wie in Spangdahlem, Einwendungen vorzubringen. Dass sie nicht von den GRÜNEN aufgehetzt werden, aber in den Punkten, in denen sie mit uns politisch übereinstimmen, auch unterstützt werden, ist doch klar.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann ist es entscheidend, dass wir auch die Form der Auseinandersetzung auch während des Genehmigungsverfahrens parlamentarisch begleiten. Dies ist der Hintergrund, warum wir viele unserer parlamentarischen Initiativen gestartet haben.

Ich sage Ihnen nur, im Gegensatz zu dem, was Herr Billen heute präsentiert hat, haben wir uns nicht in irgendwelchen Stimmungen eingenistet, um dort unser politisches Süppchen zu kochen, Frau Kollegin Kohnle-Gros.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Na, na, na!)

Nach dem Auftritt Ihres Kollegen wäre ich damit sehr vorsichtig.

Meine Damen und Herren, Sie haben bei den Auseinandersetzungen deutlich gemacht, es geht auch nicht um irgendeinen Pappentier. Herr Hartloff hat dies in der Aktuellen Stunde, aber auch vorhin noch einmal gesagt. Es geht um die Konzentration von militärischen Standorten. Es geht um die Freigabe von Gebieten in Frankfurt und die Konzentration von militärischen Flugmöglichkeiten sowie die logistische Drehscheibe in Rheinland-Pfalz. Ich finde, dies ist eine politisch so bedeutsame Entscheidung, dass es der Landesregierung von selbst und von ungefähr hätte einfallen müssen, dass dies mit einer Entscheidung und mit einer Diskussion des Parlaments hätte erfolgen müssen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Kohnle-Gros, Sie haben sich auf das Gutachten bezogen, das Ihnen jedenfalls nach Ihrer Auffassung gute Argumente gibt. Sie haben nur einen Teil der wirtschaftlichen Argumente genannt. Es wird aber in diesem Gutachten nicht bewertet, welche Auswirkungen oder Einschränkungen an Entwicklungsmöglichkeiten die Konzentration von Militär hat. Insofern unterstütze ich das, was Frau Grützmaker vorhin in der Diskussion

gesagt hat. Natürlich sind militärische Nutzungen – erst recht dann, wenn sie in der Konzentration erfolgen, wie das in Spangdahlem, vor allem aber in Ramstein der Fall ist – auch Hindernisse für zivile Entwicklungen und Entwicklungen in wirtschaftlicher Art. Sie haben eine Bindung von Mitteln und eine langfristige Bindung einer Region in diesen Strukturen. Sie, die aus der Westpfalz kommen, müssten dies eigentlich wissen und die Kritik nachvollziehen können.

Ich möchte noch zu einem Punkt etwas sagen, den Herr Hartloff angesprochen hat. Er hat gesagt, eigentlich sei klar, dass wir dies alles mit einem Beschluss über das Landesgesetz heilen können, dass wir dies quasi nachvollziehen können. Genau diese Frage hat das Gutachten des Wissenschaftlichen Diensts nicht endgültig geklärt. Wir sind der Auffassung, dass diese Frage noch nicht endgültig geklärt ist. Wir sind der Meinung, dass das Parlament gut beraten ist, genau diese Frage noch einmal zu betrachten und zu untersuchen, welche Auswirkungen diese verspätete Beschlussfassung auch im Hinblick auf völkerrechtliche Konsequenzen hat.

(Pörksen, SPD: Was wollen Sie damit sagen?)

Die Frage ist, ob dies mit einem nachträglichen Beschluss geheilt werden kann oder ob die Tatsache, dass zum Beispiel Hessen dies mit einem Staatsvertrag gemacht hat, wir in Rheinland-Pfalz dies aber nur auf der Grundlage eines Ministerratsbeschlusses getan haben – „nur“ bezieht sich auf die Zuständigkeiten – dazu führt, die Vereinbarung ungültig zu machen, da das Fehlen des Staatsvertrags offenkundig war. Dies ist für uns eine wichtige und relevante Frage.

Ich bin keine Juristin, ich habe mich aber von vielen beraten lassen. Ich sage nicht, wir können dies einfach einmal so hopplahopp machen. Ich möchte anregen, dass wir diese Frage unter Hinzuziehung von Juristen in einer Anhörung klären. Dies werden wir auch beantragen. Das ist eine entscheidende Frage für das Parlament.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Pörksen, SPD: Sie wollen das zu Fall bringen! Das ist alles!)

– Es geht doch nicht um die Frage, dies zu Fall zu bringen.

(Pörksen, SPD: Natürlich! Was denn sonst!)

– Herr Pörksen, Sie wissen auch genau, dass all diese Fragen in dem gesamten Genehmigungsverfahren später eine Rolle spielen werden.

Deswegen ist die Frage auch für das Parlament und letztlich für die Landesregierung wichtig zu klären. Ich wüsste gern die Auffassung der Landesregierung oder des Justizministeriums dazu.

Ich will zum Schluss kommen. Ich bin der Meinung, dass die Landesregierung in der Vergangenheit die Dimension ihres Handelns in vielfacher Hinsicht falsch einge-

schätzt hat. Ich will auch deutlich machen, ich gehe nicht davon aus, dass sie das sehenden Auges gemacht hat und Parlament und Bevölkerung getäuscht hat.

Ich bin auf der anderen Seite der Meinung, dass es jetzt noch Zeit ist, in neue Verhandlungen einzutreten und durch Korrekturen dieser Fehler die Interessen der Bevölkerung in der Eifel und in der Westpfalz besser zu berücksichtigen und negative Auswirkungen zu minimieren. Deswegen bleibt unsere Forderung, dass man das jetzt laufende Genehmigungsverfahren in der Westpfalz, also für Ramstein, abbrechen muss, bis die Fragen geklärt sind. Man muss die entsprechenden Konsequenzen für den Ausbau in Spangdahlem ziehen.

(Zuruf des Abg. Mertes, SPD)

– Natürlich sind das Interessen. Sie werden das im weiteren Verlauf sehen. Jetzt haben Sie noch die Chance. Zu einem späteren Zeitpunkt werden Sie diese Chance nicht mehr haben, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Zu einer Kurzintervention erteile ich Herrn Abgeordneten Joachim Mertes das Wort.

Abg. Mertes, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Landtag hat sich am 11. September 1998, im April 1999, im Juni 1999 und im September 1999 jeweils mit Kleinen Anfragen von Kolleginnen und Kollegen befasst. Er hat sich am 15. Juni 1999 und am 16. September 1999 im Haushalts- und Finanzausschuss mit diesen Fragen befasst,

(Zuruf des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Lächerlich!)

deren Mitglied die eben hier aufgetretene Kollegin Thomas ist.

Das heißt, zu all diesen Zeitpunkten gab es für sie keinen Grund, die Frage danach zu stellen, ob das Parlament das in seine eigene Bearbeitung nehmen soll.

Der Innenminister hat am 20. Oktober 1999 weit und breit alle Fragen zum Umzugsprogramm, dessen Finanzierung, Beteiligung von LBB und Ähnlichem beantwortet. Wir haben einen Haushaltsplan verabschiedet, in dem genau die Zahlen stehen, von denen jetzt die Rede ist. Zu all diesen Zeitpunkten gab es keine Intervention oder die Frage danach, ob wir das so machen sollten wie jetzt. Als diese Frage dann kam, haben wir aus dem Parlament heraus sofort gesagt, das wollen wir im Parlament haben, um jede Rechtsunsicherheit zu vermeiden. Das war richtig.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und FDP)

Verehrte Frau Kollegin, jetzt will ich Ihnen etwas sagen. Wenn zur Streitkultur Folgendes zählt, man ist bereit, seine eigene Positionen zu überdenken, man ist bereit, einen anderen Weg mit anderen, die das vorschlagen, zu gehen, man kriegt trotzdem von dieser Stelle noch einmal gesagt, aber du hattest eigentlich etwas anderes vor, dann gibt es keinen Grund mehr, seine eigene Position infrage zu stellen, weil es beim Alten bleibt.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Es ist ungefähr so, als wenn meine Ehefrau sagt, ich habe dich doch wieder am Kühlschrank erwischt. Wenn ich sage, ich bereue es, ich will es nicht mehr tun, sagt sie, du hast es trotzdem versucht. Ich habe mich eben gefragt, ob Sie sich nicht so ein bisschen wie die 13. Fee im Märchen vorkommen – das nur, was die Symbolik angeht –, wie schlecht jemand gelaunt sein kann, wenn nicht nach seinen Wünschen gearbeitet wird.

(Zuruf des Abg. Dr. Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hier ist bewiesen worden, wir können Entscheidungen verändern, wenn wir zu einer gemeinsamen Auffassung kommen. Das ist Parlamentskultur. Verehrte Frau Kollegin, Sie machen das für die Zukunft nicht einfacher.

(Beifall bei SPD und FDP)

Präsident Grimm:

Es spricht Herr Abgeordneter Hohn.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Eine Kurzintervention!)

– Pardon, selbstverständlich, Frau Thomas.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine Damen und Herren, entschuldigen Sie, Herr Mertes. Das ist es gerade, was ich gesagt habe. Es ist nicht eine Gnade.

(Mertes, SPD: Ich habe gesagt, wir haben unser Verhalten verändert, weil Sie es vorgeschlagen haben!)

– Sie haben es nach dem Motto gesagt, es war ein Entgegenkommen.

(Staatsminister Bauckhage: Nein!)

Es gibt eine Notwendigkeit, die ist juristisch, rechtlich und verfassungsrechtlich zu begründen.

(Mertes, SPD: Sie wollen nur
Recht behalten, okay!)

– Nein, es geht nicht um das Rechtbehalten, sondern es geht um die Rechte des Parlaments. Herr Mertes, das ist doch etwas anderes.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für sich selbst nehmen Sie das Recht in Anspruch, wir lernen dazu. Sie haben sich die Frage auch nie gestellt. Muss das Parlament zustimmen? Ich nehme für mich in Anspruch, dass ich im Rahmen einer Auseinandersetzung mit einem politischen Thema in diesem Land dazulerne und neue Fragen stelle und diese mit juristischem Sachverstand und Begleitung klären lasse.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Das haben wir mit diesem Gutachten gemacht. Es geht um eine Auseinandersetzung. Da finde ich es unredlich, mir auf der einen Seite das Etikett der 13. Fee, der bösen Ehefrau oder sonst etwas anzuhängen, aber selbst die Rolle des lernenden Jugendlichen zu spielen, der immer nur besser werden kann. Das ist unredlich und kann so nicht stehen bleiben, meine Damen und Herren!

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Es spricht Herr Abgeordneter Hohn.

Abg. Hohn, FDP:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit dem Gesetzentwurf der Landesregierung zu der Vereinbarung über die Rückgabe der Rhein-Main Air Base Frankfurt und der Wohnsiedlung Gateway Gardens sowie die Durchführung und Finanzierung von Baumaßnahmen auf dem Luftwaffenstützpunkt Spangdahlem und Ramstein tritt die rheinland-pfälzische Landesregierung dem Vorwurf entgegen, die Rückgabevereinbarung sei mangels Beteiligung des rheinland-pfälzischen Parlaments verfassungswidrig.

Die FDP-Fraktion ist zwar nach wie vor nicht dieser Auffassung, möchte allerdings vermeiden, dass über diese Frage abschließend die Gerichte befinden müssen.

Die zahlreichen Bürgerinitiativen und Einwände insbesondere gegen den aus der Rückverlegung befürchteten Fluglärm zeigen uns, welche Flut an Klagen eine andere Entscheidung in dieser Frage möglicherweise ausgelöst hätte, sodass auch wir letztendlich dem Rat eines in Auftrag gegebenen Gutachtens folgen und uns der nachträglichen Einholung der parlamentarischen Zustimmung zur Rückgabevereinbarung für die Rhein-Main Air Base in Frankfurt und den damit einhergehenden Ausbau der beiden Fliegerhorste Spangdahlem und Ramstein nicht verschließen werden.

Meine Damen und Herren, die am 27. Juli 1999 unterzeichnete Vereinbarung über die Rückgabe der Rhein-Main Air Base Frankfurt und der Wohnsiedlung Gateway Gardens ist von außerordentlicher Bedeutung nicht nur für die zukünftige Entwicklung des Flughafens Frankfurt im nationalen und internationalen zivilen Luftverkehr, sondern auch für das gesamte Rhein-Main-Gebiet als Wirtschaftsstandort und somit auch für Rheinland-Pfalz.

Meine Damen und Herren, vielen von uns dürfte es bekannt sein, welche schwierige Verhandlungen gerade im Hinblick auf die finanzielle Beteiligung der Vertragspartner geführt werden mussten, bis die letzte Deckungslücke geschlossen werden konnte und die Vereinbarung über die Rückübertragung unterschriftsreif war. Das haben wir in der Aktuellen Stunde schon ausgiebig gehört. Ich denke, hier hat insbesondere das Land Rheinland-Pfalz mit seinem Engagement den kleinsten Part gespielt. Ich denke, die einhergehenden Investitionen in Höhe von 750 Millionen Euro werden der heimischen Wirtschaft guttun.

Dass eine Rückverlagerung aus heutiger Sicht richtig war, wird sich nicht nur in Frankfurt zeigen, wenn die sich aus der Rückverlegung ergebende Chance genutzt wird und der weltweite Stellenwert des Rhein-Main-Flughafens als Hauptverkehrsknotenpunkt im nationalen und internationalen Luftverkehr weiter ausgebaut wird. Ich möchte noch einmal betonen, Rheinland-Pfalz wird hiervon maßgeblich – ich sage: am maßgeblichsten – profitieren.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dem Land Rheinland-Pfalz fiel es vor knapp dreieinhalb Jahren nicht leicht, sich finanziell an dem Gesamtvolumen der Rückübertragung der beiden Luftwaffenstützpunkte Spangdahlem und Ramstein in Höhe von weit über 360 Millionen Euro zu beteiligen. Für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes war und ist dieser strukturpolitische Beitrag allerdings unumgänglich. Dies belegt nicht zuletzt ein von der rheinland-pfälzischen Landesregierung in Auftrag gegebenes Gutachten der Universität Kaiserslautern und Trier mehr als eindrucksvoll. Demnach überwiegen die positiven Auswirkungen der Verlagerung der beiden Luftwaffenstützpunkte auf die rheinland-pfälzische Wirtschaft eindeutig gegenüber den negativen Aspekten wie beispielsweise möglicher zusätzlicher Lärm.

Zum Schutz gegen Fluglärm erwartet die Landesregierung auch entsprechende Regelungen in der Genehmigung.

Meine Damen und Herren, neben der wirtschaftlichen Bedeutung der Verlagerung für unser Land ist für die US-Streitkräfte die Konzentrierung des Flugbetriebs auf die rheinland-pfälzischen Stützpunkte Spangdahlem und Ramstein von besonderer militärischer Bedeutung, was auch schon von den Vorrednern fast ausnahmslos unterstrichen wurde.

Ramstein soll in Verbindung mit Spangdahlem zentrale logistische Aufgaben als Transportflughafen wahrnehmen, auch wenn nach jüngsten Presseberichten mit einer weiteren Verringerung der US-Militärpräsenz in Deutschland gerechnet werden muss. Hier wird es sicherlich zu einer weiteren Konzentrierung kommen, insbesondere auf den Flughäfen Ramstein und Spangdahlem.

Meine Damen und Herren, der Ausbau in Ramstein und Spangdahlem ist nicht gefährdet. Anders lautende Presseberichte – insbesondere der CDU – sind in diesem

Zusammenhang schlichtweg falsch. Aber auch das wurde meines Erachtens in der Aktuellen Stunde bereits klargestellt. Wir rechnen damit, dass wie geplant in Kürze die eingeleiteten Genehmigungsverfahren für Ramstein abgeschlossen werden und noch im Sommer dieses Jahres mit dem Ausbau des Stützpunkts begonnen werden kann, auch wenn Klagen – leider nicht nur von Bürgern, sondern auch von Kommunen, die insbesondere zusätzliche Flug- und zum Teil Bodenlärmbelastungen befürchten – vorprogrammiert zu sein scheinen. Für Spangdahlem konnten die Genehmigungsverfahren bereits Ende September 2002 abgeschlossen und die Baumaßnahmen Anfang März 2003 bereits aufgenommen werden.

Meine Damen und Herren, insofern bin ich zuversichtlich, dass entsprechend der Vereinbarung über die Rückführungsvereinbarung der US-Stützpunkt Rhein-Main bis Ende 2005 geschlossen wird und die Flugkapazitäten auf die NATO- bzw. US-Flughäfen Spangdahlem und Ramstein verlagert werden können.

Ich danke Ihnen.

(Beifall der FDP und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, weitere Gäste besuchen uns im Landtag, und zwar Schülerinnen und Schüler der Berufsbildenden Schule Cochem sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Senioren des Altenheims der Johanniter in Bobenheim-Roxheim. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Für die CDU-Fraktion spricht Frau Abgeordnete Kohnle-Gros.

Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich hatte vorhin schon einmal einen Ansatz gemacht, was die Einwendungen gegen dieses Verfahren anbelangt und auch die berechtigten Interessen aller Anlieger, die sich da jetzt auch zur Wehr setzen. Ich will das noch einmal sagen – das ist noch gar nicht so richtig zum Ausdruck gekommen; es ist eine einmalige Situation –, wir haben zum ersten Mal ein deutsches Genehmigungsverfahren bei der Erweiterung eines Militärflughafens. Dieses deutsche Genehmigungsverfahren macht im Grund genommen im Vorfeld diese Mitwirkung der Betroffenen, seien es jetzt Kommunen – Herr Hohn hat es gesagt – oder einzelne Bürgerinnen und Bürger, in dieser Form, wie das jetzt möglich ist, erst möglich. Das muss meines Erachtens auch einmal herausgehoben werden, und deswegen sind wir der Meinung – das sind durchaus berechnete Interessen; das will niemand bestreiten –, dass auch das Verfahren in dieser Form von denjenigen, die diesen Vertrag ausgehandelt haben, in richtiger Form gewählt worden ist.

Meine Damen und Herren, ich will das auch noch einmal unterstreichen, weil ich glaube, dass Frau Thomas das immer noch nicht richtig verstanden hat, was wir hier auch zum Ausdruck bringen wollen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind auch Mitglied in der Bundesregierung, und die Bundesregierung macht auch in diesen Fragen, was Außen- und Sicherheitspolitik anbelangt – ich sage noch einmal, der Herr Ministerpräsident hat es ausdrücklich auch noch einmal so dargestellt –, klar, dass wir da natürlich Verpflichtungen haben. Wir sind eingebunden, und wir brauchen dann auch Standorte, auf denen Militär und in diesem Fall Luftwaffe da sein kann

(Dr. Altherr, CDU: Und fliegen darf!)

und fliegen darf – vielen Dank, Walter Altherr, genau das ist der Punkt –, und dass dann zu diesem allen natürlich die entsprechenden Belästigungen gehören, ist völlig klar. Man muss deswegen dann auch sagen, Militär hat natürlich auch entsprechenden Bedarf.

Frau Grützmaker, wenn Sie immer wieder mit Ihrer zivilen Nutzung und Ihrer Friedensdividende kommen, schauen Sie sich doch an, was die Konversion in diesem Land Geld gekostet hat

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Was hat denn der Ausbau von Militärstandorten gekostet?)

– unendlich viel Geld – und wie mühsam das ist, hier wirklich Strukturen aufzubauen. Wir sind noch lange nicht am Ende. Wenn wir jetzt an anderer Stelle schauen, dann kann man doch hier nicht nur von Nachteilen reden, wenn es um Menschen geht, die Arbeit finden, und Menschen, die indirekt ihre Arbeitsplätze durch diese Anwesenheit gesichert bekommen.

(Beifall bei der CDU –
Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann ist das einfach kalt, so zu reden und zu sagen, wir brauchen das nicht mehr, wir schaffen das ab, und wir haben irgendwelche Möglichkeiten, um das zu ändern. Wir mussten uns – die Situation war einfach so gegeben durch die Entwicklung der letzten Jahrzehnte – darauf einstellen. Aber in dieser Frage war das einfach anders.

Ich muss Ihnen auch noch einmal etwas sagen. Ich wohne direkt in der Einflugschneise dieses Flugplatzes.

(Kuhn, FDP: Ich auch!)

Ich weiß nicht, ob das zwei Kilometer Luftlinie sind. Wir sind alle froh gewesen, als die Kampffjets in Ramstein abgezogen worden sind, als die F 16 in dutzender Ausgestaltung und die Transportflugzeuge nicht mehr jeden Tag gelandet und gestartet sind.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Die bringen doch Geld! Ich dachte, die bringen Geld, da kann man sich doch nicht freuen, wenn die abziehen!)

– Entschuldigung, auch hier gibt es neue Techniken. Die Amerikaner sind auch sehr bemüht, das Entsprechende zu tun. Diese Technik macht den Lärm auch nicht erträglicher, aber jedenfalls dann in anderer Form auch wirklich auszuhalten. Das muss man einfach sagen.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Darum geht es doch überhaupt nicht!)

Natürlich gibt es in Zukunft vielleicht mehr Flugbewegungen. Aber Sie werden das einfach in der Bevölkerung nicht so akzeptiert finden, wie Sie das Problem hier auch angehen. Ich sage das auch noch einmal, weil wir das vorher auch angesprochen haben. Diese Chance für die Region, durch die Verhandlungen, die aus dem hessischen Raum kamen, eine Veränderung auf dem Flugplatz zu erreichen, wurde von uns allen mitgetragen, auch in der Region. Dass sich nachher im Laufe des Verfahrens Veränderungen ergeben haben, ist meines Erachtens auch richtig. Wenn man merkt, es geht so nicht mit der Verschwenkung der Bahn und das kostet zu viel Geld, dann sind das doch alles Dinge bei Projekten in dieser Größenordnung, die einfach möglich sein müssen und die dann auch nachverhandelt wurden.

(Glocke des Präsidenten)

Das wurde alles gemacht. Das muss man doch zur Kenntnis nehmen. 1999 sah das alles auch noch ein bisschen anders aus. Ich denke, ich bleibe einfach bei meiner Haltung, Sie nutzen eine Situation, um hier politisch motivierte Aktionen zu machen.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Präsident Grimm:

Für die SPD-Fraktion spricht Frau Abgeordnete Mohr.

Abg. Frau Mohr, SPD:

Meine Damen und Herren, wir haben hier wahrlich eine sehr besondere und auch sehr interessante Situation; denn wir haben ein Gesetz, und dieses Gesetz hat – unabhängig von seiner rechtlichen Stellung – selbstständige Verfahren ausgelöst, und diese Verfahren haben es uns aber auch ermöglicht – was normalerweise so nicht der Fall ist –, retrospektiv das Ganze zu betrachten und zu sehen, was gerade bei Spangdahlem der Fall war, wie sich dieses Gesetz eigentlich auswirkt.

Ich teile die Auffassung von Frau Kohnle-Gros, die Menschen in der Westpfalz stehen hinter dieser Entscheidung und haben großes Verständnis für die Landesregierung und begrüßen diese Verlegung.

(Frau Grützmaker, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Alle?)

Man muss sehen, es handelt sich bei beiden Regionen um belastete Regionen.

(Vizepräsidentin Frau Hammer
übernimmt den Vorsitz)

Das heißt, die Menschen haben schon seit 1953/54 gelernt, mit diesen Belastungen zu leben. Sie wissen, dass Flughäfen Lärm bringen, Verkehr, aber auch Arbeit.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: So ist es!)

Ich teile Ihre Auffassung auf der anderen Seite auch, ganz besonders die der GRÜNEN. Es gibt auch Widerstand in der Region. Dieser Widerstand ist besonders dort zu finden, wo man die Nähe zum Flugplatz hat. Wir müssen uns auch für diesen Widerstand und für diese Menschen, die berechnete Anliegen vertreten, öffnen. Ich glaube, da muss man sich auch bei der Landesregierung bedanken, die Verfahren waren bislang sehr fair abgelaufen. Es war ein hohes Maß an Transparenz vorhanden. Ich meine aber, dass die vielen Einwendungen, die auf dem Papier stehen, nicht ganz die Haltung der Bevölkerung widerspiegeln.

(Beifall der SPD und bei der FDP)

Ich habe gerade gestern noch mit einer Bürgerinitiative, die in der Ausflugzone angesiedelt ist, gesprochen. Diese Bürgerinitiative hat noch einmal betont, dass sie nicht gegen den Ausbau und nicht gegen die Verlegung des Flugplatzes ist, sondern sie will nur gehört werden.

(Dr. Altherr, CDU: Im Gegensatz
zu den GRÜNEN! –

Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Sie wollen nicht nur gehört werden,
sie wollen, dass etwas passiert!)

Sie wollen und möchten, dass ihre Anliegen in angemessener Weise berücksichtigt werden. Das muss man einmal so sehen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Wir haben hier lange über die Nachteile gesprochen. Hier gibt es in der ganzen Region auch keine Diskussion über die Vorteile. Auf beiden Standorten – sowohl in Spangdahlem als auch in Ramstein – hat kein Arbeitsplatzabbau bei zivilen Arbeitskräften stattgefunden. Ganz im Gegenteil – ich habe mir die Zahlen noch herausgeholt –, in Ramstein hat sich das Arbeitsplatzaufkommen sogar erhöht.

In Spangdahlem war es eine Erhöhung von 450 in 1990 auf 616. In Ramstein war es eine Erhöhung von rund 1.400 Arbeitnehmern auf 1.500 Arbeitnehmer. Daran erkennt man die Bedeutung der beiden Flugplätze für die Region, für das wirtschaftliche Wachstum und die Stabilität.

Meine Damen und Herren, ich habe gesagt, die Menschen, die sich beklagen, und die sich in meinen Augen zu Recht beklagen, müssen bei uns ein offenes Ohr finden. Auch sie wissen, dass keine Umkehr mehr statt-

finden kann. Sie wissen auch, dass sie mit bestimmten Problemen leben müssen. Zu diesen Problemen gehört der Lärm der startenden und landenden Flugzeuge. Hier hat der Dialog bei uns mit den Amerikanern schon eine kleine dahin gehende Veränderung gebracht, dass nämlich die Flughöhe, die ehemals abgesenkt war, wieder nach oben genommen wurde.

Ich muss Herrn Billen sagen, nicht er allein versteht es, mit Leuten, mit Amerikanern, zu kommunizieren und in der Region etwas zu erreichen.

Er ist jetzt leider nicht anwesend, aber er hält sich in der Beziehung für den Größten.

(Zuruf aus dem Hause)

– Das habe ich hier hinzugelernt.

Meine Damen und Herren, ich bitte auch noch einmal von dieser Stelle, den berechtigten Anliegen Gehör zu schenken. Durch die Verlegung treten deutliche Nachteile auf. Das wollen wir nicht verschweigen.

(Glocke der Präsidentin)

Es gibt ein erhöhtes Flugaufkommen. Die Flugbewegungen werden zunehmen. Aber man kann auch durch Kompensation vor Ort, durch die Reduzierung unnötiger Flugbewegungen, wie zum Erhalten des Flugscheins, einen wesentlichen Beitrag leisten.

Ich bitte Sie noch einmal im Sinn der Bevölkerung: Haben Sie Verständnis für die Verlegung. Haben Sie aber auch Verständnis für die Anliegen der Bevölkerung.

(Beifall der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Zu einer Kurzintervention hat Frau Abgeordnete Kiltz das Wort.

Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Mohr, ich muss Ihnen an einigen Stellen widersprechen. Wir haben „ganze“ Gebietskörperschaften, die Einwendungen gemacht haben. Ich vermute einmal, dass die ernst zu nehmende Anliegen vorgebracht und sich darauf verlassen haben – der Ministerpräsident hat dies in der Glanzbroschüre, die zu Ramstein und Spangdahlem aufgelegt wurde, versprochen –, es würden alle Bedenken, was Fluglärm usw. anbelangt, Bestandteil der Genehmigungsverfahren sein. Das ist es im Übrigen aber gar nicht. Die Flughöhe ist kein Bestandteil des Genehmigungsverfahrens.

(Zuruf des Abg. Dr. Altherr, CDU)

Ich finde es schon sehr verständlich, wenn sich die Bevölkerung darauf beruft, dass sie einen Anspruch auf transparente Verfahren hat. Merkwürdigerweise sind uns viele Bürgerinitiativen über die Informationen dankbar,

die wir durch Kleine Anfragen und anderes bei der Landesregierung sozusagen herausquetschen mussten. Das muss man einmal festhalten.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf des Abg. Hartloff, SPD)

– Herr Hartloff, wenn Sie dauernd reden, können Sie mir nicht gleichzeitig zuhören. Lassen Sie uns das hintereinander machen.

(Mertes, SPD: Wenn Sie das
auch vormachen!)

Noch zwei Sätze zur wirtschaftlichen Wichtigkeit der Standorte in den Regionen. Wir haben zwei Gutachten vorliegen. Zumindest für das eine, das ich mir von vorne bis hinten gründlich angeschaut habe, kann man erkennen, dass die sagen, für Ramstein ist zum Beispiel eine Stärkung der Wirtschaftskraft oder eine Zunahme der Arbeitsplätze in der Region während der Phase der Erweiterung in der Region festzustellen, danach aber nicht. Das heißt, man muss bei der Wahrheit bleiben.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

– Frau Kohnle-Gros, man muss dann bei der Wahrheit bleiben und sagen, es geht uns darum, das, was dort ist, zu erhalten. Aber man muss nicht versprechen, das wird jetzt alles „ganz dick und groß“ und diese Region unheimlich voranbringen. Dafür muss man Verständnis haben. Dafür werbe ich.

Für die Bevölkerung stellt dies immer auch eine Abwägung dar: Was sind wir bereit, hierfür an Einbußen an Lebensqualität zu zahlen im Vergleich zu dem, was uns versprochen wird? Dann wird das, was versprochen wird, verständlicherweise sehr genau auf den Prüfstand gestellt. Ich kann alle vor Ort nur darin unterstützen, dass sie das machen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Zur Erwidern hat Frau Abgeordnete Mohr das Wort.

Abg. Frau Mohr, SPD:

Frau Kiltz, ich gehöre als Mitglied des Kreistags einer dieser Gebietskörperschaften an. Ich weiß schon, was wir beschlossen haben. Wir haben uns so, wie alle Gebietskörperschaften und Gemeinden auch, nicht gegen die Verlegung ausgesprochen, auch nicht gegen einen Ausbau des Flughafens.

(Beifall der SPD und vereinzelt
bei der FDP)

Wir haben aber – genau das habe ich vorhin gesagt – unsere Bedenken angemeldet. Das haben viele so gemacht wie wir. Es war eine absolute Phase der Sensibi-

lisierung. Die Bevölkerung hat sich artikuliert. Das ist ihr gutes, demokratisches Recht.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Da sind wir uns durchaus einig!)

Ich gebe Ihnen nun einmal ein Beispiel, wie diese Sensibilisierung abnehmen kann. Das Verfahren fand im vorigen Jahr statt. Die Amerikaner haben ein Bürgertelefon eingerichtet. Das gab es schon immer. An diesem Bürgertelefon kann man sich über den Fluglärm beschweren. Seit Februar dieses Jahres gab es genau nur fünf Anrufe, das heißt also – – –

(Zuruf aus dem Hause)

– Meine Damen und Herren, das kann ich von dieser Position aus nicht entscheiden.

Aber da muss man doch einmal sagen, das war eine Phase. Ich sage nicht, dass diese Phase nicht zu Recht vorhanden war. Das war eine Phase, in der die Sensibilisierung hochgekocht war. Ich muss sagen, es kam Gott sei Dank vieles zum Ausdruck, und es wurde vieles gesagt.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Gott sei Dank!)

Die Landesregierung ist dabei, Abwägungen zu treffen. Wir wissen, dass nur noch wenig machbar ist. Aber das, was machbar ist, muss umgesetzt werden. Man muss auch ein gewisses Vertrauen in die Technik haben.

Wir kennen es von zivilen Flughäfen, wo zum Beispiel die Lufthansa beteiligt ist, dass neue Maschinen bedeutend leiser fliegen und bedeutend weniger Dezibel abgeben.

(Zuruf der Abg. Frau Kiltz,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hierauf müssen wir auch vertrauen und ständig in einem Dialog mit den Amerikanern bleiben. Das wird vor Ort gemacht. Mein Kollege und ich vor Ort sind ständig in Kontakt mit den Amerikanern. Wir reden mit den Amerikanern vor Ort und haben eigentlich einen sehr guten Draht.

Danke schön.

(Beifall bei SPD und FDP)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Herr Abgeordneter Creutzmann hat das Wort.

Die FDP hat noch drei Minuten Redezeit.

Abg. Creutzmann, FDP:

Frau Kollegin Kiltz, Frau Thomas, ich folge Ihnen und überlege, was die Alternative wäre.

Frau Grützmacher, Frau Mohr hat gesagt, wir reden über 1.900 Arbeitsplätze. Was sind die Alternativen? Die Alternativen sind bei einer Schließung dieser beiden Flugplätze – unabhängig davon, wie realistisch das Ganze ist –, dass wir 1.900 Arbeitsplätze weniger haben. Natürlich können Sie fragen, ob wir neue Arbeitsplätze schaffen können.

(Zuruf des Abg. Dr. Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Herr Dr. Braun, man kann mit Ihnen im Parlament nicht seriös diskutieren. Dabei lasse ich es bewenden. Sie sind ideologisch vorbelastet. Immer wenn Sie reden, dann lassen Sie das los. Mit Argumenten kann man Ihnen eh nicht beikommen.

Vielen herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf zu überweisen, und zwar an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – und an den Rechtsausschuss. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist dies so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 10** der Tagesordnung auf:

**Bericht über die regionale Situation der
Landwirtschaft und des Weinbaus
in Rheinland-Pfalz
(Vorlage 14/1765)**

**Behandlung gemäß Beschluss des Landtags
vom 12. Oktober 1989 zu Drucksache 11/3099**

Die Fraktionen haben eine Redezeit von zehn Minuten vereinbart.

Staatsminister Bauckhage hat das Wort.

**Bauckhage, Minister für
Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Seit dem Jahr 1989 berichtet die Landesregierung jährlich im Rahmen des Agrarberichts über die Situation der Landwirtschaft und des Weinbaus in Rheinland-Pfalz. Statistische Grundlage hierfür sind die Ergebnisse des Agrarberichts der Bundesregierung. Der Agrarbericht 2002, der heute auf der Tagesordnung steht, bezieht sich auf das Wirtschaftsjahr 2000/2001. In diesen Bericht hat die Landesregierung aus aktuellem Anlass zusätzliche Informationen aufgenommen. Ich verweise beispielhaft auf die Reformüberlegungen der gemeinsamen Agrarpolitik und die Leitlinien für eine nachhaltig wirtschaftende, wettbewerbsfähige und marktorientierte Land- und Weinwirtschaft.

Wie bereits erwähnt, bezieht sich der Ihnen vorliegende Agrarbericht 2002 auf das Wirtschaftsjahr 2000/2001. Die Gewinne der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbe-

triebe in Rheinland-Pfalz waren im Wirtschaftsjahr 2000/2001 durchschnittlich um 0,5 % von 28.696 Euro auf 28.852 Euro angestiegen. Aufgrund der schwierigen Preisentwicklung bei weißen Fassweinen früh reifender Rebsorten blieben wir damit unterhalb des Bundesdurchschnitts. Dieser betrug im Wirtschaftsjahr 2000/2001 36.535 Euro.

Im Wirtschaftsjahr 2001/2002 waren die landwirtschaftlichen Einkommen allerdings wieder rückläufig. Das ergibt sich aus dem inzwischen erschienenen Agrarbericht 2003 der Bundesregierung.

Für das laufende Wirtschaftsjahr 2002/2003 erwartet das Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft eine weitere Einkommensverschlechterung. So wird zum Beispiel für die Haupterwerbsbetriebe ein Minus von 15 % bis 20 % erwartet.

Meine Damen und Herren, da Ihnen der Agrarbericht 2002 in schriftlicher Form vorliegt, gehe ich an dieser Stelle nur kurz auf die folgenden aktuellen Entwicklungstendenzen ein.

Die rheinland-pfälzischen Haupterwerbsbetriebe mussten im Wirtschaftsjahr 2001/2002 mit 2,2 % einen erneuten Einkommensrückgang verkraften. Dieser betrug je Arbeitskraft minus 2,7 %. Ausschlaggebend hierfür waren rückläufige Erlöse bei Getreide, Rindfleisch und Schweinen.

Besonders betroffen sind vor allem unsere Weinbaubetriebe. Unstrittig sind die Einkommensrückgänge insbesondere bei ungebundenen reinen Fassweinerbetrieben.

Aufgrund veränderter Verbraucherpräferenzen von Weißwein zu Rotwein ist am Fassweinmarkt für Weißweine ein Überangebot vorhanden. Dieses Überangebot führt am freien Fassweinmarkt zu äußerst unbefriedigenden Preisen auf der Erzeugerebene. Betriebe mit geringen Anteilen in der Direktvermarktung und mit geringem Anteil an roten Rebsorten befinden sich in einer sehr schwierigen Lage.

Auf der anderen Seite gibt es eine stattliche Zahl erfolgreicher Direktvermarkter. Dabei darf jedoch nicht unberücksichtigt bleiben, dass das Niveau der Direktvermarktung der Betriebe nicht beliebig gesteigert werden kann. Die aktuellen Marktdaten verzeichnen einen weitgehend stagnierenden Direktvermarktungsanteil von rund 18 %. Die Betriebsleiter, die frühzeitig den Rotweintrend erkannt haben und ihre Sortenpolitik umgestellt haben, können von den guten Preisen insbesondere bei der Rebsorte „Dornfelder“ profitieren.

Meine Damen und Herren, über diese aktuellen Entwicklungen hinaus möchte ich die Gelegenheit nutzen, einige agrarpolitisch wichtige Themenfelder anzusprechen.

1. Die Agrarpolitik entwickelt sich auf allen Ebenen in einem rasanten Tempo weiter. EU-Agrarkommissar Dr. Fischler hat am 22. Januar 2003 die Gesetzesvorschläge zur Reform der gemeinsamen Agrarpolitik vorgelegt. Diese Vorschläge sind zurzeit Gegenstand der Gespräche und Verhandlungen auf nationaler und euro-

päischer Ebene, die in engen zeitlichen Abständen aufeinander folgen. So tagt ganz aktuell morgen in Brüssel die Ratsarbeitsgruppe zur künftigen Regionalisierung der Prämien. Die Bundeslandwirtschaftsministerin hat für den 23. Mai 2003 zu einer Sonderkonferenz der Agrarminister eingeladen. Im Juni soll der Europäische Rat noch vor der Sommerpause unter griechischer Präsidentschaft das Reformpaket verabschieden.

2. Die EU-Osterweiterung kommt. Für die Landwirte bietet sie neue Märkte, bringt aber auch zweifellos eine neue Konkurrenz.

3. Ein weiteres wichtiges Thema sind die internationalen Agrarverhandlungen der Welthandelsorganisation. Das für März anvisierte Etappenziel, die Festlegung der so genannten Modalitäten, wurde zwar verfehlt, jedoch im September sollen in Cancun in Mexiko die Rahmenbedingungen für den Agrarhandel entschieden werden.

Meine Damen und Herren, weitere Liberalisierungsschritte und der Abbau der Exportsubventionen sind absehbar. Die Europäische Kommission hat hierzu im September 2002 eigene Vorschläge zum weiteren Abbau der weltweiten Agrarsubventionen vorgelegt. Sie sind in den Reformvorschlägen verankert.

EU-Agrarkommissar Dr. Fischler hat den Schwerpunkt seiner Vorschläge auf die Entkoppelung der Ausgleichszahlungen gelegt. Ich gehe davon aus, dass die obligatorische Modulation erst nach dem Jahr 2006 kommen wird. Angesichts der Forderungen der Vertragspartner in den Verhandlungen der Welthandelsorganisation ist diese Strategie nachvollziehbar.

Die Ausgleichszahlungen der ersten Säule der gemeinsamen Agrarpolitik stehen mächtig unter Druck. Die Entkoppelung ist ein möglicher Ausweg. Dazu muss aber noch eine Reihe von Ungereimtheiten beseitigt werden.

Eine Referenzperiode 2000 bis 2002 ist beispielsweise aus rheinland-pfälzischer Sicht nicht akzeptabel. Es muss endlich Schluss sein mit den unterschiedlichen Prämien in Deutschland. Die höheren Ausgleichszahlungen pro Hektar in Schleswig-Holstein sind nach einer Entkoppelung aus meiner Sicht dann nicht mehr zu rechtfertigen. Seit Jahren fordern wir, die komplizierten und kontrollintensiven Flächen- und Tierprämien durch eine produktunabhängige und einheitliche Ausgleichsleistung für Acker- und Grünlandflächen zu ersetzen. Daran halten wir fest.

Meine Damen und Herren, wie geht es angesichts der aktuellen agrarpolitischen Rahmenbedingungen mit der Landwirtschaft und dem Weinbau in Rheinland-Pfalz weiter? Die Landesregierung plädiert dafür, dass die Politik für den Agrarsektor im Rahmen des europäischen Agrarmodells einer multifunktionalen Landwirtschaft nachhaltig, also mehrdimensional, angelegt wird. Zur Konkretisierung dieser Ziele hat die Landesregierung im letzten Abschnitt des Agrarberichts 2002 „Leitlinien der

rheinland-pfälzischen Landesagrarpolitik“ formuliert. Im Einzelnen werden folgende Aspekte angesprochen:

1. Die Wettbewerbsfähigkeit stärken durch einzelbetriebliches Wachstum, die Bildung von Kooperationen, Maßnahmen zur Kostensenkung, den Einsatz moderner Technologien und neue Vermarktungswege.
2. Einheitliche Wettbewerbsbedingungen schaffen durch das Einwirken auf die Gesetzgebungsverfahren des Bundes und der Europäischen Union mit dem Ziel, gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Marktteilnehmer zu erreichen und Wettbewerbsverzerrungen abzubauen.
3. Die Akzeptanz für eine moderne Landwirtschaft erhöhen.
4. Die Stärkung des ländlichen Raums durch eine integrierte ländliche Entwicklung erreichen. Das heißt, Bündelung der Fördermöglichkeiten, die im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau verfügbar sind. Daneben wollen wir unseren erfolgreichen Weg der Bildung regionaler Entwicklungsschwerpunkte mit konzentriertem Ressourceneinsatz fortsetzen.
5. Natürliche Ressourcen schützen und die Kulturlandschaft erhalten.
6. Landwirtschaft und Weinbau sind Partner des Naturschutzes. Das heißt, Vorrang des Vertragsnaturschutzes vor ordnungspolitischen Maßnahmen und Fortsetzung des kooperativen Naturschutzes.
7. Die Formulierung von Leitlinien für die Weinwirtschaftspolitik in Rheinland-Pfalz, wie sie umfassend im Agrarbericht 2002 aufgeführt sind.

Meine Damen und Herren, trotz der schwierigen Haushaltssituation verfolgen wir eine klare agrarpolitische Linie. Damit werden wir unserer Verantwortung gerecht, unseren Landwirten und Winzern eine Erfolg versprechende Perspektive zu bieten.

So weit mein Bericht. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Vereinzelt Beifall bei FDP und SPD)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Ich erteile Frau Abgeordneter Schneider das Wort.

Abg. Frau Schneider, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Bundesland Rheinland-Pfalz hat eine Größe von fast 2 Millionen Hektar. Hiervon entfallen 42,7 % auf die Landwirtschaft. In den vergangenen Jahren ist die landwirtschaftlich genutzte Fläche kontinuierlich zurückgegangen.

Im Jahr 2001 gab es in Rheinland-Pfalz hochgerechnet 32.700 landwirtschaftliche Betriebe. Angesichts der Veränderungen in der Land- und Forstwirtschaft geht die

Zahl der Betriebe ständig zurück – in den vergangenen Jahren um 4 %.

Einerseits werden die Betriebe immer größer, um entsprechende Kapazitäten zu erreichen, die notwendig sind, um sich dem Wettbewerb zu stellen und den Fortbestand zu sichern. Andererseits müssen viele Bewirtschafter ihre Betriebe aufgeben – meist im Generationswechsel –, weil die Nachkommen die Betriebsnachfolge nicht antreten wollen.

Land-, Wein- und Forstwirtschaft sind als mittelständische Produzenten von Lebensmitteln und Rohstoffen, als Gestalter und Erhalter der Kulturlandschaft sowie als prägende kulturelle Größe im ländlichen Raum für unsere Gesellschaft und die Lebensqualität in Rheinland-Pfalz unverzichtbar. Wer Lebensqualität und Nachhaltigkeit fördern will, der muss die Landwirtschaft und den ländlichen Raum stärken und nicht schwächen.

(Beifall der CDU)

In der Vergangenheit wurde an dieser Stelle oft über die Einkommenssituation der Landwirte gesprochen. Dies ist aber längst in den Hintergrund getreten. Wenn wir heute über die Struktur der Landwirtschaft reden, geht es um den Erhalt und die Pflege unserer Kulturlandschaft. Das Leitbild der CDU ist eine nachhaltige, wettbewerbsfähige, nach bäuerlichen Prinzipien arbeitende Landwirtschaft, die flächendeckend betrieben werden muss.

(Beifall der CDU)

Dies ist aber vielerorts heute in Rheinland-Pfalz nicht mehr gewährleistet. Ich führe nur die Situation der Faßweinwinzer, insbesondere der Winzer an den Steillagen, vor Augen. Zugegebenermaßen produzieren sie unter erschwerten Betriebsbedingungen, aber auch in vielen anderen Weinbauregionen zeichnet sich langsam ab, dass die katastrophale Situation insbesondere im Faßweimbereich ihre Spuren hinterlässt. Wir können inzwischen eine flächendeckende Landbewirtschaftung nicht mehr sicherstellen. Herr Minister, ich erwarte von der Landesregierung, dass sie darauf Antworten gibt.

(Beifall der CDU)

Wir dürfen nicht tatenlos zusehen, wie unsere Kulturlandschaft dahingeht. Wir müssen Antworten geben und gegen die Versteppung antreten. Wir müssen die Mittel konzentrieren. Es kann nicht sein, dass wir uns in vielen Kleinklein-Programmen im Land verzetteln. Wir müssen insbesondere die Mittel im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe der einzelbetrieblichen Förderung und der Marktstrukturneuordnung sowie der Flurneuordnung bündeln.

Die CDU steht für eine Politik, die den Regionen gerecht wird, die auf die unterschiedlichen klimatischen und Bodenbedingungen eine Antwort gibt und somit eine flächendeckende Landbewirtschaftung sicherstellt. Das heißt auch – meine Damen und Herren, das ist das Wichtigste –, dass wir den Landwirten ein Einkommen zukommen lassen, das außerhalb der Produktion den Erhalt der Kulturlandschaft sicherstellt. Nur so und wenn wir gleichzeitig die Wettbewerbsfesseln entfernen, kön-

nen wir die Schönheit und Vielfältigkeit unseres Landes sicherstellen. Darauf aufbauend geht es auch um die Existenz vieler Wirtschaftszweige, die daran anknüpfen, wie zum Beispiel den Fremdenverkehr, den Tourismus und die Gastronomie.

Von existenzieller Bedeutung für unsere regionale Landwirtschaft sind die Weichenstellungen, die momentan in der EU getroffen bzw. diskutiert werden. Derzeit werden die Reformvorschläge der EU-Kommission zur gemeinsamen Agrarpolitik diskutiert. Die CDU befürwortet eine Weiterentwicklung der GAP. Diese muss aber zielführend sein. Die Vorschläge der EU-Kommission werden unseren Zielen einer flächendeckenden, wettbewerbsstarken und nachhaltigen Landwirtschaft nicht gerecht.

Im Zentrum unserer Kritik steht der Vorschlag zur Entkoppelung der Prämien in Verbindung mit der Einführung einer so genannten Betriebsprämie. Dies wird vermutlich zu mehr Bürokratie führen. Herr Minister, ich bitte Sie, dass Sie in einer Ausschusssitzung oder im Plenum einmal ausführen, welche Auswirkungen dies insbesondere auf das Land Rheinland-Pfalz hat.

Unser gemeinsames Bemühen muss es aber auch sein, nicht nur in Rheinland-Pfalz die Laufzeit der Agendabschlüsse bis Ende 2006 sicherzustellen; denn wir, insbesondere die Landwirtschaft, brauchen Planungssicherheit.

Auf die kombinierten Flächenprämien statt der Betriebsprämien bin ich bereits eingegangen. Eine weitere Forderung muss sein, dass die regionale Verantwortung Gegenstand einer künftigen europäischen Agrar- und Strukturpolitik sein muss.

Ich könnte jetzt noch auf zwei oder drei Vorschläge der EU-Kommission eingehen. An dieser Stelle werde ich aber einen Punkt setzen, da ich meinem Kollegen und stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Dieter Schmitt versprochen habe, ihm mehr als zwei Minuten Redezeit übrig zu lassen.

Ich signalisiere der Landesregierung, dass wir dann, wenn es um die Weiterentwicklung unserer Land-, Wein- und Forstwirtschaft geht, an Ihrer Seite kämpfen werden. Wir werden aber auch ganz genau aufpassen, wenn Sie weitere Bürokratie einführen und unserer Landwirtschaft weitere Fußfesseln anlegen wollen. Wir wollen die flächendeckende Landbewirtschaftung in unserem schönen Land Rheinland-Pfalz. Wir wollen, dass die Agrarpolitik bei uns eine Zukunft hat. Wenn Sie dies erreichen wollen, können Sie die CDU-Fraktion an Ihrer Seite wissen.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Da von der SPD-Fraktion zwei Rednerinnen hintereinander sprechen werden, frage ich Herrn Kollegen Schmitt, ob er jetzt sofort reden möchte.

(Schmitt, CDU: Später!)

Gut, dann erteile ich zunächst Frau Ebli und dann Frau Baumann das Wort.

Abg. Frau Ebli, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir möchten hintereinander reden, damit die Stellungnahme der SPD in kompakter Form vorgetragen werden kann. Diese Chance hätten auch Sie gehabt, Herr Schmitt.

(Schmitt, CDU: Es ist besser, man kann darauf reagieren!)

Herr Minister, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der uns vorliegende Agrarbericht des Ministeriums beschreibt in anschaulicher Art und Weise die Ist-Situation der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft. Es wäre mit Sicherheit sehr interessant, auf die sieben Überschriften, in die der Bericht untergliedert ist, einzugehen, aber sie sind so umfassend, dass zehn Minuten Redezeit dafür nicht ausreichen würden.

Dennoch möchte ich eingangs nur wenige Zahlen nennen, die den bereits erfolgten Strukturwandel in unserem Land verdeutlichen. 1949 bewirtschafteten rund 211.000 Betriebe 888.000 Hektar landwirtschaftlich genutzte Fläche. Im Jahr 2001 waren es noch rund 33.000 Betriebe, die allerdings nur noch 712.000 Hektar Fläche bewirtschafteten. Dank des technischen Fortschritts ist nicht mehr so viel Manpower erforderlich, wie das in der Vergangenheit der Fall war. Im Klartext bedeutet das, dass zusammen mit den mithelfenden Familienangehörigen, mit den angestellten Arbeiterinnen und Arbeitern und den saisonalen Arbeitskräften rund 40.000 Menschen die gesamten landwirtschaftlichen Flächen in unserem Land bearbeiten. Im Vergleich dazu – das halte ich für sehr interessant – arbeiten bei der BASF in Ludwigshafen rund 35.000 Beschäftigte in diesem überschaubaren Bereich.

Wenn wir über landwirtschaftliche Betriebe reden, reden wir selbstverständlich über eigenständige und eigenverantwortliche Unternehmen. Dennoch kommt diesen Betrieben eine andere Bedeutung zu als anderen gewerblichen Betrieben und Unternehmen. Lebensmittel- und Futtermittelproduktion, Tierhaltung, Tierschutz, Landschaftsschutz, Landschaftspflege, Gesundheit, Verbraucherschutz und Dorfentwicklung sind nur einige Themen, welche die besondere Bedeutung der rheinland-pfälzischen Agrarpolitik für den ländlichen Raum rechtfertigen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Die Landesregierung kommt dieser Verantwortung in besonderem Maß nach.

(Beifall bei SPD und FDP)

Gerade in Krisenzeiten konnten die bäuerlichen Betriebe auf die kompetente Unterstützung des Landwirtschaftsministeriums, aber auch des Umweltministeriums bauen. Einkommensverluste, die der Minister angesprochen hatte, konnten leider nur teilweise aufgefangen werden. Das ist leider wahr.

Bei aller Unterstützung, Beratung und Förderung bleiben bäuerliche Unternehmen freie Unternehmer, die selbst entscheiden, was sie anbauen, ob sie sich auf die Tierzucht spezialisieren oder mit wem sie Handel betreiben. Aufgabe unserer Politik muss es sein, Wettbewerbsnachteile zu verhindern oder auszugleichen und Ausgleichszahlungen für Leistungen nicht produktiver Art zu leisten, das heißt Leistungen in der Landschaftspflege, die dem Naturschutz oder beispielsweise dem Tourismus und damit der Allgemeinheit dienen.

(Beifall bei der SPD)

Ich sehe es auch als unsere Aufgabe an, Maßnahmen zu fördern, die die Vertrauensbildung in die bäuerlichen Produkte unterstützen. Es kann nicht darum gehen, unterschiedliche Produktionsweisen gegeneinander auszuspielen. Es muss um die Transparenz der Produktionsweisen und den Herkunftsnachweis von Produkten und Tieren gehen.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Es muss auch darauf gehen, die Arbeitsweisen der guten fachlichen Praxis zu definieren, die Richtlinien des integrierten Landbaus Verbrauchern und Verbraucherinnen näher zu bringen und den zunehmenden Bedarf an ökologischem Landbau zu fördern. Ich denke, dass wir dahin gehend in unserem Land recht gut aufgestellt sind.

Nun heißt es, in die Zukunft zu schauen und rechtzeitig zu erkennen, wie wir europäische Vorgaben positiv für unser Land und den ländlichen Raum nutzen können, um damit auch Wettbewerbsverzerrungen zu verhindern. Richtig ist, dass die anstehende EU-Agrarreform auch für uns eine große Herausforderung bedeutet.

Herr Minister Bauckhage, wir können in vollem Umfang Ihre Reformüberlegungen, die Sie vorgetragen haben, und Ihre Aussagen und Forderungen unterstützen, angefangen bei den konkreten Abbausritten der europäischen Agrarsubvention über die Vereinheitlichung von umweltpolitischen Regelungen, Tierschutz, Lebensmittelsicherheit bis hin zu Ihren Aussagen im Bericht über die Ängste der Entwicklungsländer, aber auch der USA, die in den europäischen Umweltstandards nur den Sinn sehen, dass wir uns vor Agrarimport schützen wollen. Wir wissen alle, dass dies nicht so ist. Wir wollen unsere Produkte auch exportieren. Deshalb können wir uns nicht vor Import schützen oder unsere Tore zumachen; denn andere landwirtschaftliche Produkte stellen auch eine Bereicherung auf der Produktpalette der Märkte dar.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Für die bäuerlichen Betriebe ist es einfach nur fair, wenn die Produktion unter fairen Bedingungen überall stattfindet, dass Landarbeiterinnen und Landarbeiter anständig behandelt und bezahlt werden, keine Kinderarbeit stattfindet und Flüsse nicht überheizt werden, sodass kein Fisch mehr darin leben kann. Das verstehen wir unter fairem Wettbewerb. Das sind wir unseren Bäuerinnen und Bauern schuldig.

Ich bin davon überzeugt, dass wir in Rheinland-Pfalz viele mutige, moderne und zukunftsgerichtete Betriebe haben, die sich den neuen europäischen Herausforderungen stellen und sie auch bestehen werden. Sie kennen die Kriterien und erkennen auch für sich wirtschaftliche Alternativen, wie beispielsweise im touristischen Bereich, im Dienstleistungsbereich, im Bereich der nachwachsenden Rohstoffe und im Energie gewinnenden Bereich. Ich vertraue auf die jungen innovativen Landwirte und weiß all das vorher Gesagte in guten Händen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Baumann.

Abg. Frau Baumann, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Landwirtschaftsministerium geht hinsichtlich der Situation im Weinbau davon aus, dass sich der Strukturwandel nachhaltig und zügig fortsetzt. In einem Szenario, das ich für durchaus realistisch halte, unterstellt das Ministerium für das Jahr 2010, dass ca. 4 % weniger Rebfläche bewirtschaftet werden und es ca. 30 % weniger Betriebe geben wird, die das tun.

Meine Damen und Herren, die Rebflächenreduzierung von knapp 66.000 Hektar auf ca. 63.000 Hektar kann uns unberührt lassen; denn wenn wir sehen, dass es 1960 lediglich 45.000 Hektar waren, können wir mit der prognostizierten Rebflächenentwicklung sicher gut leben.

Gravierender ist die Veränderung der Betriebsstruktur. Gab es 1979 noch ca. 29.000 Betriebe, waren es 1999 16.000 Betriebe. Für 2010 rechnen wir mit ca. 10.000 Betrieben. Richtig ist, dass Betriebe für Menschen stehen, die die Betriebe führen oder die dort arbeiten. Richtig ist auch, dass diese mittelständischen Betriebe aus wirtschaftlicher und strukturpolitischer Sicht wichtig sind.

Die Weinmarktpolitik, das heißt, das, was wir tun können, kann diese Entwicklungen aber allenfalls steuernd begleiten. Das ist auch gut so. Die Akteure auf dem Weinmarkt müssen die für sie betriebswirtschaftlich richtigen Entscheidungen selbst treffen; denn staatliches Handeln kann und darf die Eigenverantwortung nicht ersetzen.

Ich möchte zwei Beispiele nennen, die ein positives Licht auf die Eigenverantwortlichkeit der Winzerinnen und Winzer werfen. Ich möchte als erstes einen jungen Winzer von der Obermosel, ein problematisches Gebiet, anführen, der im Angesicht von Rebflächen direkt auf der anderen Seite der Mosel in Luxemburg ein anderes Denken angestrebt hat. Er hat gesagt: Ich kann mit diesem Elbling kein Geld verdienen. – Was hat er gemacht? Er hat die Umstrukturierungsmittel und das

Junglandwirteprogramm des Landes genutzt und andere Rebsorten angepflanzt. Er hat ertragsreduziert gearbeitet. Er hat Erfolg damit, obwohl sein Vater gesagt hat, dass das zum Scheitern verurteilt ist. Ich denke, das ist ein leuchtendes Beispiel auch für die Obermosel.

(Beifall der SPD und der FDP –
Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Abgeordnete Kiltz das Wort.

Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sie kennen mich alle als engagierte Kritikerin. Ich kann auch loben, wenn Lob angebracht ist. Damit spare ich nicht.

Jetzt kommt zuerst das Lob. Ich schicke ein dickes Dankeschön an die Fachabteilung des Agrarministeriums und vermutlich auch des Umweltministeriums für diese Fülle von Fakten und Details, die zusammengetragen und ausgewertet worden sind.

Der Bericht ist deutlich besser als der letzte, weil auf unsere Forderung hin schon im letzten Bericht über die reinen Betriebszahlen hinausgegangen worden ist. Ich finde das gut. Dieser Bericht ist noch ausführlicher. Da viele Details und Fakten aufgelistet sind, würden wir es begrüßen, wenn wir im Agrarausschuss diesen Bericht ausführlich würdigen und über eventuell bei den einzelnen Fraktionen in der Bewertung und Einschätzung aufgetretene Differenzen reden würden.

Gut gefallen hat mir, dass die eine oder andere Forderung aus unserer Fraktion aufgenommen worden ist. Zum Beispiel hat man angefangen, Leitlinien zu formulieren. Das wollten wir schon lange.

(Ministerpräsident Beck: Mit „d“
oder mit „t“?)

– Herr Ministerpräsident, das können Sie interpretieren, wie Sie wollen, ob Sie leiden, wenn Sie über den Agrarbericht reden müssen, oder ob Sie darin leitende und zündende Ideen finden. Das bleibt Ihnen überlassen.

Meine Damen und Herren, die Eingangskapitel zur EU-Agrarpolitik, den WTO-Verhandlungen und der Osterweiterung sind zum Teil zeitlich schon überholt. Wir werden das im Ausschuss weiter diskutieren müssen. Die Zwischenbewertung der Betrachtung der Agenda 2000 und die WTO-Verhandlungen sind weitergegangen.

(Unruhe im Hause)

Frau Präsidentin, der Level vom Ton ist ein bisschen zu hoch, sodass ich mich sehr mit dem Reden anstrengen muss. Das macht das Reden schwer.

Wir haben natürlich an der einen oder anderen Stelle einen Dissens zwischen der Bundesregierung und der

Landesregierung entdecken können. Die Landesregierung befindet sich manchmal ein bisschen auf der Bremsspur. Wenn die Bundesregierung sagt, wir müssen mit der weiteren Agrarreform jetzt schon beginnen, wendet die Landesregierung ein, dass sie wegen der Planungssicherheit lieber bis 2006 warten will, bis der Planungshorizont abgelaufen ist. Auch da gibt es noch Beratungsbedarf.

Ich will noch eine Feststellung vorweg treffen: Die wirtschaftliche Situation der Landwirtschaft hat sich im Berichtszeitraum verbessert, in Rheinland-Pfalz nicht ganz so deutlich, weil wir nach wie vor die schlechte Situation im Fassweimbereich beim Weißwein haben, Herr Minister Bauckhage. Insofern sind unsere Zahlen nicht so erfreulich wie in anderen Bundesländern.

Mein erster Eindruck beim Lesen war: Große Überraschung, die Agrarwende ist jetzt auch in Rheinland-Pfalz angekommen, zumindest verbal,

(Frau Grütmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Hört, hört!)

oder besser gesagt, im Aufbau des Berichts. Es wird sehr viel ausführlicher zum ökologischen Anbau berichtet als in der Vergangenheit. Es gibt sogar ein Extrakapitel. Es wird ausführlich berichtet zum Thema „Verbraucherschutz“ der Landesregierung, hier insbesondere Ihres Ministeriums. Ich sage jetzt nichts über den Inhalt, sondern dass überhaupt berichtet wird. Der Bericht betont die Bedeutung nachhaltiger Landwirtschaft, Verbraucherschutz und der Lebensmittelsicherheit, zumindest in den Kapiteln über die EU und die nationalen Rahmenbedingungen. Wie weit das dann geht, wenn es im eigenen Zuständigkeitsbereich ist, das haben wir dann beim nächsten Tagesordnungspunkt zu diskutieren.

Die Formulierung über die Leitbilder – darauf habe ich bereits hingewiesen – begrüßen wir. Wir müssen dann natürlich darüber diskutieren, weil wir an der einen oder anderen Stelle andere haben.

Im Detail betrachtet muss ich jetzt doch Wasser in den Wein gießen. Es sieht ein bisschen anders aus als auf den ersten Blick. Da ist dann doch an vielen Stellen das Festhalten an eingefahrenen Wegen. Es sind auch diverse Widersprüche festzuhalten. Sie sagen in dem Bericht zu Recht, in großen Teilen des Landes wird umweltgerechter gewirtschaftet als in anderen Bundesländern. Das liegt an unseren Strukturen, die wir in der Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz haben.

Sie machen aber den Fehler, Sie reden damit die ökologischen Belastungen in den Regionen unseres Landes, die zum Beispiel im ZIL noch als Intensivstandorte der Sonderkulturen und des Ackerbaus aufgeführt werden, klein. Ich rede jetzt zum Beispiel vom gesamten Oberrheingraben, das heißt, Vorder- und Südpfalz, Frau Kollegin, vom Maifeld, vom Neuwieder Becken und von der Grafschaft bis hin nach Ahrweiler. Es verbessert natürlich die Bodenqualität und die Wasserqualität an einem Intensivstandort nicht, wenn an anderer Stelle umweltgerechter gewirtschaftet wird. Insofern müssen Sie schon bei der Wahrheit bleiben und auch sagen, wie

Sie es im ZIL – der Zukunftsinitiative Landwirtschaft – ansprechen. Das wird jetzt nicht mehr angesprochen. Statt dessen heißt das immer blumig „weitgehend wird umweltgerecht gearbeitet“. Die Durchschnittswerte liegen zum Glück in großen Teilen des Landes, gerade was den Einsatz stickstoffhaltiger Mineraldünger, Phosphat- und Kalidünger oder den Eintrag von Pflanzenschutzmitteln angeht, unter dem Bundesdurchschnitt. Das ist aber nicht überall so. Das heißt, wir haben noch Handlungsbedarf.

Sie sprechen auch davon, dass noch Handlungsbedarf besteht. Sie verweisen dann auf den Beitrag der Landesregierung zu diesem Handlungsbedarf in Form von Förderung für artgerechte Tierhaltung und vor allem auf das FUL, das Förderprogramm Umweltschonende Landbewirtschaftung.

Dann gibt es Differenzen zwischen uns und der Landesregierung, weil dann wiederum deutlich wird – auf Seite 45 –, dass die Beachtung der Kriterien der guten fachlichen Praxis unmittelbare Fördervoraussetzungen für die Ausgleichszulage und die Prämien des FUL sind. Das ist ein bisschen zu hart, weil die Erfinder der Agrarumweltprogramme auf europäischer Ebene keineswegs die gute fachliche Praxis damit haben honorieren wollen, sondern das, was darüber hinaus geht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da liegt bei der Landesregierung ein gravierendes Missverständnis vor. Es macht aber auch noch einmal die Praxis deutlich, die die ganzen Jahre gefahren wird. Da hat Rheinland-Pfalz ein relativ singuläres Dasein unter den Bundesländern. Es gibt nur noch eins, das außer Rheinland-Pfalz diese integrierten Förderprogramme fährt.

Der zweitgrößte Batzen aus dem FUL geht nach der Grünlandextensivierung in den integrierten umweltschonenden Anbau, der nur minimal über die gute fachliche Praxis hinausgeht und im Weinbau beispielsweise Herbizideinsatz zulässt. Das finden wir nicht in Ordnung. Wir werden das so lange kritisieren, solange es das gibt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da Sie an anderer Stelle für die Verbraucher von Transparenz sprechen, dass man der Verwirrung vorbeugen muss – auch Frau Kollegin Ebli hat gesagt, dass man Transparenz schaffen muss –, muss ich Ihnen einfach noch einmal deutlich sagen: Mit dieser Förderpraxis betreiben Sie einen Etikettenschwindel. – Welcher Verbraucher und welche Verbraucherin sind sich denn so sicher, wenn sie lesen „aus kontrolliertem oder umweltschonenden Anbau“, wo der Unterschied ist? Wer von den Menschen, die die Produkte einkaufen, kennt denn die Förderbedingungen? Das ist Etikettenschwindel, das ist Verwirrung der Verbraucherinnen und Verbraucher. Das werden wir geißeln, solange es das gibt. Es hat vor allen Dingen schwere Nachteile für den ökologischen Landbau, weil die sehr viel mehr Anstrengung zu leisten haben. Sie haben auch mehr Einbußen. Sie müssen aber dann mit denen konkurrieren, die so tun, als wenn sie aus ökologischem Anbau kämen.

Meine Damen und Herren, es ist im Übrigen ein Skandal bei der Haushaltslage, die wir haben, bei dem Versprechen, das Sie seit Monaten oder seit zwei Jahren geben, Sie würden jetzt nur noch die Ökoanträge aus dem FUL bedienen, wenn das Geld nicht reicht, dass Sie jetzt den integrierten wirtschaftenden Betrieben, bei denen die Förderung ausläuft, Anschlussverträge versprochen haben. Was soll das denn? Das ist eine Verbeugung vor einer Lobbygruppe und Angst vor dem Verlust von Wählerstimmen. Das nutzt der Umwelt und der Landwirtschaft nicht. Das ist nicht im Sinn der Erfinder der Agrarumweltprogramme. Wir verurteilen das aufs Schärfste.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Bauckhage, Sie hätten die Gelegenheit gehabt, an dieser Stelle diese Betriebe herüberzuleiten in den ökologischen Anbau oder sie auf die Prämien verzichten zu lassen, wenn Sie bei der guten fachlichen Praxis bleiben wollen.

(Glocke der Präsidentin)

Ist meine Redezeit schon abgelaufen?

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Ja.

Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Echt? Ich wollte noch so viel sagen.

Dann muss ich einfach noch zum Schluss anmerken – Sie haben gesehen, dass es noch unglaublich viel Stoff zu besprechen gibt –, dass dieser Bericht an den Ausschuss für Landwirtschaft und Weinbau überwiesen wird. Ich würde gerne mit den übrigen Mitgliedern im Ausschuss für Landwirtschaft und Weinbau über die Leitlinien diskutieren. Das gibt eine spannende Debatte.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Meine Damen und Herren, wir begrüßen weitere Gäste im Landtag, und zwar Mitglieder des Ladies-Circle 46 aus Mainz. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Für die FDP-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Geisen das Wort.

Abg. Dr. Geisen, FDP:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Landwirtschaft und Weinbau haben in Rheinland-Pfalz traditionell einen sehr hohen Stellenwert. Unsere Landwirte und Winzer nehmen in der Gesellschaft eine wichtige Stellung ein, nicht nur als Produzenten hochwertiger Nahrungsmittel, sondern auch als

Schützer und Bewahrer unserer Kulturlandschaft. Bis heute ist kein Unterschied in der Qualität der konventionell erzeugten Produkte im Vergleich zu den so genannten Bioprodukten nachgewiesen. Frau Kiltz, das muss ich Ihnen vorweg entgegnen.

(Frau Grützmaker, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Was heißt „so genannten“?)

Darüber werden wir uns noch intensiver unterhalten müssen.

Gerade diese nicht monetären Leistungen, die unsere Bauern und Winzer erbringen, werden oft vergessen.

Weitere Erfolge der Landwirtschaft sind auch Tourismus und die Pflege der Kulturlandschaft in sich.

Nach Auffassung der FDP-Landtagsfraktion muss deshalb eine flächendeckende Landwirtschaft natürlich in allen Regionen unseres Bundeslandes gesichert werden. Vor dem Hintergrund der bevorstehenden Herausforderungen, wie Halbzeitbewertung der Agenda 2000 und den daraus entspringenden so genannten Fischler-Vorschlägen, den veränderten Rahmenbedingungen also, nach der EU-Osterweiterung sowie der in Katar beschlossenen neuen WTO-Runde zur Liberalisierung des Weltagrarhandels, ist dies sicherlich keine leichte Aufgabe.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich an dieser Stelle einmal betonen, die FDP-Landtagsfraktion steht uneingeschränkt hinter dem europäischen Agrarmodell einer multifunktionellen Landwirtschaft. In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, dass es hierbei von besonderer Bedeutung sein wird, dass auch in Zukunft ein Großteil des landwirtschaftlichen Einkommens am Markt erzielt werden muss.

Aus diesem Grund lehnt die FDP-Fraktion auch vor dem Hintergrund des vorliegenden Agrarberichts vom Wirtschaftsjahr 2000/2001 vor dem Hintergrund dieser Buchführungsabschnitte weitere Einschnitte zumindest bei den derzeit funktionierenden EG-Marktordnungen ab.

Bedingt durch die im Wirtschaftsjahr des Berichts unbefriedigende Lage auf den Märkten für weiße Fassweine, war die Entwicklung im durchschnittlichen landwirtschaftlichen Einkommen je Haupterwerbsbetrieb in Rheinland-Pfalz nur unterdurchschnittlich.

(Zuruf der Abg. Frau Kiltz,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So weist es der Bericht aus. Umso fahrlässiger wäre es jedoch, in der jetzigen Situation an bewährten Marktordnungen zu rütteln.

Als Abgeordneter der Eifel hängt mein Herz besonders an den Milchvieh haltenden Betrieben.

(Zuruf der Abg. Frau Kiltz,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Durch die von der Landesregierung aktiv geförderte, sehr gute Molkereistruktur in unserem Land gelingt es den heimischen Milchbauern, weit überdurchschnittliche Milchpreise zu erwirtschaften. Dies hat entscheidend zur Verbesserung der Rentabilität der Milchvieh haltenden Betriebe beigetragen.

Wenn auch zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine völlige Abschaffung der Milchquotenregelung in Brüssel vom Tisch zu sein scheint, so ist für die FDP-Landtagsfraktion der derzeitige Vorschlag der EU-Kommission zur Reform dieser EG-Milchmarktordnung nicht akzeptabel. Zu kritisieren ist vor allem die vorgesehene dramatische, fünfmalige Absenkung der Erzeugerpreise bei gleichzeitiger Erhöhung der Milchquoten. Das ist nicht hinnehmbar. Das würde die Strukturen in unseren Milchvieh haltenden Regionen sehr stark verändern. Es hätte sehr starke Nachteile für die Gesamtregion zum Ergebnis.

Positiv abgehoben haben sich bei der Gewinnentwicklung in Rheinland-Pfalz laut Agrarbericht die Einkommen der Marktfruchtbetriebe. Wie die Zeilenreihe Tabelle 7 des Agrarberichts ausweist, wurde im Wirtschaftsjahr mit 37.600 Euro immerhin der größte Gewinn je Betrieb in den letzten ausgewiesenen Wirtschaftsjahren erzielt.

Bedenken wir aber immer, wenn wir über Gewinne und Einkommen in der Landwirtschaft sprechen, dass Familien mit mehreren Generationen tätig sind, tagtäglich zum Teil über Tag- und Nachtzeiten tätig sind.

(Beifall der FDP und der SPD –
Lewentz, SPD: Kein 8-Stunden-Tag!)

Wir sind auch weiterhin der Meinung, dass Marktordnungen, die funktionieren, nicht unbedingt ausgehebelt werden sollten, und sprechen uns auch für die derzeitige Zuckermarktordnung im Interesse unserer Landwirte in den Gebieten des Zuckerrübenanbaus eindeutig für die Beibehaltung dieser Marktordnung aus.

Meine Damen und Herren, gerade vor dem Hintergrund der vielen Fragezeichen, die in der gegenwärtigen Lage bezüglich der künftigen Ausgestaltung der Agrarpolitik gemacht werden müssen, hätte es die FDP begrüßt, wenn man in Deutschland mit der Einführung der Modulation so lange gewartet hätte, bis diese auf EU-Ebene für alle Mitgliedsstaaten verpflichtend eingeführt worden wäre. Somit wird der heimischen Landwirtschaft ohne Not ein weiterer Wettbewerbsnachteil aufgebürdet.

(Stretz, SPD: So ist es!)

Stattdessen brauchen wir jedoch aus liberaler Sicht eine konsequente Harmonisierung der europäischen Agrarpolitik. Nationale Alleingänge lehnen wir ab; denn nationale Sonderwege verschlechtern die Wettbewerbssituation der heimischen Landwirtschaft.

(Beifall der FDP und der SPD)

Nationale Sonderwege isolieren die rheinland-pfälzischen und deutschen Landwirte innerhalb der EU-Staaten.

Alles in allem muss es Ziel einer künftigen Ausgestaltung der Reformvorschläge der EU zur Agrarpolitik sein, die Effizienz der eingesetzten agrarpolitischen Instrumente zu steigern und überbordende Bürokratie abzubauen.

In diesem Zusammenhang unterstützen wir auch den rheinland-pfälzischen Landwirtschaftsminister Baukhage in seinen Bemühungen, zumindest auf nationaler Ebene eine einheitliche Flächenprämie zu erreichen. Darum kämpft er vor allen Dingen auf Bundesebene. Wir würden uns freuen, wenn er Erfolg mit seinem Vorschlag hätte.

Denn es kann doch in Zukunft nicht weiter so sein, dass auch in Deutschland begünstigte Länder, zum Beispiel Schleswig-Holstein, wesentlich höhere Ausgleichszahlungen an ihre Landwirte ausbezahlen als wir oder andere Länder, die von Natur aus benachteiligt sind. Diesbezüglich besteht ein Mißverhältnis, meine Damen und Herren.

(Beifall der FDP und der SPD)

Dem Weinbau kommt in Rheinland-Pfalz mit 70 % des deutschen Weins eine ganz besondere Bedeutung zu. Das wissen Sie alle. Aus diesem Grund sind die durchschnittlichen Buchführungsergebnisse der Weinbaubetriebe für mich nicht befriedigend. Jedoch verlangt die herausragende, nicht nur ökonomische Bedeutung des Weinbaus, dass man hier sehr genau hinsieht und auch einen Blick auf das Detail wirft.

Vorweg ist festzustellen, dass die wirtschaftliche Situation der Weinbaubetriebe im Land sehr unterschiedlich ist. Auf der einen Seite stehen innovative erfolgreiche Selbstvermarkter mit günstigen Prognosen, auf der anderen Seite haben wir die Anbieter von Trauben und Faßwein mit im beschriebenen Wirtschaftsjahr sehr schlechten Betriebseinkommen.

Im Detail lassen sich hinsichtlich der Unternehmensgewinne sogar noch regionale Differenzen herausarbeiten. So sind die Unternehmensgewinne insbesondere in den Anbaugebieten Rheinhessen und Mosel-Saar-Ruwer sehr stark zurückgegangen.

Faßweingebetriebe mit hohem Rotweinanteil, wie diese in der Pfalz vorherrschen, konnten hingegen den Preisverfall bei Weißweinen mit stabilen Rotweinpreisen zum großen Teil kompensieren. So erzielten diese Faßweingebetriebe der Pfalz mit knapp 35.000 Euro pro Betrieb relativ gute Ergebnisse, die lediglich 6,5 % unter dem Vorjahr lagen.

Ein Grund für die vergleichsweise positive Entwicklung in der Pfalz liegt in den frühzeitig begonnenen Umstellungen auf rote Sorten. So werden derzeit mehr als 40 % der Erntemenge als Rotwein, Rosé und Weißherbst vermarktet. Auch werden die Verbrauchererwartungen durch einen sehr hohen Anteil – ca. 60 % – an trockenen und halbtrockenen Weinen erfüllt.

Die Gewinne der Flaschenweingebetriebe sind durchweg höher, wobei auch hier regionale Unterschiede zwischen der Pfalz und Rheinhessen deutlich werden. Wird in der

Pfalz mit 46.000 Euro je Unternehmen quasi der Vorjahreswert erreicht, so ist in Rheinhessen der Unternehmensgewinn um 5.000 Euro zurückgegangen. Das niedrige Gesamtniveau der Flaschenweingebetriebe in Rheinhessen und an der Mosel resultiert aus dem noch großen Anteil der Betriebe an vermarkteten Faßweinen.

(Glocke der Präsidentin)

– Noch zwei Sätze bitte.

Aus den genannten Gründen müssen daher Qualitätssicherung und Qualitätsmanagement weiterhin Kernpunkte der Weinbaupolitik sein. Je nach Zielgruppe und den damit verbundenen Teilmärkten müssen unterschiedlich spezifische Weine zur Verfügung stehen. Allen diesen Produkten ist gemeinsam, dass sie im internationalen Qualitätswettbewerb bestehen müssen.

(Frau Schneider, CDU: Das waren jetzt aber drei!)

So muss die Produktion im Weinberg auf klare Zielsetzungen ausgerichtet werden. Möglicherweise liegt die Zukunft vieler Traubenerzeuger und Faßweinvermarkter im Vertragsanbau, meine Damen und Herren.

(Frau Schneider, CDU: Satz Nummer fünf!)

Die FDP-Fraktion bedankt sich für den ausführlichen Bericht beim Ministerium, bei Herrn Minister Baukhage.

Danke schön.

(Beifall der FDP und der SPD)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Das Wort hat Herr Kollege Schmitt.

(Creutzmann, FDP: Herr Schmitt ist sprachlos! –
Frau Schneider, CDU: Wir sind nie sprachlos, nie!)

Abg. Schmitt, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Nachdem meine Kollegin Christine Schneider eigentlich die grundsätzlichen Ausführungen gemacht hat, für die ich mich sehr herzlich bedanke, will ich nur einige Punkte erwähnen. Herzlichen Dank, Frau Kollegin.

(Beifall bei der CDU)

Herr Minister, der Agrarbericht liegt ein Dreivierteljahr zurück. Wir sollten ihn nicht nutzen, um Statistiken zu bemühen. Die Statistiken sind im Agrarbericht enthalten. Ich brauche das nicht zu wiederholen. Ich brauche auch nicht zu wiederholen, dass täglich fünf Betriebe in Rheinland-Pfalz ihre Tore schließen. Wer selbst Bauer ist, weiß, was das bedeutet und kann das nachvollzie-

hen. Der Strukturwandel kann allerdings für die weiter wirtschaftenden Betriebe auch eine Chance bedeuten.

Ein solcher Agrarbericht kann eigentlich nur nach vorn gerichtet sein. Wir müssen uns die Frage stellen: Was können wir als Rheinland-Pfälzer tun, wo die Agrarpolitik weitestgehend auf Bundes- bzw. EU-Ebene erfolgt? Welche Meilensteine können wir setzen, um die Wettbewerbsfähigkeit zu verstärken?

Aus diesen Gründen erlaube ich mir, drei Punkte zu nennen:

Der Stellenwert bei der Bevölkerung insgesamt ist nicht so, wie wir glauben. Ich habe die Sorge, dass der gesellschaftliche und der politische Stellenwert auch im Landtag nicht sehr hoch ist. Dies ist ein beredtes Beispiel. Wenn wir ehrlich miteinander umgehen, müssen wir uns fragen: Wer hat den Kolleginnen und Kollegen konkret zugehört, die sich viel Arbeit gemacht haben und versucht haben, das deutlich zu machen.

Die Landwirtschaft und der Weinbau brauchen wieder einen anderen Stellenwert im Bewusstsein aller.

(Beifall der CDU)

Es geht nicht nur um Nahrungsmittel. Es geht um die Lebens- und Wohnqualität ganzer Regionen. Das muss herüberkommen und deutlicher werden, selbst wenn es nur 1,5 % des Bruttoinlandsprodukts ausmacht.

Manche Kollegen sagen: was wollt ihr denn? – Über 1,5 % reden wir nicht mehr.

(Zuruf der Abg. Frau Kiltz,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es geht letztendlich um wesentlich mehr, was mit finanziellen Mitteln nicht auszugleichen ist.

Herr Minister, ich möchte in aller Kürze vier Fragen formulieren. Vielleicht können Sie sie nachher beantworten.

Ich weiß, dass wir am Scheideweg stehen. Ich hätte gern von Ihnen noch einmal die Position zur EU-Agrarpolitik gehört, die über das hinausgeht, was Sie vor einem Dreivierteljahr aufgeschrieben haben. Die Zeit ist weitergegangen.

Wie steht Rheinland-Pfalz zu der Modulation? – Ich meine die Umpolung in die zweite Säule und wie wir das handhaben. Gibt es Anschlussprogramme?

Wie wollen wir die Entkoppelung der Direktzahlung umsetzen?

(Glocke der Präsidentin)

– Frau Präsidentin, erlauben Sie meine letzte Frage im Bereich Weinbau. Es geht mir heute nicht darum, polemisch zu kritisieren.

Stellen Sie bitte noch Ihre Vorstellungen dar, welche Möglichkeiten wir haben, bezüglich des Deutschen

Weingesetzes gemeinsam etwas auf den Weg zu bringen, um die Wettbewerbsfähigkeit der rheinland-pfälzischen Bauern und Winzer zu stärken, die der Schlüssel zum Erfolg ist. Nur dann können wir im Konzert innerhalb Europas selbstbewusst auftreten. Es gibt in Rheinland-Pfalz nicht nur an der Obermosel oder in der Pfalz, sondern auch anderswo gute fortschrittliche Winzer und Bauern. Es gibt aber auch den Teil derer, um den wir uns kümmern müssen. Es geht mir nicht darum, negativ zu reden, es geht aber auch nicht um die Beschönigung. Ich hoffe, dass wir dazu einen Beitrag leisten können. Mehr kann ich in drei Minuten nicht tun.

Ich bedanke mich. Vielleicht können Sie die Antwort darauf geben.

(Beifall der CDU)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Das Wort hat noch einmal Herr Staatsminister Bauckhage.

Bauckhage, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Schmitt, Gestatten Sie mir zunächst, ein Wort zu Ihnen zu sagen, weil Sie noch einmal den gesellschaftlichen Stellenwert der Landwirtschaft insgesamt in den Vordergrund gerückt haben. Ich denke, es ist ein wichtiger Wert einer Kulturgesellschaft, dass man den Stellenwert nicht nur nach der Bruttowertschöpfung beurteilt, sondern den Stellenwert der Landwirtschaft insgesamt für die Kulturlandschaft und für das Lebensumfeld entsprechend hervorhebt. Dafür bin ich Ihnen dankbar. Das ist der Hintergrund dafür, weshalb man die Förderpolitik insgesamt so gestalten kann, wie wir dies tun. Man kann den Stellenwert entweder nach der Frage beurteilen, welchen Anteil er am Bruttoinlandsprodukt insgesamt ausmacht oder inwieweit die Subvention – ich würde es lieber Förderung nennen – vor dem Hintergrund der Kulturlandschaft und des persönlichen Lebensumfeldes insgesamt überhaupt gerechtfertigt ist. Die Kulturlandschaft prägt auch Menschen. Von daher bin ich Ihnen dankbar dafür.

Das Deutsche Weingesetz wurde angesprochen. Ich versichere Ihnen, wir werden dies mit Ihnen im Ausschuss besprechen. Es geht um Konzentrationen und um andere Dinge. Das ist eine schwierige Frage, die man gemeinsam mit der Weinwirtschaft erörtern muss. Sie wissen, dass wir immer in sehr engen Beziehungen zur Weinwirtschaft stehen.

Ich komme zu der Frage der Modulation. Die nationale Modulation ist gegeben. Sie hat im Übrigen für die rheinland-pfälzische Landwirtschaft nur eine marginale Bedeutung. Allerdings muss man zunächst einmal sehen, was Herr Fischler mit der Modulation erreichen will und wie die Bundesregierung darauf eingeht. Deshalb kann man dazu heute noch nicht sagen. Das kann eine zusätzliche schwierige Phase werden. Aber in den Verhandlungen muss man sehen, ob man die entsprechen-

den Betriebe unter Umständen ganz herausnehmen kann oder ob man eine Situation schaffen kann, die für den rheinland-pfälzischen Landwirt, der im Prinzip kleinstrukturiert ist, eine entsprechende Perspektive darstellt.

Ich sage etwas zur Entkoppelung, weil ich darin eigentlich eine große Chance auch im Hinblick auf die Modulation sehe. Ich bin für die Entkoppelung. Dabei darf es auch keine Präferenzzeiten mehr geben. Es muss endlich Schluss sein mit den unterschiedlichen Förderungen.

Herr Kollege Dr. Geißen hat völlig recht: Es kann nicht so sein, dass dort, wo vernünftige und gute Bedingungen herrschen, höhere Förderungen möglich sind als in anderen Gebieten.

Frau Kiltz, Sie haben die Frage der FUL-Förderung angesprochen. Wir werden dies 2004 auf den Prüfstand stellen. Aber es gibt auch einen Vertrauensschutz. Man muss die gesamte FUL-Problematik auf den Prüfstand stellen.

(Zuruf der Abg. Frau Kiltz,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Milchproduktion spielt in Rheinland-Pfalz eine große Rolle. Insgesamt liegen wir beim Auszahlungspreis noch circa zwei oder drei Cent über dem Bundesdurchschnitt. Das ist auch ein Verdienst der rheinland-pfälzischen Milchwirtschaft, ist aber auch ein Ergebnis der richtigen Rahmenbedingungen dieser Landesregierung. Das ist gar keine Frage.

(Beifall der FDP und der SPD –
Zuruf des Abg. Schmitt, CDU)

Die Quote insgesamt wird sehr problematisch werden. Aber wenn man vom Jahr 2008 auf das Jahr 2015 geht, so werden insgesamt Übergangsfristen möglich sein, die insbesondere den Betrieben wiederum zugute kommen werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bezüglich des Deutschen Weingesetzes werden wir gern im Dialog bleiben. Aber dabei sind so viele Aspekte zu berücksichtigen. Es gibt Leute auf dieser Welt, die gern Barriquewein trinken, denen aber Barrique zu teuer ist. Kann man diesen Leuten den Geschmack auch auf andere Art und Weise anbieten?

(Zuruf der Abg. Frau Kiltz und Dr. Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Ich stelle doch nur die Frage. Ich bin doch noch nicht entschlossen, Frau Kiltz. Aber darüber muss doch diskutiert werden dürfen.

Das hat auch wieder etwas mit der Lebenskultur und dem Produkt Wein als Kulturprodukt zu tun. Deshalb muss man sehr offen darüber sprechen. Insgesamt werden wir eine enorme Problematik bekommen. Wie Sie richtig sagen, es gibt jeden Tag Betriebe, die schließen müssen. Das ist schließlich auch eine sozialpolitische Frage. Man könnte nun lange über die Sozialsysteme diskutieren, aber das würde jeden Rahmen sprengen.

gen. Aber Sie können sich darauf verlassen, dass die rheinland-pfälzische Landwirtschaftspolitik auf die Förderung der kleinen Strukturen ausgerichtet bleibt; denn diese kleinen Strukturen haben für die Kulturlandschaft und auch für die Vielfalt der Landschaft riesige Vorteile.

(Beifall der FDP und der SPD)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Die Fraktionen haben noch eine Redezeit von vier Minuten.

(Zurufe aus dem Hause: Das geht
in den Ausschuss!)

Frau Baumann hat sich zu Wort gemeldet. Sie haben das Wort.

Abg. Frau Baumann, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich nehme die Redezeit noch einmal wahr, weil ich denke, dass es vorhin etwas zu kurz war. Herr Schmitt, ich freue mich, dass Sie ganz ohne Polemik ausgekommen sind. Das ist nicht immer so.

(Beifall bei der FDP –
Unruhe im Hause –
Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Geräuschpegel ist sehr hoch. Daher ist es schwierig, alles zu verstehen. Ich bitte, die Stimmen etwas zu dämpfen. – Frau Baumann, Sie haben wieder das Wort.

Abg. Frau Baumann, SPD:

Ich habe ein Lob an Herrn Schmitt gerichtet. Frau Schneider konnte es sich nicht ganz verkneifen, wieder von einer schweren Krise zu reden, was den Weinbau angeht. Ich denke, das Ganze sollte man wesentlich differenzierter betrachten.

In der „Rheinpfalz“ vom 25. April 2003 heißt es, „Pfalzwein baut Spitzenposition aus“, dies in den Zahlen, in der Qualität und in allem, was es bedeutet. Ich möchte ein zweites Beispiel nennen. Ich habe vorhin eines von der Obermosel angeführt und möchte nun ein Beispiel aus der Pfalz bringen. Ich nehme eine große Winzergenossenschaft in der Pfalz, die mit drei anderen kooperiert. Diese Kooperation ist mittlerweile schon in Erfolgswerten messbar. Messbar ist dies natürlich auch für die Erfolge der abliefernden Winzer. Man kann dann nur sagen, das ist keine Krise.

Wenn man in den Weinzeitschriften nachliest, egal, ob sie jetzt vom Deutschen Weininstitut kommen oder ob es

Fachzeitschriften sind, dann lauten die Überschriften so: „Die Nachfrage nach Wein steigt weiter“, „Wein bleibt der Deutschen liebstes Getränk“, „Deutscher Wein im Aufwind“. – Dies zeigt sich im Verbraucherverhalten, das ganz eindeutig Klasse statt Masse belohnt. Preislich wird das natürlich auch honoriert. Ich denke, das ist ein ganz wesentlicher Faktor.

Lassen Sie mich noch eine Bemerkung machen. Viele Winzer weichen zu Recht auf die roten Sorten aus. Es gibt einen regelrechten Dornfelder-Boom mit Rekordproduktionen. Ich möchte dann aber auch nicht versäumen, den warnenden Finger zu heben. Wenn man den Durchschnittsertrag von 166 Hektoliter pro Hektar nimmt, dann kann ich nur warnen: Machen wir uns diesen Markt nicht kaputt. – Ich bin sehr dankbar, dass sich die Weinwirtschaftsräte und andere, die in der Weinbranche tätig sind, zusammen an einen Tisch gesetzt und gemeinsame Überlegungen angestrengt haben, wie man dem begegnet. Ich sage ganz offensiv, dies sollte und müsste nicht das Ministerium machen, sondern diejenigen, die Akteure sind. Sie müssen ihren Wein wieder mit entsprechender Qualität an die Kunden heranbringen.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei SPD und FDP)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Für die CDU-Fraktion erteile ich Frau Kollegin Schneider das Wort.

Abg. Frau Schneider, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Kollegin Baumann, manchmal habe ich das Gefühl, dass Sie Kritik mit Polemik verwechseln. In der Situation, in der sich manche Weinbaubetriebe befinden, – –

(Itzek, SPD: Manche, aber nicht alle!)

– Herr Itzek, hören Sie zu, dann verstehen Sie es vielleicht.

(Itzek, SPD: Ich verstehe auch noch ein bisschen davon!)

– – ist es sehr wohl angebracht, dass sich die größte Oppositionsfraktion dieses Hauses mit den Nöten und Ängsten dieser Winzer auseinandersetzt.

(Beifall bei der CDU –
Itzek, SPD: Die sollen gescheiterten
Wein machen! Dann haben
sie kein Problem!)

Frau Kollegin Baumann, wir von der CDU-Fraktion können sehr wohl erkennen, welche Betriebe momentan am Markt keine Probleme haben, insbesondere die Selbstvermarkter, und welche nicht. Wenn Sie mir vorhin zu-

gehört hätten, dann hätten Sie vernommen, dass ich insbesondere auf den Fassweinmarkt eingegangen bin.

(Billen, CDU: So ist es!)

Ich gehe davon aus, dass Sie den Agrarbericht gelesen und gesehen haben, dass die Winzer insbesondere im Fassweimbereich große Probleme haben. Wir nehmen die Probleme sehr ernst, weil diese Winzer einen großen Teil der rheinland-pfälzischen landwirtschaftlichen Fläche pflegen. Man muss sich sehr wohl die Frage stellen, wie wir mit den Problemen dieser Winzer umgehen.

(Beifall bei der CDU)

Es gibt auch eine Antwort auf die Probleme. Wenn Sie vonseiten der SPD und der Landesregierung bereit wären, unsere Konzepte aufzunehmen und diese umzusetzen, dann wären die Probleme längst gelöst.

(Beifall bei der CDU –
Itzek, SPD: Dann wären sie
alle schon pleite!)

– Herr Itzek, Sie kommen bekanntlich aus Ludwigshafen und verstehen von Pleiten sehr viel, da Sie dort lange Verantwortung getragen haben.

(Zurufe im Hause)

Frau Kollegin Baumann, ich erläutere der SPD-Fraktion noch einmal unser Konzept. Ich erläutere dies immer am Beispiel des Otto Normalverbrauchers, des Weintrinkers und Weinkenners, der sich sehr intensiv mit Wein auseinandersetzt. Der Weinkenner wird zu seinem Direktvermarkter bzw. Winzer gehen, weil er ganz genau weiß, welches Produkt er kaufen und trinken möchte. Von daher brauchen wir uns um diese Kunden nicht zu kümmern.

Es gibt aber einen großen Anteil von Weintrinkern, die anders handeln. Ich weiß dies selbst aus dem eigenen Umfeld. Es sind junge Leute, die sich noch nicht so intensiv mit dem Weinbau beschäftigt haben.

(Itzek, SPD: Da übernehmen
wir eine Patenschaft!)

Sie sehen irgendeinen Wein in der Werbung, probieren ihn, er schmeckt ihnen und er wird getrunken. Diesen jungen Leuten ist es egal, aus welchem Land er kommt.

Sie haben aber ein großes Problem, deutschen und insbesondere rheinland-pfälzischen Wein zum Beispiel im Lebensmitteleinzelhandel zu kaufen. Sie haben ein noch größeres Problem, sollten sie einmal einen rheinland-pfälzischen Wein gefunden haben, diesen erneut in einem anderen Laden kaufen zu können.

Wenn wir es hinbekommen, die Fassweinwinzer zu bündeln, damit wir diese Menge gemeinsam ausbauen und diesen Markt bedienen können, dann ist dies eine

große Chance. Dann finden wir auch eine Stabilisierung am Markt. Setzen Sie dies endlich um, wenn nicht, dann fragen Sie uns. Wir wissen, wie man das macht.

(Beifall bei der CDU –
Schmitt, CDU: Nicht verzagen,
CDU fragen! –
Itzek, SPD: Seit 1991 ist der
rheinland-pfälzische Wein
besser geworden! –
Schmitt, CDU: Aber den Winzern
geht es schlechter!)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Ich erteile Frau Kollegin Kiltz das Wort.

Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Bevor ich auf die Weinbaupolitik eingehe, möchte ich noch ein anderes Thema ansprechen. In dem Agrarbericht ist unausgesprochen ein Leitbild von Betrieben enthalten, das so nicht benannt wird. Nach Aussage der Landesregierung gibt es in Rheinland-Pfalz nur 5.000 Vollerwerbsbetriebe, die zukunftsfähig und entwicklungsfähig sind. Ich habe den Eindruck, dass Folgendes das Betriebsleitbild des Ministers ist, das er gern bei der Ausschussdebatte noch einmal berichtigen kann: ein Vollerwerbsbetrieb mit zwei Arbeitskräften, nach guter fachlicher Praxis oder vielleicht noch kontrolliert umweltschonend arbeitend. – Das scheint das Betriebsleitbild zu sein. Wir haben eine andere Vorstellung, die etwas weiter und offener ist.

Wir sehen auch für Betriebe mit mehreren Standbeinen gute Zukunftsaussichten. Ich könnte Ihnen ein paar nennen, die diese Voraussetzungen erfüllen. Für die, die dabei ökologisch arbeiten, sehen wir die allerbesten Zukunftsaussichten. Das zeigen die Nachfrageentwicklung und die Richtung, in die die Verbraucherinteressen gehen.

Man muss natürlich sehen, dass dort, wo Nachfrage vorhanden ist, auch das Angebot vorhanden sein muss.

Ich möchte noch eine weitere Anmerkung machen. Die Produktivitätssteigerung, die die Landwirtschaft in den letzten 50 Jahren hatte, nämlich von einem Bauer, der zehn Leute ernähren kann, auf einen Betrieb, der 119 Menschen ernährt, kann so nicht endlos fortgesetzt werden, da es um Natur und lebende Tiere geht. Man kann diese nicht unbegrenzt ausquetschen, um das einmal ganz deutlich zu sagen. Die Leitlinien werden wir im Ausschuss diskutieren.

Was die Weinbaupolitik angeht, so möchte ich festhalten, wir haben dazu in einer der letzten Sitzungen des Agrarausschusses eine ausführliche Weinbaudebatte geführt. Ich glaube, Staatssekretär Eymael war anwesend, da Sie nicht anwesend sein konnten, Herr Minister. Ich habe in dieser Sitzung zu meinem größten Vergnügen feststellen können, dass hartnäckiges Bohren im Bereich Qualität statt Masse, was ich seit sieben

Jahren fordere – mein Vorgänger auch schon fünf Jahre oder länger – Erfolg hat.

(Lewentz, SPD: Wer war der Vorgänger?)

– Harald Dörr war mein Vorgänger, Herr Kollege Lewentz. Die Landesregierung und die Regierungsfraktionen reden jetzt im Unterschied zu früheren Jahren sehr viel von Qualität.

(Zuruf von Staatsminister Bauckhage)

– Sie haben sehr lange gebraucht, Herr Minister Bauckhage. Wenn sich dies jetzt noch entsprechend in der Gestaltung von Verordnungen und Haushaltsansätzen niederschlägt, dann sind wir zufrieden. Sie müssen natürlich die dicken Rohre nach Brüssel zumachen und auch immer verschlossen halten, Herr Minister. Es ist noch nicht lange her, dass darüber diskutiert wurde. Das war noch in meiner Zeit.

Dann haben wir eine Chance, mit dem Qualitätskonzept die rheinland-pfälzische Weinwirtschaft voranzubringen. Die hier arbeitenden Winzerinnen und Winzer haben das verdient.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Es ist beantragt worden, die Besprechung im Ausschuss für Landwirtschaft und Weinbau fortzusetzen. Gibt es dagegen Widerspruch? – Das ist nicht der Fall, dann wird so verfahren. Der Tagesordnungspunkt ist für heute erledigt.

Ich rufe **Punkt 11** der Tagesordnung auf:

**Stand und Entwicklung der Lebensmittel-
überwachung und der Futtermittelunter-
suchung in Rheinland-Pfalz
Besprechung der Großen Anfrage der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der
Antwort der Landesregierung
auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksachen 14/1244/1403/1609 –**

Die Fraktionen haben eine Redezeit von 10 Minuten beantragt.

Ich erteile Frau Abgeordneter Kiltz das Wort.

(Billen, CDU: Sie können gleich vorne stehen bleiben!)

Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, ich freue mich immer wieder, wenn ich ab und an Frau Präsidentin sagen kann.

(Itzek, SPD: Wir wollen auch etwas hören!)

– Ich habe gesagt, Frau Präsidentin, ich habe mich gefreut, dass ich „Frau Präsidentin“ sagen kann, weil eine Frau dort sitzt.

(Itzek, SPD: Im Landtag sitzen noch mehr Frauen!)

– Sehr schön, die begrüßen wir dann ebenfalls.

Meine Damen und Herren, wir diskutieren heute auf Antrag meiner Fraktion über Verbraucherschutz.

(Unruhe im Hause)

Ich weiß, es ist schon spät, Sie haben eigentlich nicht mehr viel Lust zuzuhören. Ich bitte Sie, bei diesem Thema noch ein bisschen Geduld und Aufmerksamkeit aufzubringen.

Wir diskutieren über Verbraucherschutz, über Lebensmittelsicherheit und Futtermittelsicherheit obwohl wir aktuell keinen dramatischen Lebensmittel- oder Futtermittelskandal haben. Das ist neu und von uns so gewollt.

Wir sind der Auffassung, dass wir gerade die Zeit nutzen sollten, in der es nur die alltäglichen Lebensmittel- oder Futtermittelprobleme gibt, um das kritisch zu beleuchten, was wir im Land noch tun können und müssen, um den Verbraucherschutz im Ernährungsbereich zu stärken, das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher zurückzugewinnen und damit auch der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft zu nutzen.

Bei dem Punkt der Tagesordnung ist auch ein Antrag dabei. Der Ihnen heute vorliegende Antrag ist im Grundsatz nicht neu. Wir haben einen ähnlichen Antrag im Frühsommer des letzten Jahres eingebracht, damals unter dem unmittelbaren Eindruck des Nitrofen-Skandals. Sie haben ihn damals abgelehnt. Wir wollten uns damit nicht zufrieden geben und haben eine Große Anfrage zum Thema gemacht. Die Auswertung der Antwort der Landesregierung hat uns noch einmal sehr deutlich vor Augen geführt, dass unser Antrag überarbeitet im Licht der neuen Erkenntnisse aufgrund der Antwort der Landesregierung dringlicher war, als wir ursprünglich angenommen hatten. Werte Kolleginnen und Kollegen, deshalb haben Sie heute noch einmal die Gelegenheit, sich mit einer überarbeiteten Fassung zu beschäftigen und Ihr Votum zu revidieren, was wir uns natürlich wünschen.

Die Notwendigkeit einer leistungsfähigen und funktionierenden Lebensmittel- und Futtermittelüberwachung ist noch einmal ganz aktuell durch ein Rundschreiben aus der Brüsseler Landesvertretung unterstrichen worden. Jetzt ist Staatssekretär Dr. Klär leider nicht mehr anwesend. Darin wird auf einen Vorschlag der EU-Kommission verwiesen, der die offiziellen Kontrollen für Lebensmittel und Viehfutter verstärken und besser harmonisieren soll. Ich zitiere nur wenige Sätze: „Anhand präziser Kriterien (Personalausstattung und Prüfverfahren) sollen die Mitgliedsstaaten nationale Kontrollpläne ausarbeiten.“

Herr Schmitt, hallo, ich muss ab und zu jemanden ansprechen, der gerade ins Gespräch vertieft ist, vielleicht senkt das dann das Geräuschniveau.

(Schmitt, CDU: Das ist sehr nett, Danke!)

„Die Mitgliedsstaaten sollen nationale Kontrollpläne ausarbeiten. Prüfungen des Lebensmittel- und Veterinärämtes sollen das Leistungsniveau dieser Programme gewährleisten. Bei Nahrungsmittelkrisen müssen sich die Mitgliedsstaaten an präzise Notfallpläne halten.“ – Das ist nur ein kleiner Ausschnitt. Es wird ein größerer Aufgabenkatalog auf die Lebensmittel- und Futtermittelüberwachung zukommen.

Eigentlich müsste es der zuständigen Ministerin Conrad und dem zuständigen Minister Bauckhage – man möge es ihm berichten – in den Ohren klingeln, weil sie, so die Auswertung der Antwort auf die Große Anfrage, für weitere Anforderungen des Verbraucherschutzes nicht gerüstet sind. Schon jetzt sind gravierende Defizite sowohl in der Lebensmittel- als auch in der Futtermittelüberwachung festzustellen. Die vielfältigen Aufgaben der amtlichen Lebensmittelüberwachung sind seit 1996 kommunalisiert. Die Folge ist, die Art und Weise und die Häufigkeit der Kontrollen ist dem Zufall überlassen, je nachdem wie viel personelle Ressourcen und Sachmittel die betreffende Gebietskörperschaft zur Verfügung stellt. Das ist der Ministerin wohl bekannt.

Ich mache nur einen kleinen Vergleich. Im Landkreis Ludwigshafen gibt es einen Kontrolleur auf 400 Betriebe.

(Itzek, SPD: Landkreis Ludwigshafen!)

– Landkreis habe ich gesagt.

(Itzek, SPD: Okay!)

Herr Billen, in Bitburg-Prüm gibt es einen Kontrolleur auf 2300 Betriebe. Sie sollten sich vielleicht im Kreistag dafür einsetzen, dass das besser wird. Wie wir wissen, hat das Umweltministerium die Fachaufsicht über die kommunalisierte Lebensmittelüberwachung. Es ist aus unserer Sicht gefordert, auf vergleichbare und angemessene Standards dem jeweiligen Risikopotenzial entsprechend hinzuwirken. Frau Conrad, das geht an Ihre Adresse. Wir haben dafür kein Patentrezept. Wir haben deshalb nicht umstandslos die Rekommunalisierung gefordert. Frau Ministerin, wir fordern Sie auf, nach Mitteln und Wegen zu suchen, wie für einheitlichere Bedingungen im Land gesorgt werden kann. Das steht in unserem Antrag. Dort fordern wir auch eine Stärkung der Futtermittel- und Lebensmittelkontrolle, und zwar personell und in der Sachausstattung.

(Zuruf des Abg. Itzek, SPD)

Herr Ministerpräsident, ich bin froh dass ich Ihnen das persönlich sagen kann. Wir haben nie eine konkrete Anzahl von zusätzlichen Kontrolleurinnen und Kontrolleuren gefordert. Bei der Beratung des Nachtragshaushalts haben Sie uns vorgerechnet, wir hätten das gefor-

dert. Das stimmt einfach nicht. Ich fand das nicht anständig von Ihnen.

(Ministerpräsident Beck: Das stand aber so in der Zeitung!)

Sie sind sonst immer derjenige, der auf politischen Anstand und Redlichkeit Wert legt. Das war es nicht.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Ministerpräsident Beck: Dann hätten Sie die öffentlichen Meldungen korrigieren müssen!)

– Ich kenne meine Pressemitteilungen.

Wir haben allerdings festgestellt, dass zu wenige dieser Fachkräfte im Einsatz sind. Der Berufsverband fordert die Verdoppelung der Zahl. Wir haben nicht gesagt, wir unterstützen diese Forderung anstandslos. Wir hatten gehofft, dass über organisatorische und effektivitätssteigernde Maßnahmen und über mögliche Personalumsetzungen bei der Agrarverwaltungsreform zumindest erste Schritte zur Stärkung des Verbraucherschutzes in diesem Bereich getan würden. Das wäre eine Gelegenheit gewesen. Weit gefehlt, aber es wäre bitter nötig.

In diesem Land gibt es für Krisensituationen keine Reserven in der Lebensmittel- und Futtermittelkontrolle. Die Routineproben gehen deutlich zurück, wenn BSE, Nitrofen oder Ähnliches auf der Tagesordnung stehen. Das hat uns die Landesregierung in ihrer Antwort bestätigt. Wir brauchen ein landesweites Betriebsstättenregister. Wir müssen uns auf die neuen Anforderungen der EU einstellen. Frau Ministerin nickt, sie wird sie kennen.

Wir haben noch einen Antrag einzubringen. Ich habe gerade festgestellt, er steht nicht auf der Tagesordnung – so etwas aber auch –, aber er kommt.

(Schmitt, CDU: Es hätte kein Mensch gemerkt! – Zuruf des Abg. Itzek, SPD)

Wir werden noch einmal Gelegenheit haben.

Soll ich Ihnen einmal etwas sagen? Es gibt mir Gelegenheit, noch einmal darüber zu reden, und irgendwann werden wir die Lästigkeitsschwelle überschritten haben.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Ministerpräsident Beck: Es ist egal, wozu man redet! Hauptsache, es wird überhaupt geredet!)

Meine Damen und Herren von der Landesregierung, Sie haben Handlungsdruck. Es könnte auch sein, dass Sie gar nicht warten, bis unser Antrag zur Abstimmung steht, sondern dass Sie schon einfach etwas in die Wege geleitet hätten. Ich könnte mich dann hier hinstellen und sagen: Wunderbar, Fleißkärtchen, war toll, weiter so.

Meine Damen und Herren ich will damit schließen und freue mich auf die nächste Debatte. Frau Conrad, wenn Sie die Zuständigkeit in Ihrem Ministerium bündeln würden, das heißt, Ihrem Kollegen Bauckhage die Zustän-

digkeit für die Futtermittelkontrolle abnehmen – das ist vielleicht ein unfreundliches Wort –, aber wenn Sie mit ihm in Verhandlungen treten würden, – –

(Itzek, SPD: Zuständigkeitsverlagerung!)

– Genau, danke Herr Kollege Itzek.

– – Futtermittelkontrolle, Lebensmittelkontrolle in einer Hand, in einer Zuständigkeit, nicht Bauckhage hier und Conrad da, – –

(Ministerpräsident Beck: Wenn Sie Ministerpräsidentin sind, dann machen Sie das einfach, ich nicht!)

– Herr Beck, ich werde nicht Ministerpräsidentin, ich will es gar nicht werden; so weit sind wir noch lange nicht, das kann dann jemand anders machen.

– – dann wäre das ein erster wichtiger Schritt.

Ich vermute einmal, Sie haben genug Charme und Überzeugungskraft, um den Ministerpräsidenten und den Kollegen Bauckhage zu überzeugen. Wir unterstützen Sie dabei.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Ministerpräsident Beck: Das war schön! Das war eine Rede zu einem Antrag, den es nicht gibt!)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Für die SPD-Fraktion hat Frau Abgeordnete Elsner das Wort.

Abg. Frau Elsner, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Liebe Elke Kiltz, ich finde es ein bisschen bedauerlich, hier alles zu negieren; denn damit wird gleichzeitig auch eine große Verunsicherung betrieben und alles so dargestellt, als hätten wir morgen und übermorgen laufend nur Lebensmittelskandale. Das finde ich nicht in Ordnung, weil der Verbraucher und die Verbraucherin nicht unbedingt verunsichert werden dürfen.

(Itzek, SPD: Ich esse ja nichts mehr!)

Lassen Sie mich zunächst festhalten, dass Futtermittel- und damit auch die Lebensmittelsicherheit für die gesunde Ernährung eine Einheit bilden. Da sind wir sicherlich einer Meinung. Das heißt, dass an die Kontrollhäufigkeit und -intensität hohe Anforderungen zu stellen sind. Wir hatten in den vergangenen Jahren bundes- und europaweit verschiedene Lebensmittel- und auch Futtermittelskandale, die allerdings zum großen Teil auf kriminelle Energie zurückzuführen sind. Ich hoffe, dass wir darin auch übereinstimmen, dass solche Machen-

schaften, die teilweise mafiose Züge tragen, nie ganz auszuschließen sind,

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Muss man das nicht kontrollieren? –

Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Deswegen fordern wir die Kontrolle!)

zumal wir europaweit kaufen und verkaufen. Hierbei muss zum Beispiel auch beachtet werden, dass der Futtermittelskandal aus dem Jahr 1999 zum Beispiel aus Belgien importiert wurde, nämlich mit Dioxin kontaminierte Fette, die zur Futtermittelherstellung verwendet wurden. Um solche kriminellen Fälle auszuschließen, müsste praktisch neben jedem Erzeuger ein Kontrolleur stehen.

Frau Kiltz, ich möchte Sie bitten, auch einmal zuzuhören.

(Schweitzer, SPD: Kann Sie doch

nicht! Sie hat nur einen Sender! –

Ministerpräsident Beck: Jetzt haben

Sie schon zum falschen Antrag

geredet, jetzt hören Sie

einmal zu!)

Ich habe gesagt, um solche kriminellen Fälle auszuschließen, müsste praktisch neben jedem Erzeuger ein Kontrolleur stehen. Das kann kein Land leisten.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD –

Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Darum geht es doch gar nicht!)

Das Tragische an diesen Skandalen ist, – –

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Kollegin, Sie machen

Katastrophenpolitik!)

– Doch, so drücken Sie sich aus.

– – dass hierbei auch weite Teile der bäuerlichen Existenz vernichtet werden können; denn insbesondere die Bauern haben ein Interesse daran, gesunde Produkte herzustellen und zu vertreiben. Keiner sägt den Ast ab, auf dem er sitzt.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und FDP)

Ich brauche nicht daran zu erinnern, was der letzte Skandal ausgemacht hat. In diesem Zusammenhang ist es mir auch wichtig festzuhalten, dass gerade in Rheinland-Pfalz aufgrund der Erfahrungen in den letzten Jahren zahlreiche Maßnahmen getroffen wurden, um die Lebensmittelsicherheit zu optimieren. Hierzu gehört auch, dass Rheinland-Pfalz das Bundesland mit den wenigsten gravierenden Lebensmittelskandalen ist. Das hat Gründe.

(Beifall der SPD)

Die Gründe sind, dass sofortiges Handeln in Absprache der beiden Ministerien für Umwelt und Landwirtschaft erfolgt ist. So zeigte sich bei dem BSE-Skandal ebenso

wie bei diversen Futtermittelskandalen verantwortungsbewusstes Handeln der Ministerien und der Landesregierung. Die Vergangenheit macht eins überdeutlich, es wurde agiert und nicht reagiert. Möglich wurde das durch die Neustrukturierung des Landesuntersuchungsamts und damit der Komprimierung der ehemaligen drei Medizinaluntersuchungsämter und der vier Chemischen Untersuchungsämter, die zusammengeführt worden sind. Hier fehlt mir jedes Wort von Frau Kiltz, dass das auch einmal erwähnt worden wäre.

(Beifall bei SPD und FDP)

Das heißt, dass die Informationen für die Kontrollinstanzen vor Ort deutlich schneller geworden sind, sodass auch die Hersteller und Vertrieber von Lebensmitteln – unsere größte Kritikerin ist nur am Schwätzen – ebenso wie die Verbraucher in kürzester Zeit informiert werden können. Ebenso bleibt festzuhalten, dass aufgrund der Skandale in den letzten Jahren, insbesondere durch BSE, im Bereich des Landesuntersuchungsamts die Mitarbeiterzahl um 22 erhöht werden konnte. Zu berücksichtigen sind hierbei auch die Planstellen zum Beispiel der Weinkontrolleure im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau ebenso wie die Planstellen, die jetzt dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit angegliedert sind.

Ein weiterer Punkt in diesem Zusammenhang ist, dass die Verbraucherzentralen in 2001 deutlich mehr Geld, nämlich 350.000 DM allein für den Ernährungsbereich aus dem Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau bekommen haben. Diese Maßnahmen der Landesregierung für den Verbraucherschutz könnte ich jetzt noch beliebig fortsetzen. Aber das zeigt auch die hohe Priorität, die die Landesregierung dem Verbraucherschutz beimisst.

Alles in allem bleibt festzuhalten, die Landesregierung hat ihre Hausaufgaben in puncto Verbraucherschutz gemacht. Wir brauchen hier keine Nachhilfe. Die Koordination zwischen den Ministerien klappt, was nicht heißen soll, dass wir die Hände in den Schoß legen können.

(Beifall des Abg. Schweitzer, SPD)

Verbraucherschutz ist und bleibt eine vorrangige Aufgabe der Landesregierung. Hierzu gehört insbesondere die Aufklärung. Zu diesem wichtigen Aspekt gehört eine Vielzahl von Bereichen, wobei nach unserer Auffassung der Bereich der Lebensmittelüberwachung einer der wesentlichsten ist. Diesem berechtigten Anspruch der Bürgerinnen und Bürger werden wir auch weiter entsprechen.

Danke.

(Beifall der SPD und vereinzelt bei der FDP)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Für die CDU-Fraktion hat Frau Abgeordnete Schäfer das Wort.

Abg. Frau Schäfer, CDU

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lebensmittelsicherheit ist ein zentrales Anliegen von Verbraucherschutz. Die Risiken einer Verunreinigung von Lebens- und Futtermitteln sind in den letzten Jahren größer geworden. Allein durch die Öffnung des Marktes innerhalb Europas haben sich die Anzahl der Betriebe und die Vermarktungswege vermehrt und verlängert. Die Zusammenhänge innerhalb der Lebensmittelproduktion sind komplexer geworden. Die Krisen der letzten Jahre haben den Konsumenten verunsichert. Verbraucher wollen größtmögliche Lebensmittelsicherheit. Das ist berechtigt. Qualitativ hochwertige Nahrungsmittel unter Verwendung einwandfreier Futtermittel zu produzieren, liegt dabei auch im Interesse der Lebensmittelproduzenten wie auch des Naturschutzes.

(Beifall der CDU)

Es ist einleuchtend, dass das seinen Preis hat. Ganz wichtig ist die Information des Verbrauchers. Er sollte in die Lage versetzt werden, mündig und selbstverantwortlich über seine Lebensweise entscheiden zu können. Das heißt, er sollte darüber informiert sein, was in den Lebensmitteln steckt und welche Wege diese genommen haben, ohne dadurch weiter verunsichert zu werden. Er sollte rechtzeitig über Fehlentwicklungen in Kenntnis gesetzt werden, die sich als nachteilig abzeichnen.

Die amtliche Lebensmittelüberwachung und Futtermitteluntersuchung soll die Sicherheit gewährleisten. Folgenden Fragen müssen wir uns stellen: Wie viel staatliche Kontrolle und wie viel Eigenverantwortung ist notwendig und sinnvoll? Welche finanziellen Mittel stehen der amtlichen Lebensmittelkontrolle zur Verfügung? Welche konkreten Probleme bestehen bei der Umsetzung von Lebensmittelsicherheit in der Praxis? Lässt sich durch eine Bündelung von Kompetenzen auch im Bereich der Lebensmittelsicherheit mehr Klarheit und Transparenz erreichen und damit den Notwendigkeiten eines Qualitätsmanagements mehr entsprechen? Wurden aus den Vorkommnissen und Krisen der Vergangenheit die richtigen, das heißt, angemessene Konsequenzen gezogen?

Wenn nun also – wie die Landesregierung es selbst feststellt – die Anzahl der Betriebe und Vermarktungswege angestiegen ist und damit zugleich die Risiken heute größer und vielfältiger geworden sind, dann ist es doch folgerichtig, dass damit auch die Anzahl der amtlichen Kontrollen ansteigen müsste. Aber das Gegenteil ist der Fall. Die Auswertung der Großen Anfrage zeigt, dass im letzten Jahr in der Mehrzahl der Fälle die Zahl der Kontrollen zum Teil sogar sehr drastisch zurückging. In einer Reihe von Landkreisen und kreisfreien Städten wurden Planstellen gestrichen bzw. nicht besetzt oder mit Lebensmittelkontrolleuren, die sich noch in Ausbildung befinden, besetzt. Sie stehen der Kontrolle nicht in vollem Umfang zur Verfügung.

Das Land hat den Kommunen die Ausführung der Lebensmittelkontrolle überantwortet. Dazu brauchen sie aber die entsprechenden finanziellen Mittel. Dabei hat die Arbeit der Lebensmittelkontrolleure immer mehr

zugenommen. Vor allem die Lebens- und Futtermittelkrisen der letzten Jahre haben die Arbeitskraft über Wochen gebunden, während die anderen Aufgaben liegen geblieben und Routinearbeiten nicht mehr erledigt werden konnten. Hinzu kommt eine Flut neuer EU-Regelungen.

Grundsätzlich halten wir es für notwendig, dass einheitliche Richtlinien geschaffen werden, um die Risiken für die Verbraucher zu minimieren und auch um Wettbewerbsnachteile für unsere heimische Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion auszumerzen. Das sollte im Übrigen auch über die GATT-Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten und den Drittländern erreicht werden.

(Beifall der CDU)

Beispielsweise wäre es wichtig, dass in der Lebensmittelüberwachung nicht nur die einheimischen Lebensmittel überprüft würden, sondern auch nicht heimische. Das gilt nicht nur für Produkte aus dem Ausland. Schon zwischen einzelnen Bundesländern sind die Produktionsvoraussetzungen teilweise recht unterschiedlich.

Alein die Tatsache, dass in Rheinland-Pfalz die Schlachtnebenkosten am höchsten sind, vermindert die Marktchancen rheinland-pfälzischer Landwirte. Betrachtet man beispielsweise die Schweinefleischversorgung in Rheinland-Pfalz, so zeigt sich, dass sie nur zu 18 %, also nicht einmal einem Fünftel, aus Eigenversorgung besteht. Damit hat die amtliche Kontrolle nur auf einen geringen Teil der Produktion Einfluss. Geschieht die Überwachung dieses Teils dann nur stichprobenhaft, reduziert sich die Effektivität der Kontrolle noch einmal erheblich.

Wie gesagt, grundsätzlich halten wir entsprechende EU-Maßnahmen für richtig. Nur, und damit kommen wir zu dem praktischen Teil des Problems, während in Brüssel eine Vielzahl von Beschäftigten die Richtlinien erarbeitet, sind dagegen in den Kommunen, also dort, wo die Umsetzung erfolgt, zum Teil nur ein bis drei Beschäftigte im Einsatz. Diese müssen dann auch noch das gesamte Themenspektrum beherrschen. Das ist kaum leistbar.

In den kommenden Jahren sind durch EU- und Bundesvorschriften zusätzliche Anforderungen bezüglich der Lebensmittelsicherheit und Futtermittelüberwachung zu erwarten. Da interessiert es uns, wie die Landesregierung den notwendigen personellen Anforderungen begegnen will. Vorstellungen, die derzeit in der Diskussion sind, wonach möglichst einmal pro Jahr ein Betrieb überprüft werden sollte, sind unter solchen Voraussetzungen jedenfalls akademisch.

Konkret sieht es so aus: Der Zeitaufwand für eine Betriebskontrolle beträgt gut eine halbe Stunde bis zu drei Stunden. Dazu kommen Vor- und Nachbereitung. Selbst wenn tatsächlich nicht mehr als vier Betriebe pro Tag besucht werden sollen, wie es geplant ist, dann braucht man nur die Anzahl der Betriebe in Relation zur Zahl der Kontrolleure zu setzen, um festzustellen, dass das so nicht zu bewerkstelligen ist.

Ein ganz wichtiger Aspekt ist die Beratung. Vorbeugender Verbraucherschutz bedeutet, die Betriebe zu bera-

ten, bevor es zu Kontrollen kommt. Die Erfahrung zeigt, dass Betriebe, die von Anfang an beraten wurden, insgesamt weniger Anlass zu Beanstandungen geben. Das kostet aber ebenfalls Zeit.

(Beifall bei der CDU)

Auch für die Futtermitteluntersuchung wird der Aufwand zunehmen. Die EU denkt bekanntlich darüber nach, die gesamten Futtermittel, also auch die vom Landwirt selbst erzeugten, unter die Kontrolle zu bringen. Das ist zwar noch nicht spruchreif, wird aber mit Sicherheit eintreten.

Die Futtermittelüberwachung ist auch ein Thema der Agrarverwaltungsreform. Es geht dabei um die Frage, wer die Kontrollfunktion ausüben könnte. Wir könnten uns vorstellen, dass es diejenigen sind, die etwas von der Landwirtschaft verstehen, also die Kontrolle von der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Trier auf die künftigen Dienstleistungszentren für den ländlichen Raum übertragen wird.

(Beifall der CDU)

Häufig fehlt es auch an der notwendigen technischen Ausstattung, um den zunehmenden Kontrollbedarf befriedigen zu können. Eine einheitliche EDV-Ausstattung und Vernetzung mit den Untersuchungsinstituten ist keineswegs gegeben. Das ist die Realität.

Die neuen Technologien ermöglichen immer ausgereiftere Auswertungsmethoden. Das hat seinen Preis. Es nutzt nichts, beispielsweise die Grenzwerte für Pflanzenschutzmittel herabzusetzen, wenn es an entsprechend modernen Geräten fehlt, um Schadstoffe auch tatsächlich nachweisen zu können.

Wir sehen also, auch beim Verbraucherschutz besteht eine Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Hohn das Wort.

Abg. Hohn, FDP:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch ohne die Vorfälle in den letzten Jahren bei Lebensmitteln und Futtermitteln hätte es niemand bezweifelt, dass der Schutz der Verbraucher, das heißt, die Gewährleistung der gesundheitlichen Unbedenklichkeit bei den angebotenen Lebensmitteln, ein hohes Gut ist und dem Schutz dieses Gutes die Politik eine besondere Priorität einräumen muss. Gleiches gilt für den Futtermittelbereich; denn wie die Landesregierung in ihrer Antwort auf die Große Anfrage der GRÜNEN richtig feststellt, ist die Erzeugung der Futtermittel ein Teil der Lebensmittelerzeugung.

Meine Damen und Herren, Verbraucherschutz ist Daseinsvorsorge. Verbraucherschutz ist damit eine herausragende staatliche Verpflichtung gegenüber den Menschen im Land.

Meine Damen und Herren, die BSE-, Nitrofen-, Fisch- und Eier-Skandale sind bei den Verbrauchern noch in guter Erinnerung. Bis das noch vorhandene Misstrauen in der Bevölkerung einem wiedergewonnenen Vertrauen weicht, müssen große und nachhaltige Anstrengungen unternommen werden.

Die sehr gründliche und substanziierte Antwort der Landesregierung beweist, dass die Antwort auf die Frage 1, nämlich auf die Frage, welchen Stellenwert die Landesregierung Lebensmittel- und Futtermittelkontrollen beimisst, richtig gegeben ist. Die Landesregierung räumt – ich zitiere – „dem gesundheitlichen Verbraucherschutz sehr hohe Priorität ein“. Ich möchte ergänzen, das ist wichtig und richtig so.

Meine Damen und Herren, wenn man die Skala der Aufgaben und insbesondere ihre Veränderung, ihre Dynamik betrachtet, so ist besonders deren Zunahme auffällig. Gerade aus den europäischen Parlamenten und aus der EU-Kommission kommen Bestimmungen, die den Verbraucherschutz verbessern und auf der europäischen Ebene vereinheitlichen und sicher machen wollen. Bei der Umsetzung in nationales Recht müssen daher laufend neue Anforderungen erfüllt werden.

Meine Damen und Herren, die Organisation der beiden Bereiche Lebensmittel und Futtermittel ist geteilt. Soweit es die obersten Landesbehörden betrifft, ist für den Bereich Lebensmittel das Umweltministerium und für den Bereich Futtermittel das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau zuständig. Die gute und reibungslose Zusammenarbeit der beiden Ressorts kann nach meiner Auffassung beibehalten werden. Einen wichtigen Grund für eine geänderte Zuständigkeit sehen wir im Gegensatz zu Frau Kiltz nicht, die ich allerdings im Moment nicht sehe.

Auf der mittleren und unteren Verwaltungsebene haben wir es mit unterschiedlichen Organisationsstrukturen zu tun. Zum einen hat man bei der Futtermittelkontrolle in der mittleren Ebene zentralisiert. Sie findet unter der Regie der ADD Trier statt.

Meine Damen und Herren, das hat gute Gründe. Sachverständige mit Spezialkenntnissen werden am effizientesten zentral eingesetzt.

Ich nenne zwei Beispiele, die erkennen lassen, wie schwierig die Materie ist: erstens Prüfung von Tierarzneimitteln, zweitens die von der Europäischen Union normierte Rückverfolgbarkeitsverpflichtung zu den Futtermittelherstellern. Zum anderen sehen wir bei der Lebensmittelüberwachung als zentrale Stelle das Landesuntersuchungsamt, dann aber als Vollzugsbehörden der Lebensmittelüberwachung die kommunale Zuständigkeit der Kreisverwaltungen bzw. der kreisfreien Städte.

Meine Damen und Herren, werfen wir einen Blick auf die Personalsituation. Kritisch zu bewerten ist das Verhält-

nis. Auf einen Kontrolleur kommen 45.000 Einwohner. Kritisch zu bewerten ist die hohe Zahl von zu kontrollierenden Betrieben pro Kontrolleur und Jahr. Sie schwankt zwischen 300 und 1.500.

Der Mittelwert liegt nicht weit weg von 1.000 Betrieben je Kontrolleur und Jahr. Hoch ist ebenso die Zahl der Beanstandungen, nämlich ca. 1.000 je Jahr. Auch die Zahl der daraus resultierenden Bußgeld- und Strafverfahren liegt im Bereich von mehreren hundert pro Jahr. Die Personalausstattung ist an der unteren kritischen Grenze. Sie ist zum Beispiel deutlich geringer als in Baden-Württemberg.

Meine Damen und Herren, man muss klar sehen, dass sich bei unveränderten Arbeitsbedingungen die Situation der Lebensmittelkontrolleure wahrscheinlich verschlechtern wird. Die Fraktion der FDP hält im Interesse eines effizienten Verbraucherschutzes die Erfüllung der Aufgaben auf der kommunalen Ebene in der Lebensmittelüberwachung für unverzichtbar.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, als Frage möchte ich in den Raum stellen, ob eine gewisse Lockerung der Standards bei den Kommunen, über die auch in der Enquete-Kommission nachgedacht wird, eventuell für eine gewisse Entspannung sorgen könnte.

Meine Damen und Herren, das Krisenmanagement, das in der letzten Zeit häufig gefordert war und die Kräfte des Ministeriums für Umwelt und Forsten bis zur Zerreißprobe beansprucht hat, funktioniert gut. Das sollte an dieser Stelle einmal lobend erwähnt werden. Vor allem die situationsabhängige flexible Bündelung von Personal durch die Vollzugsbehörden halte ich für eine ausgezeichnete Lösung.

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir abschließend noch eine Bemerkung zur Futtermittelkontrolle. Besonders positiv fällt der hohe Grad an Informationsverzahnung mit Ministerium und Europäischer Union auf, auch wenn es aufwendig ist. An dem Schnellwarnsystem partizipieren neben dem Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit alle EU-Mitgliedsstaaten, die EU-Kommission und die Europäische Lebensmittelbehörde.

Noch eine letzte Bemerkung, meine Damen und Herren. Die Ergebnisse der Futtermittelüberwachung aller Bundesländer werden in einer Jahresstatistik zusammengefasst und ermöglichen so einen Soll-Ist-Vergleich.

Meine Damen und Herren, die FDP-Fraktion bewertet Strategie und operative Regelung auf den Feldern der Lebensmittelkontrolle und der Futtermittelüberwachung als effizient. Sie liegen somit voll im Interesse der Verbraucher in unserem Land.

Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall bei FDP
und SPD)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Das Wort hat Frau Staatsministerin Conrad.

Frau Conrad, Ministerin für Umwelt und Forsten:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Für die Landesregierung hat Verbraucherschutz hohe Priorität. Herr Hohn hat nochmals darauf hingewiesen. Das stimmt. Das wird im Übrigen auch durch die Ergebnisse und Darstellungen der Beantwortung der Großen Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN deutlich.

Meine Damen und Herren, Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit bzw. Sicherheit bei Futtermitteln ist nicht nur Überwachung, sondern beginnt vor allen Dingen im Vorfeld jeder Herstellung eines Lebensmittels. Gerade Lebensmittelsicherheit braucht die Vorbeugung. Die Vorbeugung liegt in erster Linie in der Verantwortung aller, die in der Lebensmittelbranche tätig sind. Das beginnt beim Zulieferer, beim Lebensmittelproduzenten und hört beim Landwirt nicht auf, geht weiter über den Vertrieb bis auf den Tisch des Verbrauchers. Wie heißt es noch so schön: From farm to fork, from stable to table.

Wir können feststellen, dass die Lebensmittelsicherheit in unserem Land ausgesprochen hoch ist. Dennoch ist es richtig, das auch zu nennen: Nitrofurane in Geflügel aus Südamerika, Nitrofen in Futtermitteln, Chloramphenicol in Shrimps aus Asien, Dioxin in Futtermitteln, MPA – das ist ein Hormon – in Futtermitteln, Acrylamid in Chips und Fritten sowie Pflanzenschutzmittelrückstände in Karotten und Paprika – ganz zu schweigen von BSE – zeigen die Krisenanfälligkeit der Lebensmittelbranche und natürlich auch das Überwachungsbedürfnis und den Überwachungsbedarf von Lebensmitteln. Die Überwachung ist unverzichtbar und deswegen ein wesentlicher Baustein – aber nur ein Baustein – einer Strategie zu einer hohen Lebensmittelsicherheit in unserem Land.

Lassen Sie mich dies an einigen Zahlen deutlich machen, die beschreiben, dass dies für uns einen sehr hohen Wert hat und diesen Stellen enorme Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Zunächst einmal haben wir in Rheinland-Pfalz allein im vergangenen Jahr in ca. 84.000 Betrieben, die als so genannte Lebensmittelbetriebe gelten, etwa 35.000 Betriebskontrollen durchgeführt. In ca. 4.000 Fällen kam es dabei zu Beanstandungen mit der Folge formeller Maßnahmen der zuständigen Behörden. Ebenfalls im vergangenen Jahr wurden vom Landesuntersuchungsamt rund 20.000 Proben in der Regel durch die Untersuchungsämter der Kreise und kreisfreien Städte gezogen und im Rahmen der amtlichen Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeüberwachung untersucht. Dabei wurden etwa 3.200 Proben beanstandet, was einer Beanstandungsquote von 15,7 % entspricht.

Da wir Ihnen diese Zahlen auch für die zurückliegenden Jahre in unserer Antwort genannt haben, will ich das, weil das in der Öffentlichkeit bereits falsch interpretiert worden ist, noch einmal richtig stellen. Diese Zahlen müssen differenziert betrachtet werden. Das heißt nicht,

dass 15,7 % der Lebensmittel und Bedarfsgegenstände damit nicht der Ordnung entsprechen. Wir haben eine zielgerichtete Untersuchungsstrategie, die natürlich in den Bereichen genauer ansetzt, in denen Probleme am ehesten zu vermuten sind. Deshalb wäre eine solche Interpretation der Statistik falsch.

Auf europäischer Ebene gibt es ein Monitoring, das ganz unspezifisch Stichproben zieht. Hierbei liegen fast 5.000 Untersuchungen zugrunde. Dort liegt die Zahl der Beanstandungen bei Lebensmitteln zum Beispiel durch erhöhte Kontamination von Stoffen, die nichts darin zu suchen haben oder nur bis zu einem bestimmten Grenzwert etwas darin zu suchen haben, nur bei 1,6 %. Ich will Sie bewusst – auch wegen des Interpretationsbedarfs – auf diese Differenz aufmerksam machen, um deutlich zu machen, dass wir eine hohe Lebensmittelsicherheit haben. Es macht auch einen großen Unterschied, ob sich eine Beanstandung auf ein abgelaufenes Mindesthaltbarkeitsdatum bezieht oder ob es sich um Salmonellen in Speiseeis oder um Chloramphenicol in Geflügel handelt.

Wir haben beträchtliche Ressourcen in unserem Land, die der Lebensmittelsicherheit und der Tiergesundheit dienen, weil Tiergesundheit in vielen Fällen natürlich genauso Verbraucherschutz ist. Dafür ist BSE nur ein Beispiel. Allein im Landesuntersuchungsamt sind 340 Personen in diesem Sektor beschäftigt. Das ist natürlich auch ein Ergebnis der Zusammenführung der Landesuntersuchungsämter, worauf Frau Elsner dankenswerterweise hingewiesen hat.

Wir haben 98 amtliche Lebensmittelkontrolleure vor Ort in den Kreisen und kreisfreien Städten. Hinzu kommen – was nicht immer benannt wird – die Veterinäre. Allein 34,5 Veterinäre sind nach unserer Erkenntnis ebenfalls in diesem Bereich tätig und im Übrigen für die wissenschaftliche Betrachtung und strategische Planung vor Ort mit verantwortlich.

Meine Damen und Herren, ich bitte, mit einer Milchmädchenrechnung aufzuhören. Weshalb? Wir können nicht die einfache Rechnung aufmachen: Lebensmittelkontrolleure pro Betrieb und Schlüsse ziehen. – Das wäre genauso falsch, wie Äpfel mit Birnen zu vergleichen, weil ein Betrieb nicht gleich ein Betrieb, Überwachung nicht gleich Überwachung und Kontrolle nicht gleich Kontrolle ist. Es gibt Betriebe, bei denen die Kontrollfrequenz durchaus unter einem Jahr liegen kann. Es gibt aber auch Betriebe, die von so hoher Brisanz sind, dass es sicherlich sinnvoll wäre, diese unter Umständen mehrmals im Jahr zu kontrollieren. Deshalb bitte ich, solche Rechnungen nicht anzustellen, weil sie faktisch nichts hergeben.

Frau Kiltz, deswegen ist es nicht so einfach, aus den Daten, die wir Ihnen zwar statistisch auf Ihre Anfrage hin genannt haben, zu schließen, dass ein Kreis, weil dort weniger Untersuchungen vorgenommen worden sind, deswegen bei der Probenentnahme schlechter ist als ein anderer Kreis, weil dies einer Korrelation mit der Struktur und den Risiken der überwachungsbedürftigen Betriebe bedarf.

Diese Statistiken sagen hierzu nichts aus. Das gehört einfach zu einer offenen und transparenten Interpretation unserer Antwort auf die Große Anfrage.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, deshalb können wir festhalten, dass wir durchaus eine zufriedenstellende Lebensmittelkontrolle in Rheinland-Pfalz haben. Ich will nicht verhehlen, dass es Bereiche gibt, in denen wir Verbesserungsbedarf haben. Der Verbesserungsbedarf geht in erster Linie in die Richtung, die Ressourcen – das Personal und die Sachmittel – optimiert einzusetzen.

Es geht auch darum, dass man den ständig neuen Herausforderungen, denen sich die Lebensmittelkontrolle und auch die Futtermittelkontrolle zu stellen haben, gewachsen ist und darauf reagieren kann. Dazu gehört auch, dass es einigermaßen verbindliche Regelungen zur Kontrolldichte und zu Kontrollplänen abhängig von der Risikostruktur der einzelnen zu überwachenden Betriebe oder auch der Produkte gibt. Wir sind in diesem Bereich in Rheinland-Pfalz schon sehr weit. Mein Haus hat bereits im Jahr 2000 entsprechende Vorgaben an die überwachenden Behörden vor Ort gegeben.

Frau Kiltz, ich hatte bereits die Gelegenheit, im Rahmen der vorhergehenden Debatte zu diesem Thema darzustellen, dass in meinem Haus eine Projektgruppe eingesetzt wurde, an der neben den Fachleuten der Lebensmittelüberwachung meines Ressorts natürlich auch die Kreise und die kreisfreien Städte beteiligt sind. Diese Projektgruppe hat inzwischen gearbeitet. Uns liegt ein so genanntes Qualitätshandbuch vor – ich kann es Ihnen zeigen, aber es ist so dick, dass ich es nicht mit an das Rednerpult genommen habe –, das jetzt den Kreisen und kreisfreien Städten mit der Bitte zugestellt worden ist, es in ihre Überwachungsstrategien einzubinden. Wir werden die Erkenntnisse dieser Arbeitsgruppe auch in eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe einbringen, in der wir derzeit eine so genannte Allgemeine Verwaltungsvorschrift für die Überwachung der Betriebe – Rahmenbedingungen für die Betriebsüberwachung – mit dem Bund diskutieren. Wir werden aufgrund dieser Erfahrungen sicherlich einiges an dem, was vom Bund auf dem Tisch liegt, verbessern können.

Eins ist jedoch klar: Eine hundertprozentige Sicherheit wird es auch in diesem Sektor nie geben.

(Glocke der Präsidentin)

Es ist auch klar, wir werden uns immer danach strecken müssen, wie wir die zur Verfügung gestellten Ressourcen zielgerichtet und optimiert einsetzen können.

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Frau Ministerin, gestatten Sie eine Frage der Abgeordneten Frau Kiltz?

Frau Conrad, Ministerin für Umwelt und Forsten:

Ja.

Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Ministerin, habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie kein Problem darin sehen, dass die Landkreise und kreisfreien Städte so unterschiedlich ausgestattet sind? Das war meine erste Frage.

Ich habe noch eine zweite Frage: Halten Sie all das, was die Berufsverbände vortragen, für Luftnummern?

Frau Conrad, Ministerin für Umwelt und Forsten:

Die Ausstattung der Kreise mit Personal ist sicherlich in Relation zur Überwachungsbedürftigkeit der Betriebe zu sehen. Das ist genau der Punkt, den ich als verbesserungsbedürftig angesehen habe. Das bedeutet nicht an jeder Stelle ein Mehr an Personal, sondern das bedeutet unter Umständen eine Verbesserung und Anpassung der Strukturen. Das ist sicherlich eine Konsequenz, wenn wir zu standardisierten Vorgaben der Überwachung kommen, die kommen werden. Im Anschluss werde ich auch noch etwas zur EU sagen.

Das ist aber sicherlich ein Punkt, auf den man genau schauen muss. Die allgemeine Aussage, dass wir überall zu wenig Personal haben, lasse ich aber so nicht stehen, weil sie in dieser Platitude nicht stimmt.

(Beifall der SPD und der FDP)

Ich will noch etwas zu den Herausforderungen sagen, um Ihnen auch die Brisanz deutlich zu machen. Frau Schäfer und andere haben angesprochen, dass wir in Verbindung mit der Globalisierung der Märkte eine Zunahme der Probleme zu verzeichnen haben. Die Probleme werden nicht nur nicht weniger, sondern sie werden auch schwieriger. Deshalb muss man immer dann, wenn man eine europäische Debatte führt, betrachten, wo tatsächlich ein Regelungsbedarf auf europäischer Ebene gegeben ist.

Wenn Sie konstatieren, dass wir in Europa einen freien Warenverkehr haben, es aber auch eine Vereinbarung gibt, wonach die Entscheidung einer Behörde in einem europäischen Land bindend ist für die Behörden in einem anderen europäischen Land oder diese zunächst einmal als Grundlage zu akzeptieren ist, bedeutet das – diese Brisanz will ich Ihnen deutlich machen –, dass bei einem Import von Lebensmitteln, die beispielsweise auf dem Flughafen von Athen eintreffen, die Lebensmittelkontrolle genauso gut sein muss wie bei uns am Flughafen Hahn, weil damit die Ware in Europa und damit frei verkehrsfähig ist. Das gilt genauso für London oder Oslo. Am Flughafen Hahn haben wir im Übrigen die Lebensmittelkontrolle verstärkt allerdings nicht zulasten des Kreises, sondern zulasten meines Etats.

Ich will damit deutlich machen, weshalb man europäische Standards benötigt. Die Europäische Kommission hat ein Weißbuch vorgelegt, mit dem sie die Absicht verbindet, 4 Verordnungen und 17 Richtlinien zusammenzufassen. Daraus wird deutlich, dass es schwierig ist, zurzeit diese Materie zu beherrschen.

Auch bei einer kritischen Betrachtung des Regelungsbedürfnisses auf europäischer Ebene, der Verfügbarkeit von Ressourcen und dem optimierten Einsatz von Ressourcen und vor allen Dingen bei der Betrachtung der vorgesehenen Berichtspflichten – wenn ich einen Bericht habe, sind damit noch lange keine Kontrollen durchgeführt worden – halte ich es trotzdem für sinnvoll, dass wir europaweit solche Regelungen bekommen. Ein Beispiel habe ich genannt.

Die Beispiele könnte man beliebig fortsetzen, weil es heute in der Veredelung der Lebensmittel nicht selten vorkommt, dass mehrere Länder – auch Länder außerhalb Europas – mit eingeschlossen sind. Die Kartoffeln, die beispielsweise in Holland produziert wurden, können in Polen oder in noch weiter entfernt liegenden Ländern geschält und in Belgien als Produkte distribuiert oder verteilt werden. Dadurch wird die Kette so schwierig.

Deshalb ist die nächste Herausforderung, die gesamte Lebensmittelkette und Herstellungskette zu beachten. Das zeigt aber auch die Anfälligkeit des Systems. Dadurch wird aber auch das deutlich, was ich eingangs gesagt habe: Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit – das gilt auch für die Futtermittelsicherheit – beginnen bei der Herstellung. Die Verantwortung liegt bei den Herstellern. Deshalb gehört natürlich auch dazu – in Verbindung mit dem berechtigten Interesse nach mehr Verbraucherinformation –, dass es eine Informationspflicht der Behörden gibt. Ich bedaure es, dass im Bundesrat durch die Blockade der B-Länder das Verbraucherinformationsgesetz nicht verabschiedet wurde.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund, was ich gerade gesagt habe, ist es aber auch richtig, dass die Verantwortung der Produzenten mit einfließt. Die Verantwortung für die Sicherheit liegt nämlich nicht allein bei den Behörden. Wir können kontrollieren, aber die Verantwortung für die Sicherheit liegt bei dem Inverkehrbringer. Dieser Grundsatz muss an jeder Stelle begriffen und umgesetzt werden.

(Beifall der SPD und der FDP)

Meine Damen und Herren, noch ein Wort zur Zusammenarbeit: Frau Kiltz, ich habe schon einmal gesagt, ich bin immer froh und dankbar, wenn Sie sagen, das Umweltministerium könne die eine oder andere Aufgabe noch übernehmen.

(Zuruf der Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Von Frau Elsner wurde bereits deutlich gemacht, welche Konzentration an Kompetenz im Landesuntersuchungsamt schon stattgefunden hat. Wir haben dort im Übrigen, lange bevor der Bund das entdeckt hat, Risikoanalyse und das Risikomanagement von der Organisationsstruktur her getrennt.

Wir haben dort eine höhere Effizienz, als wir sie früher in mehreren Ämtern hatten. Ich sage ausdrücklich: Die Zusammenarbeit mit den Kollegen der Futtermittelkontrolle ist ausgesprochen gut. Dies gilt für alle Ebenen der

Behörden, und zwar für die obersten, die oberen und auch die unteren Behörden. – Ich bitte, dies einfach zu konstatieren: Regelungsbedarf besteht immer dann, wenn etwas nicht funktioniert. – Unsere Zusammenarbeit funktioniert. Ich bin den Abgeordneten dankbar, die unsere Mitarbeiter angesprochen haben.

Herr Hohn hat die Mitarbeiter gelobt. Zwei von den Mitarbeitern sind anwesend. Ich gebe diesen Dank gern an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiter, die in Krisen ganz massiv belastet sind. Die Zusammenarbeit funktioniert gut. Regelungsbedarf besteht nicht.

Auf europäischer und bundesweiter Ebene bis hin zu den untersten Behörden in unserem Land findet eine Optimierung der Strategie, des Ressourceneinsatzes und auch der Kontrollen, des Schutzes und der Darstellung der Sicherheitsbedürfnisse sowie der berechtigten

Bedürfnisse der Menschen in unsrem Land statt. Dies gilt in erster Linie sicherlich für die Lebensmittel.

In diesem Sinn vielen Dank.

(Beifall der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Damit ist der Tagesordnungspunkt erledigt.

Wir sind am Ende der heutigen Sitzung. Ich lade Sie für morgen früh, 9:30 Uhr, zur nächsten Plenarsitzung ein.

Die Sitzung ist geschlossen.

E n d e d e r S i t z u n g : 18:41 Uhr.